

TRIALOG

Zeitschrift für das
Planen und Bauen
in der Dritten Welt

3. Quartal 1990

26

Siedlungs-
konzepte



Impressum

Herausgeber und Verleger von TRIALOG ist die Vereinigung zur wissenschaftlichen Erforschung des Planens und Bauens in Entwicklungsländern e.V. (gemeinnützig).
 Redaktions- und Vereinsanschrift:
 TRIALOG, Ploennlesstraße 18, D-61 Darmstadt

ISSN Nr.: 0724-6234.

V.i.S.d.P.: J. Oestereich, K. Mathéy, H. Ghaeml
 Satz: Absatz München (Fotosatz), Archimed München (Laserdruck), Druck: Stadtdruck, Freising

Die in TRIALOG veröffentlichten Artikel repräsentieren nicht zwingend die Meinung der Herausgeber/innen und der Redaktion. Nachdruck ist mit Angabe der Quelle und mit der Bitte um Zusendung eines Belegexemplares gestattet. Artikel, Ankündigungen und Informationen bitten wir an die Adresse des Vereins oder an die regionalen Kontaktpersonen zu richten:

- Kosta Mathéy, TRIALOG Geschäftsstelle Süd (Buchrezensionen, Austauschabos), Hofangerstraße 21, 8000 München 83, ☎ 089-400715; Fax: 089-406297.
- Jürgen Oestereich, Am Dickelsbach 10, D-4030 Ratingen 6, ☎ 02102-60740.
- Gisliind Budnick (Mitgliederverwaltung, Finanzen), Mozartstr. 39, D-7000 Stuttgart 1, ☎ 0711-6071965.
- Rita Mroczek-Sampat (Anzeigen, Veranstaltungen) F.G. Planen & Bauen in E.L., Petersenstr. 15, D-6100 Darmstadt, ☎ 06151-163637/06162-81562.
- Hassan Ghaeml (Vertrieb), Rhönring 117, 61 Darmstadt, ☎ 06151-784444 & 717774
- Florian Steinberg, z.Z. c/o IUIDP Training Project, Jl. Rajasa II/13, Kebayoran Baru, Jakarta Selatan, Indonesien. Tel: 0062-21-770460
- Joanna Kolowski-Ziss, Dambachtal 9, D-62000 Wiesbaden, ☎ 06121-266162, Fax: 06121-790155.
- Hans Harms, Ulrike Zschäbitz, FSP 1-07, TUHH, Schwarzenbergstr. 93c, D-21 Hamburg-Harburg, ☎ 040-7718-3011/3211.
- Joachim Baldermann, Hohenzollerstr. 14, D-7500 Karlsruhe 1, ☎ 0721-346050.
- Margit Meßmer, Steinbacher Hohl 38, D-6000 Frankfurt 90, ☎ 069-7681443.
- Klaus Kunzmann, Bernd Jøensen, SPRING, Uni Dortmund, Postfach 500500, D-4600 Dortmund 50, ☎ 0231-755-2291/2398, Fax: 0231-721532.
- Khosrow Edalatián, Lorzingsstraße 14, D-3502 Velmar, ☎ 0651-826500; FAX 05602-7259

TRIALOG 26 kostet DM 12,- zuzüglich Versand
 Abopreise für 4 Ausgaben (1 Jahrgang):
 Normalabo: DM 60,- incl. Versand
 Ermäßigtes Abo für Privatbezieher: DM 40,- (incl.)
 Studentenabo (Bescheinigung, nur direkt) DM 28,-
 Luftpostzuschlag nach Übersee: DM 12,-,
 Abobetreuung und Vertrieb: Magazin Verlag,
 Schwefelstraße 6, 2300 Kiel, ☎ 0431-565899

Die Kündigung eines Abos ist dem Verein spätestens zwei Wochen nach Erhalt des letzten berechneten vierten Heftes mitzuteilen.

In der Einladung zur 6. Rehovot-Konferenz 1971 in Tel Aviv war als Titel noch „Urbanization and Underdeveloped Countries“ angegeben. Der nachfolgende Konferenzbericht (1) hieß dann „Urbanization and Developing Countries“. Die eurozentrische Charakterisierung als „zurückgeblieben“ waren durch die ebenso eurozentrische Vermutung ersetzt worden, daß die Länder der südlichen Hemisphäre — und nur diese waren gemeint — im Wandel begriffen seien, um das zu werden, was die Länder des Nordens zu sein beanspruchen: „entwickelt“.

Die meisten Teilnehmer jener Konferenz waren überzeugt davon: „Wir haben viele Planungsinstrumente zur Verfügung; wir wenden sie nur nicht an, weil wir auf etwas vom Himmel warten... Wir neigen dazu, entweder alles aus unserem Werkzeugkasten hervorzuholen oder nicht, die Antwort liegt aber in der Mitte.“ So der für die Weltbank arbeitende Albert Waterston. Die Referenten — zwei Drittel von ihnen kamen aus dem Norden — schienen kaum Zweifel zu haben, daß man Entwicklung von oben steuern müsse. Der Bürgermeister von Addis Abeba, Bekele Haile, stellte fest: „Bürgerbeteiligung wäre bis zu einem gewissen Grade wünschbar, aber die volle Verfügung der Bürger über die Städte würde den Verzicht auf die nationale Verantwortung der Gesamtbevölkerung gegenüber bedeuten. Einwohnerschaften, denen Erfahrung und Überblick fehlt, sollten nicht allzu weit in größere politische Entscheidungen einbezogen werden; sie sollten bei den kleineren angehört und über die größeren informiert werden.“ Dem wurde nur indirekt widersprochen, etwa durch John Turner: „Es gibt einen offensichtlichen Widerspruch zwischen dem, was für ein zentrales Organ, und dem, was für die Nutzer wünschbares Minimum ist, je nach Standpunkt.“ Von einem Grundrecht auf Selbstbestimmung am Wohnort sprach niemand, und Zweifel an der ganzen Richtung der Entwicklung äußerte nur Professor Edmundo Flores aus Mexiko in seinem Bericht über Kalkutta: „Ich habe die Zukunft gesehen, und sie funktioniert nicht!“

Heute, nach zwanzig Jahren, da diese Zukunft mit Wohnungselend, Hunger, Wassernot, Umweltverschmutzung und Seuchen längst auch Mexiko-Stadt erreicht hat, sehen wir nicht nur die Gefahren von „Entwicklung“, sondern auch die Grenzen lenkender Eingriffe, wie der internationale Kongreß „Zukunftsbeständiges Wohnen auf einer verstädterten Erde?“, den TRIALOG im März 1990 in Berlin organisierte (2), zeigte. Übereinstimmend betrachteten nicht nur die Referenten — von ihnen kamen nun zwei Drittel aus Afrika, Asien und Lateinamerika und diese nur zum kleinen Teil aus den Planungsetagen — „die Einwohner als die eigentlichen Akteure bei dem Bau der Städte, die, indem sie ihre Wohnumwelt gestalten, ihr kulturelles Wertesystem aufbauen und ihre Identität finden,“ wie es Professor Maria Clara Echeverria, Medellín, formulierte (3), während die Sozialarbeiterin Prema Gopalan, Bombay, von „Überlebensstrategien der Armen, sicherlich innovativ, doch nichtsdestoweniger nur Reflexe auf eine feindliche Umwelt“ im Zermürbungskrieg der in kolonialen Routinen verhafteten Verwaltungsmaschinerie gegen die Armen, sprach und fragte „Können wir Alternativen schaffen, welche die Armen, ihre Erwartungen und ihr Selbstbestimmungsrecht in das Zentrum des Veränderungsprozesses stellen?“ (4)

So wichtig ein neugeordneter Instrumentenkasten und sein ethischer Rahmen sind, nach Professor Dogan Kuban aus der Türkei stehen auch die handlungsleitenden Paradigmen zur Disposition (5): „Alle Studien zu Stadt- oder Umweltfragen in unseren Ländern folgen europäischen Leitbildern, Theorien und Rezepten. Dennoch stehen unsere großen Städte vor dem Zusammenbruch. Das Problem ist unsere Unfähigkeit, eigenständige Leitbilder für Istanbul oder sonstwo zu schaffen.“

Das Problem wäre auf zwei Ebenen zu diskutieren: als physische oder mentale Ordnungsvorstellungen und als diese konstituierende Denkansätze. Für beide Ebenen gilt, daß sie Sache gesellschaftlicher Prozesse und nicht individueller Setzungen sind. Ihre Erörterung, besonders die der Denkansätze, erfordert theoretisches Rüstzeug, das sich anzueignen Planer — vor allem in Afrika, Asien und Lateinamerika — in der Regel weder Zeit noch Gelegenheit haben.

Nichtsdestotrotz wurde während des Berliner Kongresses oft so kritisch Bezug genommen auf die konventionellen Paradigmen, daß wir mit dieser Ausgabe von TRIALOG die Gelegenheit zu weiterer Auseinandersetzung mit dem Thema geben wollen. Wir haben zu diesem Zweck die überarbeiteten Versionen zweier Referate unserer Berliner Tagung ausgewählt, deren Autoren entgegengesetzten Positionen zuzurechnen sind. Es fügt sich dabei gut, daß beide ihre Felderfahrung im mittelamerikanischen Raum und in der Karibik gewonnen haben und als Nordamerikaner ihrer eigenen Kultur gegenüber etwa die gleiche kritische Position einnehmen.

Conceptual Models of Human Settlement

TRIALOG

Zeitschrift für das
Planen und Bauen
in der Dritten Welt

3. Quartal 1990

26

The invitation to the 6th Rehovot-Conference 1971 in Tel Aviv referred to „Urbanization and Underdeveloped Countries“. The report on the proceedings was called „Urbanization and Developing Countries“ (1). The eurocentric characterization as being „backward“ was replaced by another eurocentric assumption: that the countries of the South — only they were meant — were progressing towards what the countries of the North claimed to be once and for all: „developed“.

Most of the participants in the conference were convinced that development was or could be easily mastered. „There are many tools available to us that we are not applying because we are in outer space looking for something... We are either applying everything in our kit of tools or nothing, and the answer is in between.“ Albert Waterston, professional planner and expert for the World Bank assured them. Most of the speakers, two third of whom came from the North, had little doubt that development should be directed from the top. A representative from the South, Bekele Haile, Mayor of Addis Abeba, put it this way: „Citizen participation in local affairs would be desirable to a certain degree, but total handling by the communities of the cities would be abandoning national responsibility to the total population of the nation. Communities lacking experience and know-how should not be involved too much in the decision-making of major policies; but they should be consulted in the minor ones and be informed on the major ones.“

There was little opposition to this statement, such as that from John Turner: „We have an evident contradiction between what a central body considers the desirable minimum and what the users consider desirable, each according to his own situation.“ That the whole direction of „development“ might be wrong was expressed by Professor Edmundo Flores of Mexico City when reporting on Calcutta: „I have seen the future and it does not work!“

Today, twenty years later, this kind of future of homelessness, hunger, water crisis, pollution and epidemics has become commonplace even in Mexico-City and we see not only the dangers of „development“, but also the limits of managing urban expansion. This became clear at the International Congress on „Sustainable Habitat on an Urbanized Planet?“ which TRIALOG had organized in March 1990 in Berlin (2). There was consensus not only with the speakers (of whom two thirds came from Africa, Asia and Latin America and of whom only few were planners) that people are „...the real agents in the building of cities as the ones who define their environment and build their own cultural references and identities,“ als Professor Maria Clara Echeverria from Medellin put it (3), while Prema Gopalan, Social Worker from Bombay, interpreted them as „survival strategies developed by the poor, definitely innovative, but nevertheless reactions to a hostile environment,“ that is „the war of attrition,“ lead by city administrations which continue to retain the 'colonial' temperament,“ and she asks: „Can we create alternatives which put the poor their aspirations and their right to decide in the centre of a process for change?“ (4)

Important as a revised kit of tools and its ethical frame may be, there is also, according to Professor Dogan Kuban from Istanbul, the conceptual background, the conventional paradigm for action at stake: „In our countries, under the label of urban or environmental studies there is nothing but Western models, theories and formulars. Yet the great cities are near to collapse. Our problem is the inability to create this conceptual model in Istanbul or elsewhere.“ (5)

The problem should be discussed on two levels: that of physical and mental conceptions and that of the thought patterns. Both levels are a matter of communal proceedings and not of individual fiat. To discuss such conceptual models presupposes some theoretical background to acquire which planners, and especially those from Africa, Asia and Latin America have had neither time nor opportunity.

In spite of this, many participants of the Berlin congress referred critically to the conventional planning paradigms. Since we also feel that it would be necessary to discuss this theme further, we have chosen to publish in this issue of TRIALOG the revised versions of two papers submitted to the Congress, in which the authors take two opposite views. As it happens, both authors have experience in the Central American and Caribic region and, although being US-citizens, have comparable reservations towards the development paradigm of their own North American culture.

Contents / Inhalt

<i>Hassan Ghaemi, Jürgen Oestereich</i> Editorial	2
<i>Thomas Agnotti</i> Unequal Metropolitan Development and Equalization Policies	5
<i>Bryan R. Higgins</i> Geographical Revolutions and Revolutionary Geographies — Nature, Space and Place in the Urban Development of Nicaragua	13
<i>Jürgen Oestereich</i> Stadt und Boden, Siedlung und Städtetz — Überlegungen zu einem fälligen Paradigmenwechsel	21
<i>Giulietta Fadda</i> Community Participation: A Prospective View of Alternative Strategies for Urban Development	32
<i>Manfred Prinz</i> AFRICABAT 1989, Erste afrikanische Messe für Bauwesen in Dakar, Congressbericht	36
Veranstaltungen / Conferences	38
Neue Bücher / Book Reviews	39

Thomas Angotti vertritt eine methoden-konservative Position. Aus dieser heraus unterzieht er die vorhandenen Leitbilder von Entwicklungsstrategie und Siedlungsstruktur einer kritischen Prüfung und kommt zu dem Schluß, daß etwa das egalitäre räumliche Leitbild, das er anstrebt, durch den gezielten Einsatz vorhandener Instrumente erreicht werden kann, womit er sich nicht wesentlich von Albert Waterston unterscheidet.

Bryan Higgins stellt diesen Ansatz in Frage, da er einen engeren Zusammenhang zwischen Entwicklungsstrategie und räumlichen Leitbildern sieht. Die Naturvölker identifizieren Raum mit Natur, was ihnen erlaubte, sich in die Umwelt zu integrieren. Das europäische Konzept von Raum begreift diesen als einen abstrakten Rahmen für jede Art von Ausbeutung. Um eine egalitäre und dauerhafte Entwicklung zu erreichen, sollte man ihm zufolge ein Konzept von Raum als Territorium, d.h. als abgeschlossenes kleinräumiges Siedlungs-Ökosystem.

Im dritten Beitrag dieses Heftes versucht Jürgen Oestereich eine Art archimedischen Punkt außerhalb der unmittelbaren Aktualität zu gewinnen. Sowohl historische, antike und mittelalterliche Stadtkulturen als auch gegenwärtige Siedlungsbewegungen in den Ballungsgebieten des Südens konfrontiert er mit Konzepten der sozialen Ordnung, der Verfügung über die ökologischen Ressourcen usw. mit dem Ziel, Hinweise auf zukunftsbeständige Siedlungsordnungen zu finden.

Giulietta Fadda berichtet aus Caracas von den Strategien der Nachbarschaftsorganisationen, die das Ziel verfolgen, ihren Grad an Partizipation gegenüber den politisch-administrativen Strukturen zu festigen. Hierzu dienen ein Dachverband dieser Gruppen ebenso wie eine „Schule der Nachbarn“. Beide tragen auch dazu bei, die Leitbilder der Stadtplanung zu beeinflussen und den Anteil an Mitwirkung an den Planungsentscheidungen zu erhöhen.

Hassan Ghaemi

Jürgen Oestereich

Anmerkungen /References

- 1) Weitz, Ranaan, ed. (1973) Urbanization and Developing Countries: The 6th Rehovot Conference; New York (Praeger)
- 2) 19.—22. März 1990 im Haus der Kulturen der Welt, Berlin, TRIALOG federführend für den Rat der Gemeinden und Regionen Europas, das Habitat Forum Berlin und das Haus der Kulturen der Welt
- 3) Maria Clara Echeverria, Building an Irremediable Planet — Or Building the Future: Urban culture and participation as environmental issues"; Paper presented at the Congress „Sustainable Habitat on an Urbanized Planet?"
- 4) Prema Gopalan /Sheela Patel, Search for „Sustainable Alternatives“ by the Urban Poor; Paper presented at the Congress „Sustainable Habitat on an Urbanized Planet?"
- 5) Dogan Kuban, The Cultural Limits of Urbanization; Paper presented at the Congress „Sustainable Habitat on an Urbanized Planet?"

Thomas Angotti takes, in terms of methodology, a rather conservative position. He examines existing conceptual models of spatial order and development strategies and concludes that it would be a matter of using available instruments in the right way to obtain for example the egalitarian spatial order, which he favours, a view not too far away from Albert Waterston's.

Bryan Higgins questions this view, since he sees a more intricate connection between development strategies and conceptual models of space: The indigenous peoples' concept identifies space with nature allowing them to live integrated in the natural environment. The European notion of space is an abstract set of dimensions open to any exploitation. If one aims at a more equitable and long-range development, the „revolutionary“ concept of space as „place“, i.e. a self-sufficient small-scale settlement-ecosystem, should be followed.

In the third essay of this TRIALOG issue Jürgen Oestereich tries to find an archimedic point beyond the immediate present. He quotes urban civilisations of ancient and medieval times as well as contemporary settlement structures in the agglomerations of the South, and confronts them, with the aim of finding elements for a sustainable habitat pattern, with innovative conceptual models of social order and command of natural resources.

Giulietta Fadda reports from Caracas, Venezuela, on the relationship between the „political“ and „civil society“, and the strategies of the latter to consolidate participation. Instrumental to this are a „Federation of Urban Community Association“ and a „Neighbourhood school“, which are both working towards influencing the conceptual background of city planning and increasing the share in decisionmaking.

Hassan Ghaemi

Jürgen Oestereich

VERTREIBUNG
VERHINDERN

Vertreibungen
— bedeuten Elend und Heimatlosigkeit für derzeit 20 Millionen Menschen (Kurden, Äthiopier, Afghanen, Bahai, Assyrer, Stammesvölker in Indien, Indianer), davon nur etwa 11 Millionen offiziell registriert und "betäubt" werden vorwiegend ethnische, rassische oder religiöse Minderheiten

Bedroht und vertrieben
— von Bürgerkrieg und Völkermord, von Rassenwahn, Habgier und Landraub
— von ökologischem Raubbau und bischversändendem Fortschritt

Helfen Sie mit Ihrer Spende
— die Weltöffentlichkeit aufmerksam zu machen auf diese Menschenrechtsverletzungen gegen diese Vertreibungen zu protestieren

Gesellschaft für bedrohte Völker
Gemeinnütziger Verein
Postfach 2024, 3400 Göttingen
Tel. 0551/55822-3
Postfach Hamburg 935-200
BLZ 200 100 20

Unequal Metropolitan Development and Equalization Policies

Thomas Angotti

Introduction

Urban development in the Twentieth Century is characterized by the emergence of giant cities on a world scale, quantitatively larger and more complex than any form of human settlement in previous history. The metropolitan system is marked by substantial inequalities: between metropolises, smaller cities and rural areas; and within metropolitan areas. Underlying these inequalities is the economic imbalance between the developed capitalist nations and the dependent nations of Africa, Asia and Latin America. This has produced what we will call the dependent metropolis, a city whose growth depends on the movement of capital and demand for labour by international financial institutions based in the developing nations.

For the purposes of this study, settlements over one million population are considered metropolises. Using this definition, about 20% of the world's population lives in metropolitan areas; if we include all cities over 100,000 population, the proportion is about one-third. Over 60% of all metropolitan areas are in Africa, Asia, and Latin America. Latin America is the most urbanized of the three, Asia has the largest metropolises, and Africa the fastest growing (see tables)

Metropolitan Planning

Metropolitan planning has a particular significance for both dependent capitalist nations and developing socialist nations. It can be used either to assert and consolidate an emerging national identity or rationalize a dependent international

Dr. Thomas Angotti is a city planner in New York City and teaches at the Brooklyn College Graduate Center for Worker Education. His address for correspondence is: 808, 8th Ave 4R, Brooklyn, N.Y. 11215, USA.

status. It can be part of the struggle to overcome the legacy of inequality, or it can be an acknowledgement of the supremacy of the profit principle over social justice. Eliminating urban and regional inequalities can help forge a national identity by reducing the contradictions between urban and rural areas. To accept inequalities as inevitable, or as only susceptible to minor adjustments, is to succumb to the logic of the unequal international economic order.

In concrete terms, improvement of the urban infrastructure in the dependent metropolis means raising the standard of living that international capital must base its investment and wage strategies on. By maximizing the returns to the nation's labor and capital, developing nations can come closer to the standard of living of the developed nations. This, at least, is the hope, and the rationale behind the more aggressive and forward-looking planning efforts in developing nations that transcend the immediate economic possibilities of the urban marketplace.

Metropolitan planning in Africa and most of Asia is especially concerned with relations between city and countryside, and between metropolis and small cities and towns. Metropolitan planning in Latin America, which is more urbanized, tends to be focused on planning within the metropolis.

Metropolitan planning by itself is politically neutral. It can be revolutionary or conservative. It can seek to strengthen national independence or serve neo-colonialism and imperialism. It can seek to establish national values and priorities or follow the dictates of "rational planning" from Europe and North America.

The most problematic schemes for eliminating inequalities narrowly focus on the need to decentralize the urban structure. Decentralizing a highly centralized urban and economic structure has long been seen as a means of promoting national development as well as eliminating inequalities. It is supposed to stimulate an internal market that can be relatively independent of external capital through import substitution. It is supposed to eliminate differences between city and countryside. Decentralization is supposed to be a means of reducing rural dependency, rectifying uneven regional development, and eliminating urban primacy.

However, decentralization schemes are often misdirected, both in theory and practice, because they do not pose the problem as essentially one of *economic inequality* within the context of uneven development. Rather, decentralization is usually considered an essentially urban, or spatial, problem. The problem of overcentralization is thereby

Zusammenfassung

Verschiedene Planungsstrategien sind vorgeschlagen und getestet worden um die Entwicklung von Städten zu steuern, und ökonomische Ungleichheiten regional zu nivellieren. Sechs solcher Strategien werden in diesem Artikel diskutiert: die Schaffung von Entwicklungspolen verbunden mit neuen Industriezentren; die ausgleichende Regionalplanung; die Neugründung von Hauptstädten und Dezentralisierung von Verwaltungsfunktionen; die Stärkung lokaler Selbstverwaltung; lokale Selbstversorgung und Selbsthilfe; und zentral geplante Nivellierung. Unter den verschiedenen Alternativen verspricht eine zentral koordinierte ausgleichende Planung den größten Erfolg; eine Voraussetzung ist jedoch, daß gewisse ökonomische und urbanistische Gesetzmäßigkeiten Berücksichtigung finden.

Growth of the Twenty Largest Metropolises 1875 - 1987 (Population in 000's)

RANK IN 1990	Metropolis	1875 est	1990	TIMES INC 1875-1990
1	Tokyo	780	11,906	30.0
2	Mexico City	250	20,250	81.0
3	Sao Paolo	200 (1)	18,770	93.9
4	New York	1,900	17,968	9.5
5	Los Angeles	N/A	13,075	
6	Calcutta	680	12,540	18.4
7	Shanghai	400	11,960	29.9
8	Bombay	718	11,790	16.4
9	Buenos Aires	216	17,710	54.2
10	Seoul	200 (2)	11,660	58.3
11	Rio de Janeiro	274	11,370	41.5
12	Osaka-Kobe	N/A	10,686	
13	London	4,241	10,400	2.5
14	Moscow	600	9,540	15.9
15	Jakarta	45 (3)	9,480	210.7
16	Beijing	1,310	9,290	7.1
17	Rhein-Ruhr	N/A	9,252	
18	Delhi	207 (1)	9,130	44.1
19	Paris	2,250	8,680	3.9
20	Cairo-Giza	355	8,640	24.3
	Totals	10,264	159,218	15.5

- (1) 1900 estimate
 (2) 1881 estimate
 (3) 1880 estimate

Source: Chandler & Fox, 1974:329; Habitat, 1987; United Nations, 1989.

measured by divergence from some ideal notion of even development between city and countryside, large and small city, metropolis and town. In the following, I will attempt to show that development strategies are best undertaken as strategies for the elimination of economic inequalities rather than urban decentralization strategies.

Experience indicates that central economic planning within the context of independent national development policies provides the best opportunity for equitable urban planning. Control over the nation's human and natural resources is a precondition for directing and influencing their location and use. Regulation of external factors is the first step in gaining control over internal factors.

The ability to plan and regulate the dependent metropolis, however, is not strictly a matter of political will. Experience indicates that central planning by itself is not enough. It is severely constrained by objective limits on resources and external factors. The truth of these statements may seem obvious, but it is a truth most easily forgotten by planners. Failure to sufficiently take into account objective constraints opens the door to schemes that promise but never deliver regional equality, and can ultimately expand inequalities. This problem is especially present in developing socialist countries with central planning institutions. Because of the inexorable role of the marketplace, both national and international, most avowedly socialist countries have mixed economies with varying

degrees of actual control over national development. Those that chose to completely ignore markets are now in the most serious of difficulties.

In the following section, let us examine several common metropolitan planning strategies that involve some form of decentralization. These are:

- 1) creation of growth poles around new centers of industrial production;
- 2) establishment of policies to balance regional development;
- 3) decentralization of administrative functions by creating a new capital city;
- 4) strengthening of local government;
- 5) promotion of local self-help initiatives; and
- 6) centrally planned equalization. We will try to show that the centrally planned equalization strategy holds the greatest promise of success, but only when the objective laws of urban and economic development are fully taken into account.

Growth Poles

The notion of promoting equitable regional development by establishing industrial growth poles in less developed rural areas has a long history and has taken many forms. In the 1960s, many international aid institutions toyed with these ideas, but very little was actually done. In part, these agencies responded to the somewhat successful establishment of new towns in the planned socialist economies. For example, in the post-

War period the Soviet Union built thousands of new towns around industries, both in the European part of the country and in the Far East, where new town development was an integral part of opening up regions to new development. Very few of these new towns became metropolises, but all provided industrial jobs outside the orbit of existing metropolises (the most notable one that became a metropolis was Togliattigrad in the Ukraine, built around a giant auto factory, and now well over 500,000 population).

The earliest proposals for growth poles in the West simply called for establishing industries in rural areas. An early example was Ciudad Guyana in Venezuela (see Rodwin, 1969). John Friedmann (1966) and Anton Kuklinski (1972) came up with more complex proposals for establishing a "growth center policy." This policy would place a few dynamic industries in less developed cities or towns to spur more equal regional development across the national landscape.

Many, including Friedmann, soon realized the problems with this conception (see Friedmann & Weaver, 1979). First of all, the concept is so broad it can cover a wide range of new development experiences, from building new towns from scratch to dispersing large industries to small cities. But the growth center idea fell out of fashion with the international aid establishment because it required a level of central economic planning unacceptable in the capitalist world. The international aid establishment, which dominates most bilateral and multilateral aid programs, has consistently demonstrated that it is not prepared to subsidize national planning efforts that interfere with the agenda of transnational corporations.

At the theoretical level, growth pole strategies never adequately dealt with the problem of urban economies of scale. Existing larger settlements probably offer more efficient use of economic resources (see Gilbert & Gugler, 1984:177-178). The metropolis in particular provides many scale economies in the production sphere, and in social and physical infrastructures. There may also be diseconomies of scale as settlements reach a size whereby the economic and social costs of building and operating the infrastructure exceed benefits. However, the debates over scale economies are inconclusive, and indicate diseconomies may exist in some services but not all. Debates over an "optimal city size" at which scale economies are optimized are also unresolved.

One of the earliest experiences with growth poles in the capitalist world was in

Italy. Since the founding of the Republic in 1861, Italy has been sharply divided between an industrially developed North and underdeveloped South, the *Mezzogiorno*. The South has been less urbanized, dependent on the industrial North for goods, and politically atomized. Incomes are lower in the South, which until only recently has been the North's main labor reserve (in the 1980s, Italy began to import labor from northern Africa).

Antonio Gramsci first identified "the Southern Question" — unequal development between North and South — as the key to consolidating the Italian Republic (Gramsci, 1957). As one of the last European nations to unify, and one of the poorest, Italy's future would depend on a dramatic, revolutionary resolution of the problem. The Fascist government between world wars maintained industrial concentration in the North, undertaking some limited land reclamation projects in rural areas and urban renewal projects in urban areas, neither of which fundamentally restructured the urban system. After World War II, the Christian Democratic government initiated the "Cassa del Mezzogiorno," a program that included the establishment of growth poles in the rural South.

Major new industries located in the South include petroleum refining, chemicals, shipbuilding, and auto assembly. There have also been many smaller labor-intensive industries such as textiles and electronics assembly. One of the effects of this growth has been to encourage urbanization of the South, but not necessarily around the new industries. Most of the new industry has instead spurred the growth of metropolises. Industries far outside metropolitan areas have become "cathedrals in the desert," yielding few jobs, with practically no multiplier effect on the local economy. Furthermore, capital investment in the South, even at its height, never came near investment in the North, so that emigration of southern labor to the North far outpaced migration to the southern growth poles.

Another example of growth pole planning is South Africa. Since 1948, apartheid South Africa has carried out a national policy of "growth points" and "influx control." The growth point strategy promotes development around industrial growth poles (Geyer, 1989). This has gone hand in hand with the establishment of bantustans, segregated African communities serving as suburbs for the growth points (although many at large commuting distances). It was also accompanied by the establishment of segregated townships at the outskirts of the once-white metropolises of Capetown,

Durban, Johannesburg and Pretoria. Migration from the bantustans to these townships was limited by "influx control." The Urban Areas Act of 1923 and the Group Areas Act of 1950 codified the segregated system (see Morris, 1981).

The strategy of apartheid has been to keep most of the African population on the bantustans and limit migration to the metropolis through "influx control." By requiring every African to carry a passport and obtain government approval for migration to cities, the unequal system of remunerating black and white labor was to be maintained. The lowest paid labor reserve, including women and children, would remain in the bantustans far from the metropolis, and the slightly higher paid labor reserve would be allowed to live in townships, where they would pro-



Uncontrolled city growth through illegal urbanization in Caracas (Foto: Mathéy)

vide the lowest wage labor for the metropolis. In South Africa in 1990, black wages were 21% of white wages in construction, 30% in manufacturing, and 46% in the finance sector (*Newsweek*, 1990). Segregation of blacks from whites guaranteed that black workers would not receive the same level of benefits from the urban infrastructure as white workers did, thereby further widening the differences between the two and heightening the level of exploitation of black labor. It is difficult to imagine how apartheid's separate wage structure could be maintained if the black and white communities were to be mixed and the same standard of urban living were to apply to all races.

In order to enforce this system, the South African government has forcefully removed Africans who migrate to the metropolis without official authorization. In

the last 25 years at least 3.5 million people were uprooted from the townships by force, and thousands have died for resisting. The black settlement of Crossroads in Capetown has been repeatedly uprooted, only to have residents return and rebuild. Other settlements, like District 6 in Capetown, were completely demolished, supposedly to make way for a new white neighborhood.

After 40 years, the "growth point" strategy and "influx control" have not only reflected the injustice of apartheid, but have failed on their own terms. Migration to the metropolis was not stopped, despite use of the most repressive methods. In the townships, the average occupancy rate of the shacks is ten persons. In the Transvaal region, the government acknowledges 200,000 illegal shacks, 30,000 of them on white-owned land (Black Sash, 1989:8-9). As a consequence, the metropolises are mostly black, and there is substantial movement to and from the metropolises and the bantustans.

By the mid 1980s, the South African government began to acknowledge the fact that its strategy had failed. This coincided with a general realization that, due to the level of national and international protest, and the South African economic crisis, capital accumulation under apartheid was no longer tenable. South African capital began to prepare for the transition to what they believed could be a more "normal" process of capitalist accumulation. In this model, the unequal labor and residential structures would be maintained by the "normal" functioning of the real estate market.

In the 1980s, the South African government dropped passport controls; arrests went from 262,904 in 1983 to zero in 1986 (Sutcliffe, Todes & Walker, 1990:11). They all but gave up on "influx control." While some forced removals continued to occur, the government declared its intention to abandon this policy. Repatriations from the townships to the bantustans were virtually ended.

South Africa's new policies were laid out in a 1986 government White Paper, which called for "orderly urbanization," and some have already been implemented. They include privatization of black housing and services (begun in the early 1980s), "negotiated resettlement" instead of forced removal, and the devolution of responsibility to local authorities faithful to the principles of racial separation. One indicator of the effect of these policies is the new wave of rent strikes in the townships, which began in Sebokeng and Sharpeville in 1984, and Soweto in 1986,

and has come to involve hundreds of thousands of households. The strikes responded to government attempts to make blacks pay for housing and services through increased rents, a tactic undoubtedly intended to pave the way for the sale of all public housing to individuals. There are also the first examples of forced removals by private landowners (Sutcliffe, Todes & Walker, 1990).

Balanced Regional Development

The point of departure for this strategy is the *central place theory* of urban geography (see Christaller, 1966). This theory posits a 'normal' hierarchy of settlements in space, in which the largest and most important settlements are one of three kinds: marketplaces for goods, transportation nodes, and administration centres. The relationship between the size of central places and lesser settlements is supposed to be quantifiable and, unlike the primate city phenomenon, proportionate. Central places should not be disproportionately large, and there should be a whole range of cities of different sizes. Based on his studies of Southern Germany, Christaller's work has been used to conclude that where central places are disproportionately large, small and medium-sized settlements need to be built up (see Rondinelli, 1983). The strategy is then to support markets, transportation and administrative functions in small and medium-sized cities.

The problem with this approach is that it is rooted in an abstract *ideal* theory of geography and equates a particular kind of spatial uniformity with economic equality. It confuses functional and geographical categories. Christaller's central place theory can be used to describe a particular urban pattern in central Germany, and various other regions around the world, but does not explain much about the main trend of unequal metropolitan development in the Twentieth Century.

Number of Metropolis and Average Size by Region

	No. of Metros	% of total Metros	REGION'S % World pop.	Average Size (000)
Africa	35	9.6	12.3	2,067
Latin America	41	11.2	8.6	3,603
Asia	153	41.8	58.3	3,091
North America	53	14.5	5.2	2,730
Europe	48	13.1	9.5	2,513
USSR	30	8.2	5.6	1,825
Oceania	6	1.6	0.5	1,969
	540	100.0	100.0	2,800

Source: *Habitat, 1987; United Nations, 1989 (Adjusted Estimates)*

There are so many objective economic, political, and natural constraints that alter the central place pattern that the ideal construction is meaningless in the practical world. Central place patterns appear in a relatively uninterrupted flat geographical plane, in a relatively diverse and undeveloped rural marketplace, and in an administrative system that enjoys ample resources.

There is no room in the central place pattern for the metropolis. The central place pattern is an alternative to metropolitan development, but goes against the main trends of economic and social development. Some consider it an alternative to dependent development, but this requires belief that dependency arises from geographical form not economic relations. To achieve the desired uniform geographical distribution of central place theory, one must fall back on more specific development strategies. Following the market principle, towns can receive assistance in acquiring the infrastructure and technical means to participate in the regional market. To strengthen the transportation principle, roads and transit infrastructure can be built. To strengthen the administrative pattern, new government offices can be put in place. This adds up to an aid program for infrastruc-

ture very similar to the kind commonly promoted by the international aid establishment. While such programs can improve the quality of life in less urbanized areas, however, insofar as they reinforce the local marketplace they reproduce all of the inequalities of the marketplace. For the market's tendency is to centralize as it develops, and to link up to the international market. The roads drain rural areas of population and resources and pull them toward the export-oriented metropolis; and undemocratic centralized power is unaffected by a decentralized government bureaucracy.

New Capital Cities in Africa, Asia and Latin America since 1950

YEAR	COUNTRY	NEW CAPITAL	FORMER CAPITAL
1956	Brazil	Brasilia	Rio de Janeiro
1957	Mauritania	Nouakchott	Saint Louis
1959	Pakistan	Islamabad	Karachi
1961	Botswana	Gaborone	Mafeking
1963	Libya	Libya	Tripoli
1965	Malawi	Lilongwe	Zomba
1970	Belize	Belmopan	Belize City
1973	Tanzania	Dodoma	Dar Es Salaam
1975	Nigeria	Abuja	Lagos
1982	Liberia	Monrovia	
1983	Ivory Coast	Yamoussoukro	Abidjan
1987	Argentina	Viedma/Carmen	Buenos Aires

SOURCE: *Adapted from Gilbert, 1989*

Capital City Development

Another strategy for decentralization is to relocate administrative functions from the metropolis to less developed regions. The most dramatic attempts at administrative decentralization involve relocation of the national capital. The capital city in formerly colonial nations is often a symbol of national independence and future development. Therefore, creating a new capital distinct from the colonial capital is important. The prime examples of new capitals in recent decades are in dependent capitalist countries. These include twelve new cities proposed since 1950 (see table above).

Experience with these capitals shows that if the new capital city is to become more

Urban Population by Region (1990 Population in Millions)

	METRO POP	CITY POP	TOTAL POP	% METRO	% CITY	% URBAN
AFRICA	72.3	51.3	645.3	11.2	7.9	19.2
LATIN AMERICA	147.7	66.6	451.1	32.7	14.8	47.5
ASIA	472.9	235.7	3,057.6	15.5	7.7	23.2
NORTH AMERICA	144.7	69.4	275.3	52.6	25.2	77.8
EUROPE	120.6	118.2	498.6	24.2	23.7	47.9
USSR	54.8	83.5	291.8	18.8	28.6	47.4
OCEANIA	11.8	4.7	26.5	44.5	17.7	62.3
WORLD	1,024.8	629.4	5,246.2	19.5	12.0	31.5

Metropolis = > 1,000,000 population
City = 100,000 - 999,999 population
Urban = Metro & City

Sources (Adjusted estimates):
Habitat, 1987
United Nations, 1989

than just a symbol it must be planned as a metropolis with a fully developed economic life. Some of these cities, like Beida in Libya and Viedma in Argentina, never got beyond the proposal stage. Others, like Abuja in Nigeria, have stalled due to changes in the international market unfavorable to the nation's export products. But Brasilia and Islamabad, for example, have had a definite impact on internal economic development, even if they developed at a pace and in a way unanticipated by the planners. Tanzania's Dodoma is growing gradually, in accordance with the national policy of encouraging decentralized national development through the cooperative *ujamaa* movement. When capital city development is more than relocation of an administrative center, and part of a broader national and regional development strategy, it can dramatically alter national settlement structure. (An earlier successful new capital city is Ankara in Turkey, which became the capital in 1923).

Local Governance and Decentralization

It is often said that non-metropolitan areas do not develop because political power, and with it economic resources, are centralized. The decentralization of political power and strengthening of local government is commonly proposed as a remedy. Gilbert and Gugler (1984:170) state that "Centralization is a much abused term. The essential problem is that it is used interchangeably both in a functional and in a geographical sense." They distinguish between functional centralization (the concentration of political power) and spatial concentration (the geographical distribution of power, population, economic resources, etc.). Thus, it is quite possible to have decentralized political power but still have concentrations of population, economic resources, services, etc. A further distinction must be made between political power and administrative institutions. It is possible to have centralized political power and decentralized administrative units, and it is also possible to have decentralized political power and centralized administrative units. In other words, the presence of branch offices in every province does not necessarily mean decentralization of political power. Likewise, a system giving wide political powers to local authorities may at the same time have a highly centralized, national-level administrative structure.

Decentralization may well be desirable and necessary for national development, but it is not the *key* to national development. A sound national development strategy, based on comprehensive econ-

omic and social policies that seek to eliminate inequalities, should usually have a decentralization component, but without the overall strategy decentralization will go nowhere. Although it may seem to be a paradox, centralized planning can provide the best conditions for decentralization in many countries, because to decentralize the means of production and the social surplus it is often necessary that they first be centrally owned. Planned decentralization can help balance uneven development and eliminate inequalities.

Over sixty years ago, Jose Carlos Mariategui (1928) elaborated the principle of "democratic centralism" as the basis for a genuine decentralization and social equality. Mariategui criticized half-hearted reforms in Peru that only decentralized government offices. He believed that in a nation with a wide gap between city and countryside decentralization should be based on a truly national government representing the interests of both the working class and peasantry.

While "democratic centralism" may appear to be a contradiction in terms, when democracy is defined from a class perspective one can begin to see how it may work in practice. Democracy is not simply the *process* of decision making and electoral politics. It is the substantive question of which social groups and classes benefit from democracy — that is, democracy for whom? For the *campesinos*, democratic centralism means liberation from an oppressive system of landownership supported by central authorities, and the establishment of a centralized system representing their interests and the interests of the oppressed classes in cities. This necessarily implies the political unity of workers and peasants. Democratic centralism implies a truly national state capable of bridging the gap between city and countryside because neither working class nor peasantry have a fundamental material interest (through the ownership of private property) in oppressing their ally. This does not mean that all contradictions between the two will disappear, or that problems between central authorities and rural areas, especially in underdeveloped countries, will end. It does mean, however, that the relations between urban and rural areas is no longer governed by an oppressive class relation. In this sense the new centralism is truly democratic (paragraph taken from Angotti, 1987).

Central planning may provide the conditions for decentralization, but does not necessarily lead in that direction. Experience shows that primitive socialist accu-

mulation can in fact produce greater centralization (as in the USSR in the 1930s); the central plan may increase inequalities, sometimes purposefully; and when planning follows an abstract ideal of equality without taking into account the laws of economic and urban development it can end up in disaster. Centralization that reinforces central elites and dilutes democratic participation may exacerbate inequalities. The examples below of China and Kampuchea seek to illustrate these points; the example of Cuba shows how democratic centralism can help eliminate inequalities.

Since central government, and most decentralization schemes, have fallen far short of their goals, it is not difficult to understand why many turn from central solutions to local initiative as a remedy. It is logical to conclude that, lacking a redistributive central power, the only way inequalities can be rectified is through concerted and direct action at the local level. One alternative is to strengthen elective local government; another is to reinforce spontaneous self-help initiatives.

The colonial administrations in Africa, Asia and Latin America tended to be highly centralized. The colonial powers often destroyed popular, democratic, and communal structures so as to enhance the role of their appointed regimes. After independence, many countries adopted the old colonial structures of local government. There is not always a lot of choice in the matter. Less developed countries have a small national surplus to distribute in the form of local services, so there is often no pressing need for local government, or a way to finance it. At the same time, a strong central government is often a necessary first step in a nation's attempt to control its own resources.

A decentralization strategy that rests mainly on promoting local government misplaces priorities, and often produces the opposite of democratic participation. The United States Agency for International Development is fond of projecting the U.S. experience of local federated government as a model for developing countries. They finance programs to enhance the revenue-generating capacity of local governments and train local administrators. Noting the lack of resources in developing nations, they treat local governments as if they were profit-making enterprises whose success must be measured by revenues and fiscal rationale. But what interests do these local governments serve? The interests of local elites and property owners, or the interests of workers and peasants? Do

the local governments rationalize a central bureaucracy and overcentralized power structure, or do they truly decentralize power? Does strengthening local government mean cutting back national support for local programs as it does in Ronald Reagan's "new federalism?" If local governments are based on structurally unequal development, they only reproduce that pattern. Because their powers are geographically limited, they are unable to affect the overall structure of inequality even if they can more equally distribute the surplus available to them within their own boundaries. More often than not, the strategy of strengthening local governments is a camouflage for weakening them.

Self-help

Another favorite strategy promoted by the United States aid establishment is local self-help. The basic strategy is to finance local groups and organizations which arise spontaneously to deal with the miserable conditions in cities, particularly squatter settlements, and rural areas (see Turner & Fichter, 1972). The World Bank's Sites and Services program (World Bank, 1974) arose from the self-help strategy. Support for self-help purportedly encourages the decentralization of power and resources. In reality, however, it rationalizes the process of unequal development. It can obscure both the inability and unwillingness of central governments to more equitably distribute national resources. It can obscure a mode of economic development that depends on maintaining a minimal urban infrastructure to maximize the profits to capital.

Self-help housing programs promoted by the international aid establishment usually involve some form of credit and "cost recovery." This usually means that the housing consumers must have stable incomes in order to qualify for credit, which excludes people in the lowest income categories. It means housing consumers must pay back the banks and international donors for material assistance. This indebtedness in the end winds up promoting private property and a real estate market where only a weak one existed previously. Most housing in squatter settlements has little or no exchange value on the market. Mortgage credit, bank involvement and a modern infrastructure add up to a private real estate market able to house the upper strata but unable to solve the housing needs of the impoverished many.

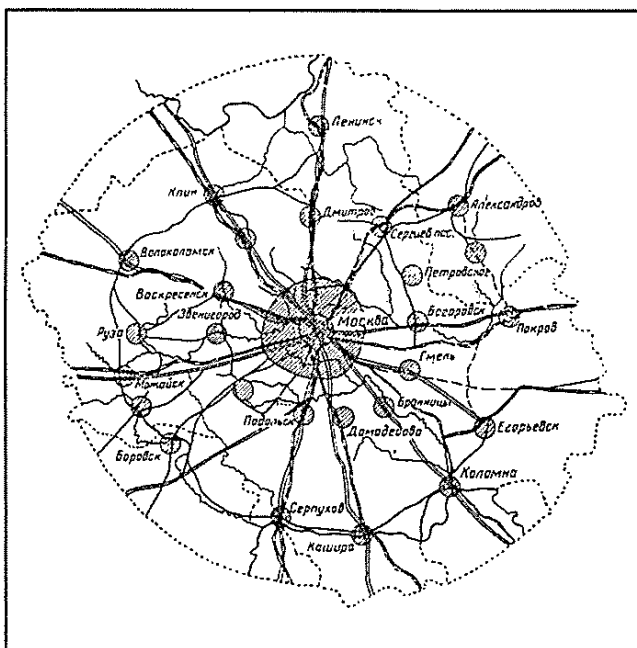
This does not mean that self-help is not a positive element in development and should not be encouraged. Self-help actually describes the way most cities in developing nations have been built — spontaneously and without government assistance (see Hardoy, 1982). Sometimes it can be very organized and sophisticated. For example, in Chile under the Unidad Popular government, and in Mexico since the 1970s, local associations for improving the urban environment played key roles nationally as well as locally, and have been successful in pressuring for government financing. However, these groups rely on self-help out of necessity, not because they believe it is a preferred national strategy. Indeed, a constant among the strongest and most influential self-help groups is the demand for a stronger government role and a more equal economic and political system.

Planned Equalization

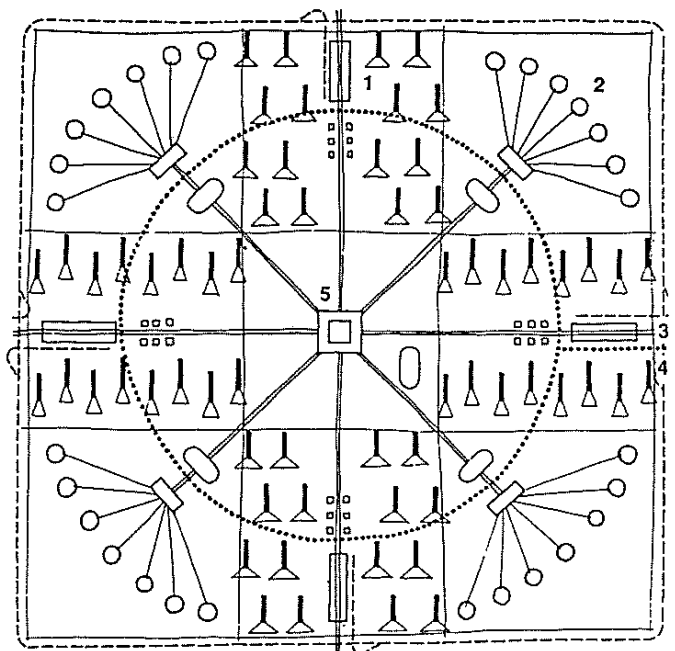
Decentralization within the context of a planned economy may involve growth poles, capital city relocation, self-help and local government, as in more market-oriented economies. However, developing socialist nations tend to root decentralization in a comprehensive national economic strategy that focuses mainly on eliminating dependency and structural inequalities between urban and rural areas.

In general, planned economies have shown more success at limiting the rate of growth of the large metropolises and promoting the development of small and medium sized settlements. Forbes & Thrift (1987:6) state that a slower rate of urban growth and reduction of the rate of primacy tend to characterize developing socialist countries. The authors compare urban growth in 21 socialist developing countries, and show how Cuba and Vietnam have had the slowest rates of growth and Tanzania, Mozambique and Libya have the highest. These variations are partially explained by the differences in the pre-socialist levels of urbanization (Cuba was highly urbanized at the time of the 1959 revolution, and Tanzania, Mozambique and Libya were mostly rural).

The question of whether these countries have altered the legacy of unequal development is a more difficult one. It is difficult to even address this question in general because socialism in developing countries is, historically speaking, still quite new. Furthermore, the approach of building a nation without private property in the main means of production is widely



Plan of proposed 'sputnik cities' around Moscow, 1921-24. (Source: S. Chan-Magomenow, *Pioniere der sowj. Architektur*, Dresden, 1983)



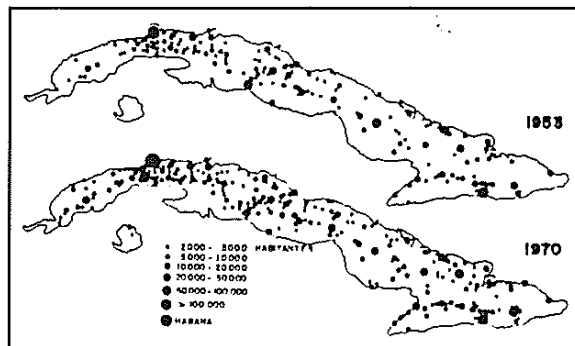
The NUS (Self-Sufficient Nucleus) model proposed by Alexi Gutnov et al. (in: *The Ideal Communist City*, New York, 1968)

accepted in developing nations but practiced in so many different ways that generalizations are suspect. In former colonial nations, the state is often the only institution capable of owning and operating property abandoned by the colonial rulers, but state ownership by itself does not necessarily fulfill the objectives of socialism. Some nations whose governments consider themselves socialist have mixtures of private, state, collective and communal property. It is therefore not surprising that the results are usually mixed. In the following, we will look at two of the more dramatic examples, and attempt to draw some tentative conclusions from them.

China's Communes

The most important experiment with national settlement planning in former colonial nations was the commune system in China. It was based on Mao Zedong's vision of socialism, which was basically anti-urban. Mao suspected urban elites of being "capitalist-roaders." He projected the rural communes as self-sufficient production and distribution entities. Uneven development was considered entirely avoidable. Large cities were to be contained and migration limited. Economic development in rural areas would be on a small scale and prevent urban development. Mao spoke of "the five smalls:" fertilizers, iron and steel, hydroelectric power, agricultural machinery and repair, and cement. With this limited technology, the countryside would become industrialized without promoting urbanization. Mao's theories were additionally embellished by the French Marxist Charles Bettelheim. Bettelheim considered the process of "disurbanization" during the Cultural Revolution to be part of a more general struggle for direct control by the Chinese working class over the planning process. He saw this as a way of revolutionizing the relations of production and thwarting the reproduction of the old capitalist relations.

Mao's communes were eliminated in the 1980s, after the end of the "Great Proletarian Cultural Revolution" and Mao's death. Today, the commune experiment is considered by Chinese communists to have been a utopian exercise based on egalitarian and not socialist principles. Recent policies have begun to reverse the previous ones (Kwok, 1987; Gibelli, 1987). Thirty years after the 1949 revolution, about 80% of China's population is still non-metropolitan. Though the gap between the standard of living in urban



The effect of planned equalization policies in Cuba: Settlement pattern 1953 and 1970

and rural areas has narrowed, it is still substantial enough to spur migration to the cities. The growth rate of China's cities has remained above 3%, about twice the overall population growth rate. Wu (1987) shows how investment levels in cities have exceeded those in communes, despite the stated policy of favoring the rural communes.

Mao and Bettelheim reflected a common anti-urban bias and suspicion of the metropolis. They did not accept that development is always uneven, and uneven development does not necessarily reinforce structural inequalities. In fact, the extreme decentralization of the commune system ultimately reinforced the differences between city and countryside — because there are objective limits to a society's ability to provide a full range of goods and services to small communities. The communes simply could not equal the standard of living in the metropolis no matter how developed they became.

There are universal laws of economic development that function under both capitalism and socialism: the law of scale economies, the law of supply and demand, and the law of value. The law of value, which governs all economic laws in capitalism, operates partially under socialism. The problem for planners is to acknowledge these laws so that they can be harnessed and controlled. Equality is not the central goal of socialism, which is a transitional system; rather, the main goal is the appropriation of the social surplus by the workers and peasants and distribution according to work. Egalitarian and utopian schemes such as the communes hinder the process of economic development and therefore limit the ability to gradually eliminate unevenness and prevent inequalities from becoming structural. Contrary to Mao, developing the productive forces is key, especially in the dependent nations, but it must not be forgotten that the relations of production — including relations between workers and managers, and democratic participa-

tion — are essential elements of the productive forces.

The most dramatic attempt to implement the Maoist anti-urban strategy was in Kampuchea under the Khmer Rouge. Under the four year reign of terror of Pol Pot, all cities were evacuated by force, and millions were sent to labor in the fields. The capital city of Phnom Penh went from 2.5 million to 50,000 people. All signs of urban culture were considered counterevolutionary according to the messianic vision of primitive

communism engendered by the Khmer Rouge. Intellectuals, cultural workers and religious people were persecuted. Everything foreign was seen as undermining the Khmer Rouge vision of agrarian nationalism. The anti-urban policy was part of a plan to destroy everything associated with modern civilization, a plan whose consequences were genocidal. As many as three million people, almost a fourth of the country's population, died at the hands of the Khmer Rouge.

Zimbabwe and Mozambique attempted milder versions of the anti-urban spatial strategy, and also failed. Vietnam had partial success in reversing the concentration of population in Ho Chi Minh City after liberation, but in the 1980s accepted the metropolis as an historical fact to be managed and developed.

Cuba

At the time of the victory of the Cuban Revolution in 1959, Cuba was one of the most urbanized nations in Latin America, itself the most urbanized continent in the Third World. Over 20% of the population lived in the capital city of La Habana, a primate city that dwarfed the provincial capitals in size, economic importance, and standard of living.

Within the first two years of the Cuban Revolution, the most open signs of intra-urban inequalities were done away with. Shantytown dwellers were given modern new housing. The first urban reform laws stopped displacement by effectively halting evictions and speculation in urban land.

In over 30 years, Cuba has also carried out an urban-rural equalization process through its centrally planned system. Priority was given to new industrial activities in Cienfuegos, Holguin, Santiago and other areas outside the capital city. Health and educational facilities were dispersed to small towns and villages, so that today Cuba ranks among the most advanced countries in the world in terms

of life expectancy and proportion of doctors and technicians in the population. Cuba also has one of the lowest illiteracy rates in the world. As a result of the dramatic improvement of conditions in the countryside, migration to La Habana declined (see Susman, 1987). Cuba is the only country in Latin America in which the capital city has stopped growing relative to the lesser cities. In fact, in the last 30 years, growth of the provincial capitals has outpaced growth of the capital. In many ways, the level of services and quality of life in the capital have declined due to the priority given to rural areas and provincial capitals over the last thirty years. There are now serious problems in housing and urban services in La Habana that require new policy initiatives. These problems were probably unavoidable: correcting inequalities invariably means that areas once favored will be less favored *relative to others*.

Differences in settlement size, by themselves, tell little about economic and political equality. Still, enormous imbalances in city size tend to reproduce uneven development because smaller settlements will never be large enough to enjoy the full array of social and cultural services, especially in less developed countries like Cuba. La Habana is one of Latin America's leading centers for filmmaking, publishing, and art; despite a national policy of diffusing cultural opportunities to all rural areas through television, radio, the "Cultural Houses," and financing of local talent, only La Habana affords the opportunity for the direct interaction among artists and intellectuals that makes such a rich cultural community possible. This is perhaps logical and necessary at this stage of Cuba's development. But it provides a challenge for the next stage of development, and speaks to the operation of certain laws of metropolitan development independently of central planning.

Although Cuba's centrally planned decentralization was responsible for progress in overcoming inequalities, spontaneous local initiative, including self-help, also played a role, and will probably play an increasing role in the future. Since 1970, most new construction of housing and local community facilities was done by the microbrigade system, based on volunteer labor organized and backed by local enterprises and local and national government (Mathey, 1988). In addition, there is a substantial amount of self-built housing where state and micro-brigade construction is not able to meet housing needs. Since inequalities in health and education are no longer substantial, access to housing and urban services is now one of the major indicators of urba-

rural, and intra-urban, inequalities.

The questions facing Cuban planners in the country's next stages of development are increasingly complex. Up to this point, Cuba's planners have denied that internal markets can play any meaningful role in socialist development and the elimination of inequalities. This runs contrary to the trend now underway in the more developed socialist countries. It remains to be seen whether Cuba is able to make another leap in development without consumer markets. It appears to me that the objective laws of socialist development include internal markets, as they do reliance on central planning, self-help, local initiative and democratic participation. Cuba has made substantial progress in overcoming the legacy of the dependent metropolis. However, future progress in promoting an equalized development will depend on a continuing ability to centrally plan not according to abstract ideas about equality but objective laws of development.

Conclusion: Future Prospects

The examples of China and Cuba illustrate the importance of national planning as a basis for equalized metropolitan development, and the failure of anti-urban approaches. The most successful urban planning strategies are based on successful national economic development strategies. The most successful national development strategies revolve around development of the human factor, not material aid or GNP, private property or profit. Development of the human factor means, concretely, concentrating resources on improvement of the daily living conditions of the population.

The prevailing trend in metropolitan development around the world is towards the continuing unplanned growth of the dependent metropolis, spurred by the expansion of transnational capital throughout Africa, Asia and Latin America. The future appears to auger more metropolises and an aggravation of the inequalities between the metropolis and the rural hinterland, between the metropolis and other cities, and within the metropolis.

Operating against this trend is another one towards more balanced development, in which metropolitan growth is limited and structural inequalities gradually diminish. The emergence of a more equal, decentralized urban structure requires, however, the adoption of equitable national economic and social planning. It remains to be seen which of these two trends will predominate in the years ahead.

References:

- Angotti, Thomas; 1987: "Urbanization in Latin America: Toward a theoretical synthesis," *Latin American Perspectives*. 14, 2 Spring (134-156).
- Black Sash; 1989: *Nearly and A-Z Guide to Homelessness on the Witwatersrand*. Black Sash Tvl. Region Urban Removals and Homelessness Group & Community Research and Information Network.
- Christaller, Walter; 1966: *Central Places in Southern Germany*. New York: Prentice Hall.
- Forbes, Dean & Nigel Thrift, Eds.; 1987: *The Socialist Third World: Urban Development and Territorial Planning*. Oxford: Basil Blackwell.
- Friedmann, John; 1966: *Regional Development Policy: A Case Study of Venezuela*. Cambridge: MIT Press.
- Friedmann, John & C. Weaver; 1979: *Territory and Function: The Evolution of Regional Planning*. London: Edward Arnold.
- Geyer, Hermanus S.; 1989: "Apartheid in South Africa and industrial deconcentration in the PWV area," *Planning Perspectives*. 4 (251-269).
- Gibelli, Maria Cristina, 1987 "Dinamica dello sviluppo urbano in Cina: I problemi attuali e le sfide del futuro" *Archivio di Studi Urbani e Regionali* 29 (119-156)
- Gilbert, Alan & Josef Gugler; 1984: *Cities, Poverty and Development: Urbanization in the Third World*. Oxford: Oxford University Press.
- Gramsci, Antonio; 1957: *La Questione Meridionale*. Roma: Riuniti.
- Habitat, 1987: *Global Report on Human Settlements*. Oxford: Oxford University Press.
- Hardoy, Jorge; 1982: "The building of Latin American cities," in Alan Gilbert, Ed. *Urbanization in Contemporary Latin America*. New York: Wiley (19-34).
- Kuklinski, Anton, Ed.; 1972: *Growth Poles and Growth Centres in Regional Planning*. London: Mouton.
- Kwok, R. Yin-Wang; 1987: "Recent Urban Policy and Development in China: A reversal of 'Anti-Urbanism'." *Town Planning Review*, 58, 4, October (383-399).
- Mariategui, Jose Carlos; 1928: *Siete Ensayos de Interpretacion de la Realidad Peruana*. Lima: Amauta.
- Mathey, Kosta; 1988: "A Cuban interpretation of self-help housing," *Trialog*. 18, 3 Quartal (24-30).
- Morris, Pauline; 1981: *A History of Black Housing in South Africa*. Johannesburg: South Africa Foundation.
- Newsweek*; 1990: "After Apartheid." April 2 (34-35).
- Rodwin, Lloyd; 1969: *Planning Urban Growth and Regional Development: The Experience of the Guyana Program in Venezuela*. Cambridge: MIT Press.
- Rondinelli, Dennis; 1983: *Secondary Cities in Developing Countries: Policies; for: Diffusing Urbanization*. Beverly Hills, CA: Sage.
- Susman, Paul; 1987: "Spatial equality and socialist transformation in Cuba," in Forbes & Thrift 1987 (250-281).
- Sutcliffe, Michael, Alison Todes & Norah Walker; 1990: "Managing the cities: An examination of state urban policies since 1986." Paper presented to the International Conference "Sustainable Habitat on an Urbanized Planet?" Berlin 19-25 March (20 pp.).
- Turner, John F.C. & Robert Fichter, Eds.; 1972: *Freedom to Build*. New York: Macmillan.
- United Nations, 1989: *United Nations Demographic Yearbook*. New York.
- World Bank; 1974: *Sites and Services Projects*. Washington, DC.

Geographical Revolutions and Revolutionary Geographies

Nature, Space and Place in the Urban Development of Nicaragua

Bryan R. Higgins

The recent literature on urbanization and territorial planning in developing countries has primarily focused on the experience of capitalist, market-based societies. With a few notable exceptions, urban development in the socialist third world has not been widely reported (Forbes and Thrift 1987). This limited attention to the territorial strategies of socialist development has had a number of important impacts. First, it has severely limited the scope of theoretical debate in mainstream development theory. Second, it has restricted the range of alternatives which all non-industrialized nations consider for their own development. Third, it has obscured the possibilities for developing countries to make geopolitical alliances in response to international capitalism. Finally, it has impeded the efforts of supranational organizations, such as the United Nations, to research and promote sustainable models of development. As an alternative, this paper will focus on the geographical revolutions and territorial development of Nicaragua.

During the past four decades radicals have produced many important theoretical analyses concerning the international context of capitalism. A few examples from this very extensive literature include Burgess 1982, Slater 1984 and TRIALOG

1985). In addition, radicals have extensively debated a variety of issues involved with the national question and the global politics of liberation struggles (Blaut 1987). What has not been as well developed though, is a critical analysis of territorial growth within particular socialist countries of the developing world. The detailed comparisons of socialist nations in the developing world, which have been published, indicate that their urban and territorial growth has not been uniform (Forbes and Thrift 1987). Given their profound differences in physical, economic and social environments; socialist development theory has not naively prescribed an ideal set of policies for urban and regional development. Instead, it has judged it more appropriate to evaluate the geographical development within different countries. At the same time, the potential benefits of non-aligned development principles, indicates the advantage of going beyond idiographic observations for each country. Given this situation, this paper will start by investigating the geographical revolutions which have occurred in the territorial development of Nicaragua.

Despite the recent boom in studies of the Sandinista revolution, international researchers have seldom systematically

examined the urban and regional development of Nicaragua. Recent analysis has investigated particular aspects of territorial development including: Chavez' (1987) and Carmona's (1987) description of urban planning. Mathéy's (1985) investigation of housing policies in Sandinista Nicaragua, Down's and Kusnetzoff's (1982) examination of the changing role of local government in the revolution, Massey's (1987) examination of the growth of spontaneous settlements surrounding Managua, Slater's (1986) comparison of Nicaragua and Cuba, and Conroy and Pendall's (1987) analysis of internal migration and regional outreach of the state. Thus, as with other socialist developing countries, the international literature has infrequently addressed urban and regional development in Nicaragua.

Within Nicaragua, the Sandinista government acknowledged the importance of urban development in a socialist transition when it established a Ministry of Housing and Human Settlements after the triumph of the revolution. This agency performed many studies of the contemporary urban system (INIES 1986), including a national classification of the urban hierarchy (MINVAH 1984). Unfortunately, following the financial crisis of the Contra War, this agency was disbanded in the government retrenchment of 1988. The Sandinista government also gave attention to the regional issues of national development when it created the Nicaraguan Institute for Territorial Studies (INETER) in 1983. Subsequently, INETER has focused

Dr. Bryan Higgins is lecturer at the Center for Earth and Environmental Science, State University of New York at Plattsburgh. The paper reflects the findings of a one-year research in Nicaragua, which was funded in part by a Fulbright Central American Research Grant. In addition, the author would like to thank Architects and Planners in Solidarity with Nicaragua (APSNICA), and the Mayor's office of Managua for their support and assistance.

Zusammenfassung:

Dieser Aufsatz untersucht die Rolle des geographischen Denkens in der Siedlungsgeschichte Nicaraguas. Er argumentiert, daß die territoriale Erschließung des Landes von drei geographischen Leitbildern bestimmt wurde. Das Zunächst herrschende Leitbild der Indianer wird mit dem Begriff 'Natur' umrissen. Die spanischen Eroberer haben dieses Leitbild umgeformt und durch den europäischen Begriff 'Raum' ersetzt. Der Gegensatz von 'Natur' und 'Raum' beherrschte die Kolonialperiode Nicaraguas und die ihm folgende des Kapitalismus. Die zweite geographischen Paradigmenwechsel stellt das abgelöste Konzept von 'Raum' infrage, und stellt ihm experimentellen Assoziationen von 'Territorium' (engl.: 'place'), wie sie die nicaraguanische Revolution hervorbrachte, entgegen. Abschließend thematisiert dieser Aufsatz die weltweite Bedeutung dieses neuen geographischen Leitbildes, und die Rolle, die dieses neue Konzept in der Regional- und Siedlungsplanung von Entwicklungsländern spielen könnte.

primarily on studies of the physical environment and was all but formally scrapped in the government retrenchment of 1989. Despite this underfunding, it is significant that INETER did initiate a national study of urban population growth in 1988 (Higgins 1989b). Other Nicaraguan agencies have also produced select reports on various aspects of urban development including: the Center for Investigations and Studies of the Agrarian Reform's (CIERA 1984) study of Managua's dominance in the national food system and Monserrat's (1989) description of Nicaragua's physical geography and economic structure. However, previous to INETER's research project in 1988, no territorial study had ever previously examined the history of urban population growth in Nicaragua as a whole. This lack of urban study in regards to territorial planning stands in vivid contrast to the fact that recent statistics indicate that in 1987 almost two-thirds of the Nicaraguan people lived in urban areas. See *table 1*.

Table 1: Urban population in Nicaragua 1920-87

Year	Total Population	Urban Population	Percentage Urban	Annual Growth %
1920	638,119	218,237	34.2%	
1940	835,686	266,584	31.9%	-0.1%/yr.
1950	1,049,611	369,028	35.2%	0.3%/yr.
1963	1,535,588	627,292	40.9%	0.4%/yr.
1971	1,877,952	896,378	47.7%	0.9%/yr.
1980	2,732,520	1,459,292	53.4%	0.6%/yr.
1987	3,922,373	2,496,564	63.6%	1.5%/yr.

Source: INEC 1950, 1963, 1971 and 1980; INETER 1987

While this simple inattention is significant in itself, it becomes even more important in relation to Nicaragua's territorial development policy. That is, since researchers and policy analysts continue to assume that the country is primarily rural, the living conditions in urban areas are only minimally being addressed. Given this dissonance between territorial policy studies and the everyday living conditions of Nicaraguan residents, this paper will focus on the urban transformation of Nicaragua. To explicate this urban transformation in the geography of Nicaragua, this study will start by investigating the first revolution in geographical thought within Nicaragua. This geographical revolution involved the shift from an American Indian notion of 'nature' to a European notion of 'space'.

From American Indian nature to European space

American Indians have in general been treated as people without history for centuries in Latin America (Wolf 1982).

Table 2. Population Estimates of American Indians in 1500

Macro Region	Residents		Area (Sq.km)		Density
PACIFIC	546,570	71%	18,219	15%	30.0
CENTRAL	178,838	23%	23,845	20%	7.5
ATLANTIC	38,148	6%	76,295	65%	0.5
TOTAL	763,550	100%	118,359	100%	6.45

Source: Newson 1987

This has also been true in the specific case of Nicaragua. To redress this important void, this study will identify two distinct realms of American Indian geography and examine how they both influenced later urban and territorial development. First, it will describe the physical patterns of indigenous settlement which existed in Nicaragua before European contact. Historically, these physical patterns in an American Indian landscape provided a template for subsequent Spanish urban settlements. Although the presence of indigenous settlements has long been known, it has only been in the 1980's that a wealth of details have been rediscovered in the case of Nicaragua. In spite of the novelty of these discoveries, the material presence of American Indian cities in pre-European Nicaragua is not as theoretically significant as the contrast in geographical thought between American Indians and Europeans. This geographical consciousness involves the contrast between American Indian 'nature' and European 'space'. The dialectics of this geographic thought is very significant theoretically, since practically all contemporary development studies presume 'space' to be the common framework for territorial study. After exploring this intellectual dialectic, this paper will consider how the analysis of this geographic revolution not only redefines Nicaragua's historical geography, but also gives new insight into the contemporary conflict between the Sandinista government and Miskito Indian residents on the Atlantic coast of Nicaragua.

It has long been known that American Indians lived in a wide variety of settlement types in Nicaragua. In spite of this general awareness, it has only been with the investigations of Newson (1987) and Stanislawski (1983) that their precolonial distribution has been compiled in comprehensive detail. An important perspective on the hemisphere, which Newson brings out, is that anthropologists consider this region of Central America to be the zone of transition between the tribal peoples of Central and South America. Specifically, the South American related tribes of Sumus, Matagalpas and Ramas (resident in the Central and Atlantic macro regions of the isthmus) had a small-village form of settlement, similar to other

South American tribes. See *table 2* and *Map 1*.

In contrast to this physical settlement pattern, the tribal groups of the Chorotegas, Nicaraos and Maribios (similar to other Central American tribes and resident in the Pacific) had a much higher settlement density and a system of cities throughout this coastal plain. In fact, at the time of first European contact, the tribal city at the location of present day Managua was the largest within this region and is estimated to have had a population of 40,000 (Newson 1986, 48). These original American Indian cities also provided a structure for later Spanish settlement, since they were important to the Spanish as a source of labor, to exploit in their colonial schemes. As Newson observes "Towns and cities were the primary instruments of colonization, serving as symbols of territorial possession and centers from which the surrounding countryside could be colonized and administered (1987, 93)." Thus, even before European contact, American Indians resided in a variety of urban settlements throughout the isthmus. Furthermore, as Stanislawski has observed, "If the first evil of conquest of the New World was conquest itself, the second was the 'private enterprise' system of the sixteenth-century Spanish government (1983, 126)." Consequently, it was not urbanization per se which exploited American Indians, but rather the capitalist character of this geographic transformation.

Another major realm in the geographical development of the Americas has been the radical conflict between the geographical paradigms of American Indians and Europeans (Higgins 1980). In this regard it is important to note that there were differences in geographical thought between the distinct Indian tribes of Nicaragua and among different European ethnic groups. Having acknowledged this variety though; it is clear that far greater differences have been found between the two cultural groups than among them. To explicate this radical contrast in geographical thought, this paper will disentangle some of the distinct components in the geographical paradigm of each group. See *table 3*.

Table 3: American Indian and European Geographical Paradigms

American Indian	European
Land as "nature"	Land as "space"
Village or clan usage	Individual land ownership
Stewardship of land	Buy and sell parcels of land
Only oral descriptions of the land	Written records for land ownership

At the broadest level, during the Spanish invasion a European philosophy of the land was formed by the notion of 'space'. Thus, the terra incognita of Nicaragua only became integrated into the European intellectual system when it was surveyed, mapped and given a spatial definition. In radical contrast to this abstract physical model, an American Indian philosophy of the land was structured by the notion of 'nature'. For American Indians, geographical knowledge originated with the personal experience of 'nature'. Thus, knowing the location of a parcel of land in 'space' was not found in their geographic thought. Instead, their sensory awareness and consciousness identified the plants and animals of 'nature'. For an excellent description of this dialectics of geographic thought in another region of the Americas see Merchant (1989).

Another key difference in geographical thought was the fact that Europeans had a notion that individuals could own the land. Their ownership of the land included 'control' of plants and animals on the parcel. In contrast, American Indians had no such idea of individual land ownership. Instead, their village or clan sys-

tem regulated their residence and use of the land. Even when individuals resided in particular places for long periods of time, they did not think of the land as their 'own'. Furthermore, their relations with nature did not include the idea that they could control nature or that nature was a 'resource'.

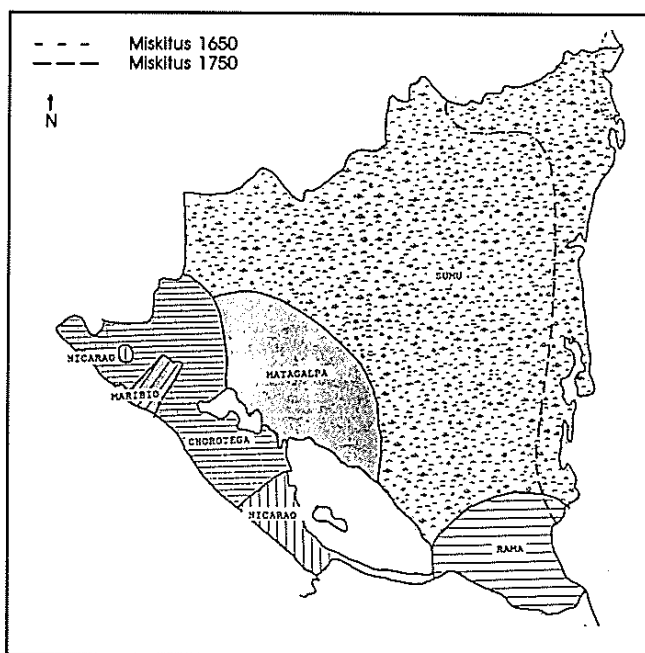
A European geographical paradigm also held that the land could be bought and sold. This right to buy and sell individual parcels represented a commodification of land and was necessary for agro-capitalism to extract wealth from Nicaragua. American Indian geographical thought did not include any comparable notion. For indigenous people the land could simply not be bought and sold.

Finally, written records were necessary to prove ownership within a European paradigm. It was not sufficient for an individual to have defined a parcel in space or verbally claimed to be its owner. In addition, one also had to have a written document or legal title to prove ownership. American Indians in contrast utilized no such written documents in regards to the land. Their oral descriptions served to regulate their relations with nature and among tribal residents.

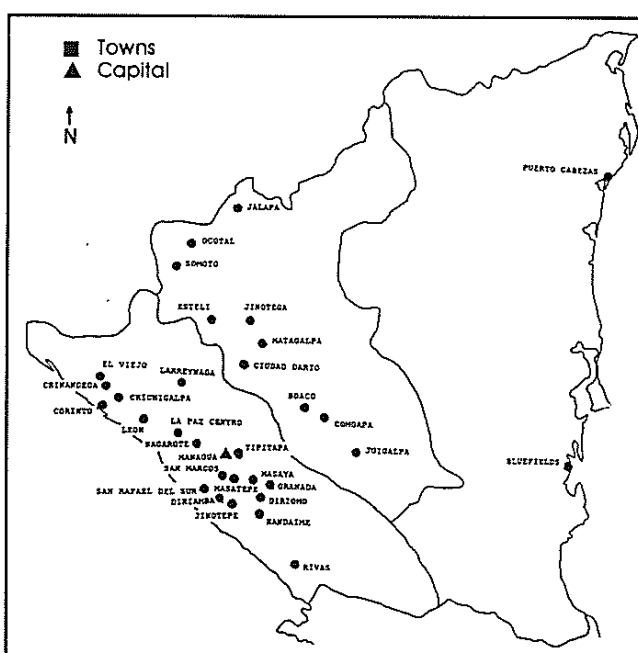
Taken together the distinct philosophies of the land presented in table 3 demonstrate a radical contrast in geographical paradigms between Europeans and American Indians. These geographical paradigms were fundamental to the settlement of Nicaragua, since development depended not only upon the manipulation physical reality, but also the vocabulary and structure of a people's geographical

imagination. An excellent study which probes the semiotic interaction between these two systems of thought in Latin America is Todorov's (1985) examination of relations between American Indians and the Spanish upon contact. This important work explores the relations between intellectual thought and power, vividly describing how Columbus discovered America, but not the Americans.

The American Indian geographies, described above, illustrate a number of important points about urban and regional development in Nicaragua today. First, the American Indians of Nicaragua had a philosophy of the land which was in radical contrast to a European notion of 'space'. Second, despite the fact that American Indians had a radically distinct system of geographical thought, they resided in urban settlements, previous to contact with the Spanish. Third, a sharp cultural divide existed between the Atlantic and Pacific macro-regions, even before the Spanish came to dominate this landscape. Thus, the cultural divide between the Hispanic Pacific and the Indigenous Atlantic, which was so often mentioned in the 1980's, was a current version of a major pre-Hispanic cultural divide. Fourth, the settlement density and intensity of natural resource use has been higher in the Pacific coastal plain since pre-colonial times. Hence, this uneven development pattern, which some have portrayed as a more restricted impact of colonialism and capitalism, has origins which predate these systems. Finally, the tribal landscape of the Pacific included a system of different size cities, among which the one located at Managua was the largest. Thus, Managua's resurgent



Map 1: Tribal zones before Spanish conquest (Newson, 1987)



Map 2: Macro-regions and selected cities in Nicaragua

growth in the 20th century and current position as the largest city of Nicaragua is not 'new', but actually a return to its indigenous dominance within a pre-colonial, Nicaraguan urban hierarchy.

Colonization, capitalism and space

During the Spanish invasion of the Americas a European geographical notion of space was consistently pitted against American Indian philosophies of the land. During this intellectual and military struggle, Spanish settlement also became concentrated in the Pacific region of Nicaragua. The subsequent annihilation of some indigenous settlements and the superimposition of Spanish settlement in other cases; resulted in a drastic reduction of native populations and a radical reorganization of spatial linkages. In the colonial period of this exploitation, the cities of Granada and Leon came to be the largest centers of population and power. In addition, an intense spatial rivalry developed between these two cities for control of the overall colonial zone (CIERA). This metropolitan competition included distinct social, political and economic foundations, as well as a quest for national dominance. Besides the internal dynamics of this struggle, in 1853 this conflict also included the first intervention of United States military forces, when William Walker was encouraged by some Nicaraguans to intervene and establish his own colony. Subsequent to the defeat of Walker, a compromise was reached between the distinct factions in this national geopolitical struggle; including the establishment of a new capital city. Thus, in 1852 Managua was designed to be an alternative, 'middle-ground' between the two competing urban systems and became the new capital city. Despite this political designation, the size and economic force of Managua remained marginal until well into the twentieth century.

Given the limits of this paper, it will not be possible to trace the transformations in a notion of space which subsequently occurred in Nicaragua's development. It is important though, to acknowledge that the struggle with American Indians continued throughout the nineteenth century in the

pacific region (Wheelock 1981). This was influenced by the fact that in the waning years of the 19th century coffee production finally began to boom in Nicaragua; as it had previously in other Central American countries (Biderman 1983). This new mode of production stimulated population growth both south of Managua and in the Central macro region, near Matagalpa. In the Atlantic region, during this period, development was controlled by and integrated into British Caribbean interests. This British orientation of the economy and culture on the Atlantic coast, in combination with the distinct cultural settlement patterns of the Miskitu, Rama, Sumu, Creole and Caribs, resulted in radically distinct territorial settlement and severe tensions in the 19th century with the Spanish settlement of the Central and Pacific regions. One result of this division was Zelaya's reconquest of the Atlantic region (CIDCA 1987).

Space and Urbanization in Nicaragua

Although many national policy studies continue to presume Nicaragua is an underdeveloped, rural nation; the most profound territorial change since 1950 has undoubtedly been its shift from predominantly rural to a predominantly urban system of settlements. Among Central America countries the percentage of Nicaraguan urban residents in 1980 was tied with Panama as the highest in the region (SALA 1989, 27-641). In 1987 nearly two thirds of the total population (63.6%) was living in urban areas.

These figures not only indicate that Nicaragua has become a substantially urbanized country but furthermore, demonstrate that the rate of urbanization increased significantly after 1980.

Another important aspect of this change in settlement patterns has been the persistence of both the highest total population growth and urban area population growth in the Pacific macro-region from 1950 until 1980. See Map 2 for the location of macro-regions and select cities. See Table 4 for the geometric growth rates of both total population and the population of urban-areas-only within each macro-region.

The other striking observation from this population history is the dramatic shift in regional population growth following the triumph of the revolution in 1979. This illustrates that, for the first time in over 30 years, the Pacific macro-region was second to the Central macro-region in population growth. In addition, while urbanization maintained the same relative importance within the Pacific; the Central and Atlantic macro-regions experienced a dramatic increase in the force of urbanization. This shift in settlement within the macro-regions is also primarily due to the impact of the contra war, with its relocation of people to more protected urban settlements, and Sandinista policies to decentralize urban development.

One aspect of urbanization which has received a great deal of both institutional and popular attention has been the growth of Managua. Since 1920 it has been the largest city in Nicaragua and its growth is widely referred to as 'excessive'. This is often justified by comparing its population to that of the second largest city, Leon, which consequently provides a measure of its primacy. See Table 5.

Table 5: Primacy of Managua

Year	Urban Areas of Managua	Urban Areas of Leon	Primacy Ratio
1950	114,389	30,544	3.7
1963	234,580	45,048	5.3
1971	384,904	54,841	7.0
1980	614,947	90,926	6.8
1987	821,897	110,873	7.4

Source: INEC 1950, 1963, 1971 and 1980; INETER 1987

Another perspective of urban hierarchy in Nicaragua can be identified by examining the population growth rates for different size settlements. A simple, yet still arbitrary, classification of settlement types herein includes: Managua (as the dominant city), intermediate cities (the 32 municipios with urban area populations less than Managua and greater than 5,000 in 1980), Towns (municipios with urban area populations from 4,999 - 1,000) and rural areas (municipios with urban area populations less than 1,000). Table 6 thus presents the geometric population growth rates for the urban areas of cities and towns; as well as the growth rate for all rural municipios and the population of the republic as a whole.

These statistics demonstrate a number of important population trends. First, while popular perception in Nicaragua holds that Managua has been the fastest growing city for decades, these statistics show that since 1971 intermediate cities and towns have been growing faster than Managua. It should be mentioned how-

Table 4: Population growth rates for macro-regions

Geographic Region	1950-1963		1963-71		1971-80		1980-87	
	Total	Urban	Total	Urban	Total	Urban	Total	Urban
Pacific	3.1	4.4	3.2	4.6	4.9	5.8	4.0	5.9
Central	2.9	3.7	0.8	4.8	3.3	4.6	7.8	14.5
Atlantic	2.1	2.8	6.3	2.3	3.2	5.0	0.9	13.2
Republic	3.0	4.2	2.5	4.6	4.3	5.6	5.1	7.5

Source: INEC 1950, 1963, 1971 and 1980; INETER 1987

Table 6: Growth rates for different settlement sizes 1950-1987

Settlement Type	1950-63	1963-71	1971-80	1980-87
Managua	6.0	6.4	5.3	4.1
Intermediate Cities	3.6	3.5	5.6	7.1
Towns	2.2	3.0	6.2	20.1
Rural Areas	2.2	1.0	2.9	1.5
Republic	4.2	4.6	5.6	5.1

Source: INEC 1950, 1963, 1971 and 1980; INETER 1987

ever, that the severe earthquake in Managua during 1972 strongly affected its population figures during this decade. In any case, while Managua has clearly maintained its position as a primate city, urban population growth has actually been much higher in the rest of the urban system. Also, the incredible growth of settlements with populations less than 5,000 and greater than 1,000 from 1980-87 is a spatial impact of the Contra war, as well as the financial efficiency of providing basic services to concentrated as opposed to dispersed settlements.

From space to place in the Sandinista revolution

Another radical change in geographical paradigms began to occur in Nicaragua during this century. This geographical revolution included the shift from a detached notion of 'space', which was being advanced by capitalism, to the experientially grounded notions of 'place', being produced in the Nicaraguan revolution. These revolutionary geographies provided a distinct intellectual foundation for understanding Nicaragua. An excellent study of some of these intellectual notions may be found in Hodges (1986) description of the ideological components in the intellectual thought of the Sandinistas. For example, one of the clearest distinctions was visible in the contrast between notions of the nation. In the case of a 'place' oriented revolutionary geography, experience with the Yankee filibuster William Walker and the U.S. Marines demonstrated the importance of Nicaraguan sovereignty as a geographic notion. This notion of the nation was radically opposed to a detached spatial model of global capitalism which was being advanced by the ruling class of Nicaragua.

While this paper will identify other examples of such revolutionary geographies, it is especially important to note

that the foundation of this geographical paradigm is 'experience' as opposed to 'space'. It is consequently not surprising that this new geographical paradigm rapidly included a revolutionary consciousness of the land at every spatial level. Thus, more detailed studies of this revolutionary geographical imagination would likely find a profound impact in the 'exteriorist' poetry of Ernesto Cardenal and the widely instituted poetry workshops he coordinated with the Ministry of Culture throughout Nicaragua.

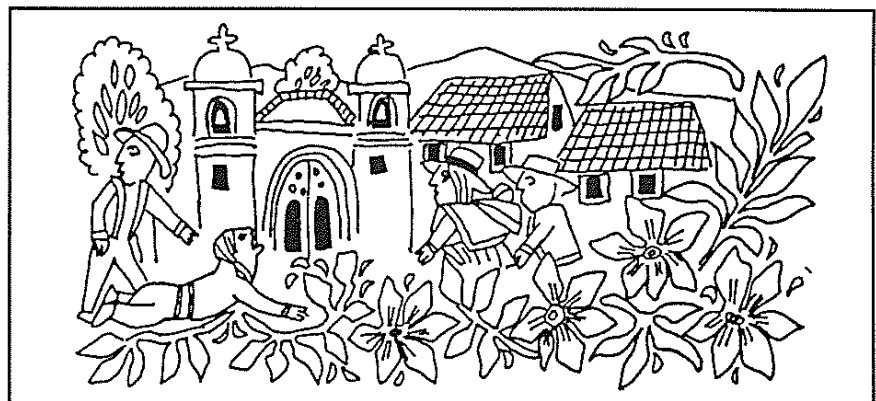
Another revolutionary geography is found in the radical critique of the place of agrocaptalism which was developed by the Sandinistas. This revolutionary critique describes the major change in the economic and territorial organization of Nicaragua which began after World War II. In the 1950's a shift towards production of cotton stimulated the growth of the Pacific macro region, especially in the departments of Chinandega and Leon. As described by Biderman (1983), the expansion of cotton production displaced many small grain farmers. In addition, the need for seasonal labor to harvest the cotton resulted in a large, semiproletarianized group of workers (150,000--2000,000) who worked in these fields but permanently resided in urban areas throughout these departments. This very capital intensive form of development also required large public investments in infrastructure, such as roads, electricity and port facilities. The new requirements of agrocaptalism, during this era, required another reorganization in land ownership. In this case a variety of methods were used by the state to expropriate control of the land in this region. A pronounced spatial impact of this so called 'national development' was the special improvement in the quality and accessibility of public services in the Pacific macro-region.

With the establishment of the Alliance for Progress and the Central American Common Market, industrial growth accelerated during the 1960's. Besides the few chemical and metal working plants, this

development was primarily in the food and beverage sectors of industry and had a very strong geographic focus in Managua (CIERA). Thus, during this period, the population and settlement of Managua expanded at a very high rate compared to all other cities in Nicaragua. It was this industrial and residential development of Managua which was dominated by the Somoza faction and exaggerated by their control and manipulation of the state apparatus (Godoy 1983).

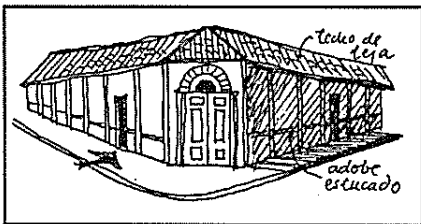
By the end of the 1970's four major factions controlled the political economy of Nicaragua. Within this system of agrocaptalism, each faction had a distinct constellation of economic enterprises, social connections and spatial organization. First, the Somoza family had control of the construction industry, as well as other assorted industries within Managua. Next, the Nicaraguan Bank (BANIC) had both vertical and horizontal control of cotton production. This included growers, cotton processing plants, agromachinery sales and agrochemical supplies. The regional focus of this group were the departments of Leon and Chinandega. Third, a Bank of America group had heavy investments in cattle, sugar and alcoholic beverage production. While this group had a more dispersed and complex spatial organization than the others, its close ties to the conservative lineage in the city of Granada was most prominent. Finally, coffee production in the central macro-region sustained the only major class outside the Pacific macro-region and had a more diversified foundation of small and medium size producers. Still, the Banco Calley-Dagnall group was clearly the major actor and estimated to control more than 50% of coffee production in the Central macro-region (Wheelock 1985).

The other sectors in Nicaragua's economic geography (such as mining, forestry and fishing) also had spatial foundations outside the Pacific region and were noteworthy in their reduced profitability and economic power, compared to the above operations. During this period the Atlantic



coast had shifted from its 19th century integration within the British economy into its dependency within the economic realm of the United States; while primary resource extraction and lower incomes than the national average continued to prevail.

In overview, previous to the triumph of the Sandinista revolution in 1979, four distinct social factions had spatially subdivided and economically guided the development of Nicaragua. These class interests were the leading force in the urban spatial transformation described above. While these local factions were clearly dependent upon global capitalism in regards to world agricultural prices, foreign investment and the importation of production inputs; it was their distinct class perspectives of territorial development which guided the urbanization of Nicaragua. Despite the separate regional and economic foundations of these classes, the increasing manipulations of the state by the Somoza faction dramatically increased its share in the accumulation of capital at the national level and thus prevented a stable bourgeois alliance.



Urban colonial architecture in León.
(Drawing: Mirina Curutchet)

Revolutionary geographies and urban planning

1. The place of an urban-economic development model.

Among the 139 municipios of Nicaragua, only 7 had more than 100 industries in 1980; Managua had 736, León-336, Masaya-315, Granada-221, Esteli-183, Matagalpa-161 and Chinandega-107 (INEC, 1980). The relations between this highly concentrated industrialization and the process of territorial development have been explored in the study 'Managua is Nicaragua' (CIERA 1984). This very detailed study explicates the role of industry in what it argues has constituted an urban bias with development planning in Nicaragua. This economic critique is directly pertinent to this geographical analysis. It argues that the problems of the Nicaraguan food system are not simply a result of Somoza's exploitation of the market system but, instead, are also found to be rooted in the development model which has been utilized for planning. Thus, this report viewed the spatial assumptions in Somoza's urban-

economic model of development as a methodological obstacle to territorial planning.

Following the triumph of the Sandinista revolution, the place of the previously described factions of capital appeared to pose a major paradox in territorial development. As Vilas (1987) has noted, socialist movements in the developing world have tended to emphasize national liberation and given much less attention to transforming the relations of production and the socialization of the economy. In Nicaragua this trend was evident in that the Sandinista approach to territorial development planning continued to utilize a spatial model of territorial analysis which only minimally considered either the class or social character of production. Thus, changing the previous Somoza enterprises to 'Peoples Enterprises' was a crucial step in the transformation of the economy but, did not eliminate the superior economic position of the new enterprises or the territorial dominance of Managua within the country. Similarly, the reorganization of the other regional factions of capital was a major achievement but; did not eliminate the social contradictions and preferred status of these enterprises, workers and macro-regions.

2. The labyrinth of government geographies.

Every modern government assembles statistics which portray an official geography of that nation. While international researchers acknowledge that such statistics for developing countries should be used with caution, these multiple realities further complicate attempts to redefine territorial development policies.

One of the most common distinctions used to describe population and settlement is that between urban and rural areas. Despite the frequent use of this dichotomy, as if it identified a natural division, it is clearly not a simple matter to distinguish between such areas. Thus, while differences in access to public services and patterns of everyday living may be very distinct, the use of population statistics continues to be the most popular method for governments to identify this distinction. The United Nations (1987), for example, relies on 205 different national thresholds of urban population; instead of attempting one international standard. In Nicaragua, the definition of 'urban areas' are those places of 1,000 or more residents (and administrative centers). This definition is in fact one of the lowest urban population thresholds in Latin America (SALA 1987, 25-657). Within Nicaraguan census documents,

the smallest spatial unit individually listed is called the 'municipio', which in 1989 included 139 distinct entities. This 'municipio' is also the local level of government for political administration. Dissonance arises using this nomenclature for urban analysis in the following manner. First, the official boundary of each municipio includes not only the built-up town (holding the same place name) but also the surrounding rural settlements (which have different place names). In a few cases, the 'urban area' population of a municipio also includes 'urban areas' outside the core town (also with distinct place names) but within the designated municipal boundary. Finally, in a very few cases, the core area of a municipio is an administrative seat, yet has less than 1,000 residents, and consequently is designated as an 'urban area' for census purposes. Realizing the disparity between this technical definition and common place names, a population statistic for both rural and urban areas is available for each municipio.

A more difficult theoretical question that arises in the analysis of territorial development is why places of 1,001 residents are designated as urban. Why not 5,000? 10,000? or 20,000? Villages of 1,500 in the remote areas of Nicaragua certainly offer a minimum of services and in some cases fewer services than 'rural' cooperatives. Thus, even at the most basic level of defining spatial units, attempts to establish a simple dichotomy encounter a dialectical tension in the relationship between rural and urban development. A revaluation of this census definition was being performed in 1989 by the Nicaraguan Institute for Territorial Studies (INETER), in hopes of clarifying the national impact of urbanization.

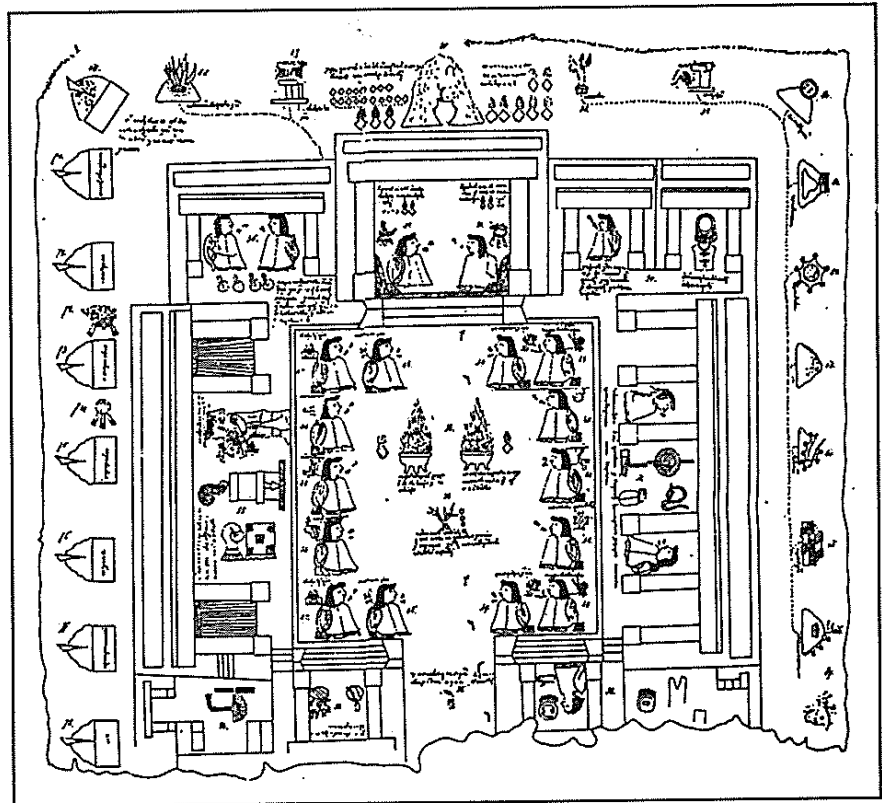
Given the reliance on population statistics for both urban-rural analysis and government funding allocations; another significant issue involves the accuracy of such statistics. In Nicaragua, the last complete census was administered in 1971. Since then, projections have been calculated by the Nicaraguan Institute of Census (INEC) and figures published for every year. Comparison of these projections with smaller scale population studies performed after 1971, indicated that INEC statistics were reliable until 1980. Detailed analysis of municipio population trends after 1980 indicated a significant number of irregularities which could not be explained (Higgins 1989b). Consequently, in 1989 INETER performed a comparison of population statistics from various government agencies (Ramirez and Zuniga 1989).

A previously unregistered impact of the Sandinista's more decentralized approach to government has been the independent production of population estimates. While official responsibility for population estimates continues to remain with INEC; other branches of government have also produced population estimates for their own purposes. For example, local health workers canvassed door to door when determining the number of residents in each household throughout the country for the ministry of health's malaria prevention program. The summary of these local figures constitutes this ministry's independent population estimate. Another independent statistical source are the regional governments, who each developed their own set of population statistics based upon information from the national government's food rationing program. Given the presence of these three distinct estimates of population, it was appropriate for INETER to compare each source in the compilation of new 'official' population estimates for 1987 (Ramirez and Zuniga 1989).

The decentralized production of official statistics has in effect created distinct government geographies of Nicaragua. While this shift away from centralized bureaucratic control has likely produced some very positive results, it has also implicitly fabricated a labyrinth of government geographies. To address this administrative perspective, Third World researchers should be careful to systematically evaluate the social construction of government geographies.

3. American Indian geographies.

An analysis of individual municipios demonstrates how the forces of war and race have combined to influence municipio growth. For example, the appearance of Puerto Cabezas as the fastest growing municipio in the 1980's is not because of any economic boom. In fact, quite the contrary, its economy is in the worst condition of this century. Instead, this dramatic population change has to do with the severe impacts of persistent Contra operations in this Miskitu zone. Playing upon the historic, cultural divide between Miskitu Indians on the Atlantic and Hispanics on the Pacific, this struggle included different notions of territory as well as Central Intelligence Agency intervention by the United States (CIDCA). In the 1980's the relocation of many rural Miskitu communities and the government's establishment of a very high concentration of military and civil personnel also fueled this population change.



"Mapa de Quinatzin", Zeichnung (untere Hälfte). Bibliothèque Nationale, Paris.

From space to place in development theory

This paper has argued that a revolution in geographical thought has recently been visible within Nicaragua. It has sketched a radical shift from the detached paradigm of space to an experiential foundation of place in Nicaragua. Looking beyond this particular environment indicates the much broader significance of this paradigm shift to urban planning and development theory in general.

During the 1980's the discipline of Anglo-American geography experienced a substantial turn away from the previous decade's preoccupation with spatial analysis. Especially pertinent for development theorists has been the revitalized interest in place and locality research. While the important theoretical insights of this new field are too widespread and complex to explore in this paper, it should be noted that theoretically sophisticated 'place' research is now being pursued by many researchers in the discipline of geography. While much of this work has been directed toward the industrialized world, its critical analysis of the role of capitalism in structuring places is certainly relevant within the developing world. Thus, research such as Pred (1986), Murga-

troyd (1985), Logan and Molotch (1987), Pudup (1988), Gilbert (1988), Thrift (1983), Urry (1987) Harvey (1985) and many others can offer theoretical alternatives and a wealth of insights for future studies in the developing world.

Probably the most important change within regional development theory in the 1980's has been the devaluing of its spatial separatism foundation. The term 'spatial separatist' was coined by Sack (1974) and has since been used to distinguish between a variety of conceptions of space in social thought (Sack 1980). This awareness and shift within geography occurred as marxist and humanist research significantly transformed the intellectual spectrum within the field (Johnston 1987). More specifically within development theory, the very cogent and articulate analysis of Gore (1984) explained how even from a technical perspective, which accepted the assumptions and perspectives of regional science, it was impossible to explain or control spatial development. The importance of this new paradigm can also be gauged by the fact that Friedmann (1959), one of the founders and key advocates of a spatial approach to regional planning, has also recently focused his research on a critique of abstract space and the contrast

between what he terms 'life space and economic space' (Friedmann 1988). Despite this emergence of an alternative paradigm in regional development theory, a majority of today's academics and practitioners continue to rely on different versions of the spatial separatist theme.

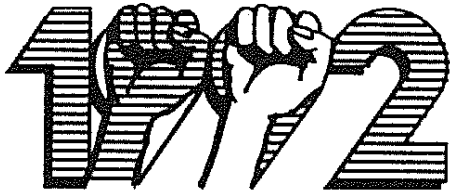
A new development paradigm introduced by Gore (1984) contrasts what he calls 'territorial' regional planning with the 'functional' regional planning of regional science. In the process of discussing this distinction Gore notes, "Territorial regional planning is not concerned with space, but with place. A 'place' is formed through the social relationships which people have thought in an area over a long period of time, and its unique characteristics reflect the shared physical environment, the shared history and the shared experience of everyday life of the people of that area." (Gore 1984, 224). In geography a similar distinction between space and place has previously been explored by Tuan (1975, 1977). In addition, Slater also exposed the limits of spatial separatism in development theory (1974) and has argued for more emphasis on social movements in the analysis of territorial development (1984). To understand the territorial development of Nicaragua then, or any other country, involves a systematic investigation of the social relations in place.

Going beyond a spatial research model, this investigation has argued that an important distinction in geographic thought is found between the notions of space and place. Instead of only utilizing the abstract presumptions of space, this study explicated a revitalized perspective of place. This alternative analysis of place originates with the distinct perspectives which race, class, gender and social movements provide of the land. In particular, this study examined the place of race and class in the development of Nicaragua. This place analysis elucidated the social production of spatial forces and their profound impact on urban and regional development in Nicaragua.

While this study of space and place has been focused on Nicaragua, it should also be evident that investigations which include the contrast between space and place offer new research potential in other countries as well. A significant body of literature has already examined the relations between capitalism and space. What is less developed at the present moment is the place of alternative geographical notions. As these revolutionary geographies become more established, they will likely redefine the place of urban planning in the developing world.

References

- Barradough, S. et al, 1988. Aid that counts the western contribution to development and survival in Nicaragua. Amsterdam. Transnational Institute.
- Bideman, J. 1983. 'The development of capitalism in Nicaragua: a political economic history.' *Latin American Perspectives* 36: 7-32.
- Blaut, J. 1987. *The national question: decolonizing the theory of nationalism*. Zed Books: London.
- Burgess, R. 1982. 'The politics of urban residence in Latin America.' *International Journal of Urban and Regional Research* 4: 465-480.
- Carmona, M. 1987. *Upgrading slums and squatter settlements in Managua*. Delft: Technical University of Delft.
- Chavez, R. 1987. 'Urban planning in Nicaragua.' *Latin American Perspectives* 53 (14): 226-236.
- CIDCA, 1987. *Ethnic groups and the nation state the case of the atlantic coast in Nicaragua*. Stockholm: University of Stockholm.
- CIERA, 1984. *Managua es Nicaragua el impacto de la capital en el sistema alimentario nacional*. Managua: Centro de Investigaciones y Estudios de la Reforma Agraria.
- Conroy, M. and Pendall, R. 1987. *Internal migration, war and the regional outreach of the Nicaraguan state*. In *Nicaragua profiles of the revolutionary public sector*. Boulder: Westview Press.
- Downs, C. and Kusnetzoff, F. 1982. 'The changing role of local government in the Nicaraguan revolution.' *International Journal of Urban and Regional Research* 6 (4): 533-548.
- Fagen, R., Deere, D. and Coraggio, J. 1986. *Transition and development problems of third world socialism*. New York: Monthly Review Press.
- Forbes, D. and Thrift, N. 1987. *The socialist third world urban development and territorial planning*. Oxford: Basil Blackwell.
- Friedmann, J. 1959. *Regional planning: a problem in spatial integration*, Papers and Proceedings of the Regional Science Association 5: 167-178.
- Friedmann, J. 1988. *Life space and economic space essays in third world planning*. New Brunswick: Transaction Books.
- Gilbert, A. 1988. *The new regional geography in English and French-speaking countries*, *Progress in Human Geography* 12: 208-228.
- Godoy, J. 1983. *El proceso de estructuración urban de managua: 1950-1979*, unpublished sociology thesis, University of Costa Rica.
- Gore, C. 1984. *Regions in question space, development theory and regional policy*. London: Methuen.
- Harvey, D. 1985. *The urban experience*. Baltimore: Johns Hopkins University Press.
- Higgins, B. 1980. *Visions of people*. Unpublished Ph.D. dissertation, Minneapolis: University of Minnesota.
- Higgins, B. 1986. 'The sanderistas and a metamorphosis of Burlington, Vermont', *Places* 3: 33-39.
- Higgins, B. 1989a. *Las indígenas en el desarrollo pre-colonial de Nicaragua*. Managua: Instituto Nicaraguense de Estudios Territoriales.
- Higgins, B. 1989b. *Población y desarrollo territorial en Nicaragua*. Managua: Instituto Nicaraguense de Estudios Territoriales.
- Hodges, D. 1986. *Intellectual foundations of the Nicaraguan revolution*. Austin: University of Texas Press.
- INETER. 1988. *Distribución espacial de la población: problemática y propuesta de medidas*. Managua: Instituto Nicaraguense de Estudios Territoriales.
- INIES. 1986. *La cuestión urbana*. Managua: Instituto Nicaraguense de Investigaciones Económicas y Sociales.
- Johnston, R.J. 1987. *Geography and geographers Anglo-American human geography since 1945*. London: Edward Arnold.
- Logan J. and H. Molotch. 1987. *Urban fortunes the political economy of place*
- Massey D. 1987. *Nicaragua*. Milton Keynes: Open University Press.
- Mathey, K. 1985. 'Housing Policies in Sandinista Nicaragua', in *Shelter policies in socialist Third World nations*. Darmstadt, West Germany.
- Merchant, C. 1989. *Ecological Revolutions: Nature, Gender and Science in New England*. Chapter Hill: University of North Carolina Press.
- MINVAH. 1984. *El sistema urbano nacional*. Managua: Ministerio de Vivienda y Asentamientos Humanos.
- Monserrat, R. 1989. *Geografía y estructura económicas de Nicaragua*. Managua: Univ. Centroamericana.
- Murgatroyd, L. et al. 1985. *Localities, class and gender*. London: Pion Limited.
- Newson, L. 1987. *Indian survival in colonial Nicaragua*. Norman: University of Oklahoma Press.
- Ochoa, E. 1989. *A guide to quantitative research on Nicaragua since independence*. *Statistical Abstract of Latin America*, 27. Los Angeles: UCLA Latin American Center Publications.
- Ortega, D. 1988. *End of the year message*, December 31. Managua.
- Post, K. and Wright, P. 1989. *Socialism and underdevelopment*. London: Routledge.
- Pred, A. 1986. *Place, practice and structure*. Totawa: Barnes and Noble.
- Pudup M. 1988. *Arguments within regional geography*, *Progress in Human Geography*, 12: 369-90.
- Ramirez L. and Zuniga L. 1989. *Nueva estimaciones de población de Nicaragua*. Managua: Instituto Nicaraguense de Estudios Territoriales.
- Sack, R. 1974. 'The spatial separatist theme in geography.' *Economic Geography* 50: 1-19.
- Sack, R. 1980. *Conceptions of space in social thought*. London: Macmillan.
- SALA. 1987. *Statistical Abstract of Latin America* 25. Los Angeles: UCLA Latin American Center Publications.
- SALA. 1989. *Statistical Abstract of Latin America* 27. Los Angeles: UCLA Latin American Center Publications.
- Slater, D. 1974. 'Contribution to a critique of development theory.' *Canadian Journal of African Studies* 8 (2): 325-54.
- Slater, D. 1984. *The state and the new social movements in Latin America* Amsterdam: CEDLA.
- Slater, D. 1986. 'Socialism, democracy and the territorial imperative: elements for a comparison of the Cuban and Nicaraguan experiences.' *Antipode* 18: 155-185.
- Stanislowski, D. 1983. *The transformation of Nicaragua: 1519-1548*. Berkeley: University of California Press.
- Thrift, N. *On the determination of social action in space and time*, *Environment and Planning D: Society and Space*, 1: 23-57.
- Todorov, T. 1985. *The conquest of America*. Harper and Row: New York.
- TRIALOG, 1985. *Shelter policies in socialist Third World nations*. TRIALOG: Darmstadt, West Germany.
- Tuan, Y. 1975. 'Place an experiential perspective' *Geographical Review* 65: 151-65.
- Tuan, Y. 1977. *Space and place*. London: Edward Arnold.
- United Nations, 1987. *Prospects of world urbanization: revised as of 1984-85*. New York: United Nations.
- Urry, J. *Society, space, and locality*, *Environment and Planning D*, 5: 435-444.
- Vilas, C. 1987. *Perfiles de la revolución sandinista*. Managua: Nueva Nicaragua.
- Wheelock, J. 1985. *Imperialismo y dictadura*. Managua: Editorial Nueva Nicaragua.
- Wolf, E. 1982. *Europe and the people without history*. Berkeley: University of California Press.



Gemeinsame Beilage der
Dritte-Welt-Zeitschriften
Auflage: 30.000

500 Jahre Kolonialismus 500 Jahre Widerstand

Starkes Interesse an der BUKO-AG 500 Jahre ...

Auf dem diesjährigen Bundeskongreß entwicklungspolitischer Gruppen stieß das Thema 500 Jahre Kolonialismus auf breites Interesse — die AG war überfüllt. Aber nicht nur quantitative Aspekte überraschten. Das politische Spektrum reichte von kirchlichen Basisgruppen über VertreterInnen aus staatlichen Institutionen, wie z.B. UNIs, Menschen aus der Solidaritäts- und Internationalismusbewegung, parteipolitischen Repräsentanten und dem Libertären und Autonomien-Spektrum, bis hin zu TeilnehmerInnen aus der DDR. Das starke Interesse zeigte sich außerdem an der Vielzahl von geplanten Veranstaltungen und Aktionsvorschlägen. Bspw. das Projekt „Silberbrücke“, in dem die verarbeiteten Rohstoffe auf zentralen Plätzen plastisch die Ausplünderung Lateinamerikas veranschaulichen sollen. Regionale Koordinationen gibt es bspw. in NRW und Berlin.

Perspektivisch erscheint uns über die Aktionsvorschläge hinaus wichtig,
- daß kurzfristige Forderungen und längerfristige Perspektiven, wie in der IWF- Weltbankkampagne, nebeneinander gestellt und diskutiert werden können,
- viele regionale Bündnisse sich frühzeitig formieren und Plattformen, Resolutionen und Arbeitspapiere nicht als Endergebnisse verstanden werden, sondern der prozeßhafte Charakter nicht abgewürgt wird.

Es bleibt zu hoffen, daß über das Thema 500 Jahre eine breite Öffentlichkeit mit unseren Inhalten erreicht wird.

MitarbeiterInnen von verschiedenen „Dritte Welt“ Zeitschriften haben während des BUKO die „Elemente einer Plattform“, aus der letzten Beilage weiterentwickelt. Leider blieb weder in der AG noch in der Abschlußdiskussion genügend Zeit, um einige kontroverse Stellen ausreichend zu würdigen, geschweige denn den „Baumeistern des Kapitals“ eine positive Utopie entgegenzusetzen.

Im folgenden werden Kernpunkte aus der weiterentwickelten Fassung vorgestellt und kommentiert:

1. Die erdrückende und zerstörende Kontinuität des Kolonialismus zeigt sich in unterschiedlichen Formen:

a) Er legte die Grundsteine für den heutigen Weltmarkt.

Die Profiteure der Plünderung und des Sklavenhandels schufen die Voraussetzungen für

die Herausbildung einer kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung, die „sich durch strukturelle Ungleichheit und Ungerechtigkeit auszeichnet“.

b) Diese ökonomische Formation wird ergänzt durch das politische Hegemonialsystem und die kulturelle Dominanz über die Länder der „Dritten Welt“ mit Hilfe des US-Europäische Zivilisationsmodells.

c) Heute tritt der europäische Imperialismus mit der Durchsetzung des EG-Binnenmarktes auf eine qualitativ neue Stufe.

„Der EG Binnenmarkt bedeutet eine Zusammenballung ökonomischer und politischer Macht, deren Auswirkungen absehbar ist“; die Verarmung und Verwüstung wird weiter zunehmen.

d) „500 Jahre Kolonialismus verhinderten systematisch Versuche selbstbestimmter Entwicklung“. Es wurden selbstständige Kulturen zerstört bzw. instrumentalisiert. Dem konnten auch die nationalen Befreiungskämpfe wenig entgegenzusetzen. Heute sind breite Bevölkerungsschichten mit einer immer härter werdenden Verelendung konfrontiert.

2. Geschichte besteht allerdings nicht nur aus Unterdrückungsmechanismen.

„Diese 500 Jahre sind auch die Geschichte des Widerstandes“. Seine Kontinuität entwickelt sich in Widerstandskulturen und Volksorganisationen. Die Unterdrückten sind gleichzeitig autonome Subjekte, die trotz allem in ihren Lebenswelten kreativ handeln können. Selbst wenn sich ihr Widerstand oft in Resistenzhandlungen ausdrückt und mit europäisch-ideologischen Maßstäben zunächst nur mißverstanden werden kann.

3. Heutige Erfahrungen in Lateinamerika sind geprägt durch die „Widersprüchlichkeit zwischen dem Erbe der politischen Ideale, der bürgerlichen Revolution und der menschenverachtenden, tatsächlichen Herrschaftsmechanismen“.

Die Grundlage dieser Widersprüchlichkeiten lassen sich einerseits an hehren Idealen der christlichen Nächstenliebe und den Ideen der französischen Revolution festmachen. Andererseits dienten diese Schalmeientöne als ideologische Begleitmusik bei den Eroberungszügen und stützt heute die Herrschaftsstrukturen in Lateinamerika. Wenn diese Widersprüchlichkeit immer wieder an verschiedensten Punkten von uns aufgezeigt wird, z.B. in der Auseinandersetzung um den Demokratiebe-

griff, besteht gerade hier die Möglichkeit den politischen Hebel anzusetzen.

4. Schutz unserer natürlicher Lebensgrundlagen ist in aller Munde. Die Tatsache, daß die naturzerstörenden Produktionsweise mit den herrschenden Produktions- und Machtverhältnissen einhergeht, wird von vielen Öko-Gruppen verdrängt.

„Zynischerweise lasten ausgerechnet die Regierungen der europäischen Staaten die Verantwortung für die sich abzeichnende ökologische Katastrophe den Dritte-Welt-Ländern an“.

Hier heißt es in Zukunft ökologische und ökonomische Mechanismen analytisch zu verknüpfen, um aus diesen einseitigen Betrachtungsweisen herauszukommen.

5. Daß sich die angestrebte „multikulturelle Gesellschaft“ gegen Eurozentrismus, Rassismus und Patriarchat wehren muß, zeigen die wachsenden rassistischen, nationalistischen und antisemitischen Tendenzen in Europa.

„Diese Tendenzen bilden die Legitimationsgrundlage für einen neuen Eurochauvinismus: viele z.B. in der BRD mit deutschem Nationalismus konfrontierte OsteuropäerInnen setzten ihrerseits das chauvinistische „Wir in Europa“ gegen „Die Anderen“, die Menschen aus der Dritten Welt. Diese Entwicklung wird von den Herrschenden gefördert und genutzt, um Menschen aus unterschiedlichen Teilen der Welt gegeneinander auszuspielen“. Hier gilt es an klareren Aussagen zu arbeiten und vor dem Schlagwort Multi-Kulturell zu warnen.

Georg Lutz

Der Entwurf der Kampagnen-Plattform ist im letzten FORUM abgedruckt (FORUM, Buchstr. 14/15, 2800 Bremen 1, Tel.: 0421 - 325156).

Kampagnenbeilage 1992, erscheint vorerst unregelmäßig

Herausgeber: blätter des iz3w, Bolivia, Brasilien-Nachrichten, Cuba libre, Dritte Welt, EPD-Entwicklungspolitik, EPK, Forum, Ides, Ika, Ila, Lateinamerika-Nachrichten, Lateinamerika Anders, Brasilien-, Guatemala-, Kolumbien-, Nicaragua-Rundbrief, Trialog

Redaktion: blätter des iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg, Tel.: 0761-74003

V.i.S.d.P.: Uwe Hartwig
Wir danken dem Ausschuß für entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik (ABP) für die finanzielle Unterstützung

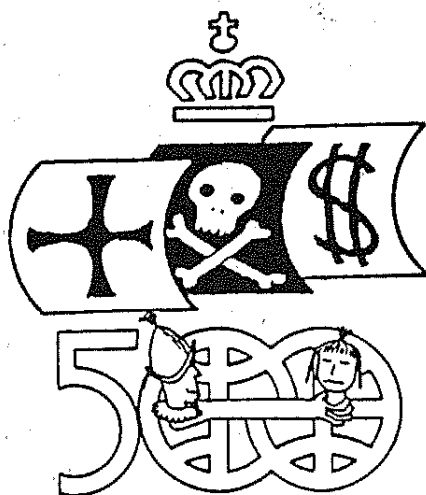


Die Madrider „Comision Contra la Celebracion del Quinto Centenario“

Innerhalb der letzten zwei, drei Jahre wurden in Spanien unabhängige „Kommissionen“ gegen die Feierlichkeiten zum 500. Jahrestag der Inbesitznahme Amerikas gegründet. Die Gegenorganisationen verurteilen diese Beweihräucherung christlich abendländischer Kultur, wie sie von kirchlichen und staatlichen Institutionen geplant wird. Eine der Gruppen, die diese Feiern ablehnen, ist die Madrider „Kommission“. Ihre Arbeit konzentriert sich auf Pressemitteilungen, Interviews und Veranstaltungen, auf denen sie auch außerhalb Madrids, in Galizien oder Navarra (Pamplona, Zaragoza), zur Öffentlichkeitsarbeit und zur Gründung von weiteren Anti-Quinto Centenario Initiativen aufruft.

Im Symbol der „Comision Contra la Celebracion del Quinto Centenario“ sind die letzten fünf hundert Jahre geschichtliche Kontinuität und die Elemente der Hegemonie über Lateinamerika deutlich miteinander verknüpft. Gleichzeitig thematisieren die Madrider auch die Geschichte und die Gegenwart des spanischen Staats auf der iberischen Halbinsel. So beschreiben sie einerseits die Revitalisierung der Spanisch-Europäischen Macht und Profitinteressen zwischen Mexiko und Feuerland und andererseits die fünf hundertjährige Dominanz des kastilischen Zentralstaates über die iberischen Kulturen und autonomen Regionen. Die ersten Aktivitäten der Madrider „Kommission“ gehen auf den Oktober 1988 zurück. Damals wurde das Thema 500 Jahre ... von Schriftstellern, Journalisten und Religionswissenschaftlern im Rahmen eines Kolloquiums problematisiert. Die Debatten machten den Interessierten aus dem internationalistischen Solidaritätsspektrum, sowie PazifistInnen und den Mitgliedern der Ökologiebewegung die Notwendigkeit einer kontinuierlichen Auseinandersetzung und Öffentlichkeitsarbeit deutlich.

In dem dann bis zum Frühjahr 1989 verfaßten Manifest, „1992: La conquista continua“, klagt



die Madrider „Kommission“ die offizielle Geschichtsaufarbeitung an. Für die „Kommission“ verschleiern diese Darstellungen die Banalität der eigentlichen Hintergründe: Reichtum und Gewinn durch Gold, Silber und Rohstoffe bei gleichzeitiger Überausbeutung der Arbeitskraft und der Sklaverei als Motoren der Eroberung. Diese Überausbeutung bedeutete Verwüstung von Lebensgrundlagen, Genozid und Völkermord, die widerrechtliche Aneignung und Plünderung des Landes, sowie Knechtung und Arbeitszwang. Die Verschleppung von Millionen von Schwarzen als Sklaven, um die dezimierte Bevölkerung Amerikas zu ersetzen, reiht sich ein in die Rücksichtslosigkeit christlich-abendländischer Interessen. In ihrem Manifest beschreiben sie die Herausbildung des spanischen Staates. Pfeiler dieser Entwicklung waren die Inquisition, zur Uniformierung der spanischen Gesellschaft, sowie der kastilische Herrschaftsanspruch über die Regionen der iberischen Halbinsel. Beides ist Ausdruck der inneren Kolonisierung und begann mit der Vertreibung von Juden und Moslems, der Zerstörung relevanter und unabhängiger Gesellschaftsschichten.

Die Einschätzung der „Kommission“ endet mit dem Vergleich der tatsächlichen Nord-Süd Beziehungen in den offiziellen Interessensdarstellungen der Jubelfeierlichkeiten. In dem offiziellen 4,5 Mrd. DM – Programm (500 Jahre – 500 Programme) werden wiederum die wahren Motive verschleiert. In diesen „Quinto Centenario“ Programmen werden nicht nur imperialistische Epochen gefeiert, es werden gleichzeitige ähnliche Vorhaben in moderner Verpackung in Mittel- und Südamerika organisiert und finanziert. Eine moderne Kolonisierung, die mit dem Europäischen Markt im Rücken noch um ein Vielfaches mächtiger ist. Gegen diese Kontinuität fordert die „Kommission“ den Kampf für eine gerechte und solidarische Welt und stellt die Unterstützung mit den Völkern und Nationen der Indigenas Amerikas mit ihrem fünf hundertjährigen Kampf in den Mittelpunkt ihrer Solidarität. Mitglieder der „Kommission“ sind neben vielen Einzelpersonen die unabhängigen „Kommissionen“ der Menschenrechtsorganisationen in Peru (CODDEH) und der Anti-NATO Gruppen, das Flüchtlings- und Friedens- und Abrüstungskomitee, sowie die CGT (libertäre Gewerkschaftsorganisation) und organisierte Mitglieder der kommunistischen Bewegung (MCE) und der Trotzisten (LCR). Die enge Verbindung der „Kommission“ zu lateinamerikanischen Organisationen über die Peruanische Menschenrechtsorganisation stellt sie etwas aus dem Rahmen der bislang in Spanien existierenden „Komitees“ und Kollektive zu diesem Schwerpunkt. Als Multiplikatoren ihrer Öffentlichkeitsarbeit nutzen sie außerdem Medien wie Radio und Presse. Die „Kommission“ finanziert sich durch den Verkauf von Schriften, Butons und Spenden. Dementsprechend gering sind ihre Spielräume. Großes Interesse haben sie an einer spanienweiten Organisation der in den größeren Städten existierenden „Komitees“ und Kollektive gegen die geplanten Feierlichkeiten zum „Quinto Centenario“. Dazu bietet das, für November geplante, spanienweite Treffen dieser Gruppen, in Cadix, erste Organisationsmöglichkeiten.

Gerd Rieger

Pariser Treffen europäischer NGO's

Eingeladen hatte terre des hommes France, über deren Mitarbeiterin Maribel Wolf, die auf dem vorletzten Koordinierungstreffen der lateinamerikanischen Kampagne „500 Jahre Volks- und Indianerwiderstand“ im Mai in Brasilien den Auftrag erhalten hatte, dafür zu sorgen, daß sich auch in Europa eine breite Koalition zur Unterstützung der Kampagne formieren möge.

Gekommen waren Vertreter etlicher französischer NGO's (Frères des Hommes, Artisans du monde, Peuples Solidaires, CEDAL, sowie die regierungsnaher Stiftung France-Liberté); ein UNESCO-Vertreter, der vehement für den im nächsten Frühjahr stattfindenden VI. Kongreß über schwarze Kultur warb; Vertreterinnen der baskischen und katalanischen Komitees Amairko Quetzal und CCCCCC; Repräsentantinnen der spanischen NGO La Segovia, verschiedene Vertreter der ökumenischen Bewegung SERPAJ sowie des KAIROS-Projekts, ferner waren anwesend Delegierte aus Belgien (SAGO, Antwerpen), aus Luxemburg (ASTM), Italien (Frères des Hommes), Ecuador, Kolumbien, Chile (Ecofondo) und zwei VertreterInnen aus der BRD (ila, epd). Übereinstimmung herrschte bezüglich der Ab-

sicht, die Gunst des 500. Jahres soweit zu nutzen, daß mit spektakulären Großereignissen ein unübersehbarer Gegenakt gegen die offiziellen Jubelfeierlichkeiten gesetzt werden sollte, der möglichst gesamteuropäisch abgestimmt werden sollte. Man war sich auch einig darüber, daß die Aktionen so angelegt werden sollten, daß nicht Zerrbilder des Elends bei den davon erreichten hängenbleiben, sondern deutlich wird, wie phantasievoll und kreativ der lateinamerikanische Widerstand gegen fünf Jahrhunderte kolonialer Bevormundung stets gewesen ist und nach wie vor ist.

Ungeklärt blieb jedoch, welche Formen von Aktionen geeignet sein könnten, um dieser Absicht näherzukommen. Die spanischen Delegierten betonten die eminente Rolle Spaniens in dem Kolonialprozeß und forderten dazu auf, auf Großereignisse (Internationale antikolonialistische Konferenz, Kulturtag, Großdemonstration, sowie Erarbeitung eines internationalen Manifests) in Spanien – vorzugsweise in Barcelona – hinzuarbeiten. Die belgischen und deutschen VertreterInnen wollten bei der Planung einer Kampagne vor allem auch die Bedeutung des Europäischen Binnenmarktes und dessen Auswirkungen auf die zukünftigen

internen Beziehungen (besondere Rolle der BRD als EG-Monarchmacht) als auch für die Dritte Welt berücksichtigt sehen, folglich also nicht alle Aktivitäten auf Spanien hin konzentrieren.

Unverbindlich ins Auge gefaßt wurde die eventuelle Planung einer europäischen Großveranstaltung in Straßburg, Brüssel oder Genf. Der von den französischen NGO's vorgelegte Vorschlag für einen gemeinsamen Aufruf zu einer europäischen Kampagne wurde von den meisten der Anwesenden für diskussionswürdig, aber nicht verabschiedungsfähig gehalten. Als Termin für Veränderungsvorschläge wurde der 30.9.90 festgelegt. Zusammenfassend läßt sich sagen, daß es verdienstvoll war, überhaupt zu einem solchen europäischen Austauschtreffen einzuladen, daß aber die Diskussion von so vielen heterogenen Interessen geprägt war, daß es über ein erstes Kennenlernen kaum hinausging. Ein Folgetreffen ist für den 17. November 1990 ebenfalls in Paris vereinbart worden. (Der Vorschlag für den gemeinsamen Aufruf kann bei ila oder iz3w angefordert werden)

Uli Mercker (ila)

Veranstaltungen



September 1990

Die angekündigte Rundreise zweier Mitglieder der ecuadorianischen Indianer- und Bauernorganisation mußte leider verschoben werden, sie findet voraussichtlich nächstes Jahr statt (Kontakt: Kolumbien-gruppe Nürtingen, Tel:07022-36242)

21.-23.9.90 in Heidelberg

Koordinationsstreffen der KAIROS-Initiative
(Kontakt: Ulrich Duchrow, Tel: 06221-780718)

29./30.9.90 in Frankfurt

Zweiter Kongreß: „Emanzipation und Lateinamerikanische Identität 1492-1992“, Thema: „Randvölker“ — „Herrenvölker“ und das Ende des europäischen Sozialismus
Samstag, 29.9.90 ab 11 Uhr:

Zur Entwicklung des Projekts „Emanzipation und lateinamerikanische Identität“ (H. Dieterich, Mexiko), Perspektiven nationaler Befreiung in Lateinamerika (Thomás Borge, Nicaragua), Antimperialistische Strategien für die 90er (Miguel Bonasso, Argent./Mexiko), Das Ende des europ. Sozialismus (H. Dieterich), Ist die Befreiung der lateinamerikanischen Völker noch möglich? (Domitilia Chungara, Bolivien)

Samstag, 29.9.90 nachmittags Arbeitsgruppen (zu 16 verschiedenen Themen geplant), abends Kulturprogramm (Thomas Borge/ Canto a Nuestra America)

Sonntag, 30.9.90 ab 10 Uhr

Vorstellung der Arbeitsgruppenergebnisse, Podiumsdiskussion
Anmeldung durch Überweisung von DM 25 auf das Konto: Monimbo e.V., Volksbank Langen-Dietzenbach, Kto. 55 777 3, BLZ 50561207

2.10.90 Wuppertal

Veranstaltung der Anti- EG/Anti-Imperialismus Gruppe „Patsahnen Wuppertal“ mit Heinz Dieterich
(Kontakt: Rudi Rhode, Straßburgerstr. 6, 5600 Wuppertal 1, Tel:0202-441460)

6.10.90 in Bremen

Vorstellung der Kampagnen und des Initiativkreises Bremen auf dem ökumenischen Stadtkirchentag

12.10.90

Tag der Landung von Kolumbus in Santo Domingo, wird in Spanien und ganz Lateinamerika als Tag der „HISPANIDAD“ (Spanischtum) gefeiert.

Geplant sind Demonstrationen und Veranstaltungen in einigen größeren Städten Spaniens und der BRD.

13./14.10.90 in Bremen

Wochenendseminar zum Selbstverständnis der Bremer Initiativgruppe (Kontakt: SCI,0421-702939)

17./18.10.90 in Paris

2.Treffen europäischer NGO's mit Blick auf die Koordinierung der Aktivitäten für 1992 (siehe Bericht in dieser Beilage, Kontakt: ila, Tel: 0228-658613)

3./4. November 90 in Berlin

Forum für die an der Kampagne interessierten Gruppen und Einzelpersonen in Berlin (Kontakt: FDCL, Gneisenaustr.2, 1000 Berlin 61, Tel:030-6934029)

November 1990 in Hannover

Streitgespräch zum Thema: „Durch Ausbeutung Aufstieg der kapitalistischen Metropolen?“ (Kontakt: de pueblo a pueblo, Tel: 0511-442326)

7.-9.12.90 in Bonn-Bad Godesberg

BUKO-Seminar: 500 Jahre Kolonialismus und Widerstand, im Jugendgästehaus Bonn-Bad Godesberg (Beginn: Freitag 18 Uhr)
Anmeldung: BUKO-Geschäftsstelle, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50, Tel: 040-393156, Teilnahmegebühr: 35 DM/50 DM

Rundreise von Thomás Borge durch die BRD

Lesung und Diskussion seines Buches „Mit rastloser Geduld“
5.10. 1990 in Köln, 6.10. 1990 in Frankfurt, 7./8. 10. 1990 in München, 9.10. 1990 in Münster, 10.10. 1990 in Hamburg.

Literatur



Eduardo Galeano

**Erinnerungen an das Feuer, Band 1-3
Wuppertal 1983-88**

Galeanos dreibändige Geschichte eines Kontinents beginnt auch 1492, aber unter den Jahreszahlen werden nicht militärische Siege, Könige oder auch Revolutionen gefeiert, sondern Verhalten und Beweggründe unterschiedlich Agierender betrachtet. Ein Beispiel aus dem Jahre 1908: „San Andres de Sotavento. Der Gouverneur, General Miguel Marino Torralvo, stellt das Zertifikat aus, das die an der Küste Kolumbiens nach Erdöl bohrenden Firmen gefordert haben. Die Indianer gibt es nicht, bescheinigt der Gouverneur in Anwesenheit von Schreibern und Zeugen... Wenn es doch Indianer gäbe, dann wären sie illegal.“

Emir Rodriguez Monegal (Hrsg.)

Die Neue Welt — Chroniken Lateinamerikas von Kolumbus bis zu den Unabhängigkeitskriegen, Frankfurt 1982

Im Original ist die Sprache des Kolonialismus am deutlichsten.

Karl-Heiz Kohl

Entzauberter Blick, Das Bild vom Guten Wilden

Frankfurt 1986

Beispielhaft werden die Apologeten des europäisch, zivilisatorischen Fortschritts entzaubert.

Alejo Carpentier

**Die Harfe und der Schatten
Frankfurt 1979**

Carpentiers Roman benutzt die versuchte Heiligensprechung von Kolumbus vor 100 Jahren als Aufhänger, um sich der Thematik, die „Entdeckung“ und ihre Folgen, zu nähern. Der damalige Papst wollte den „Seuchen der Gegenwart“ wie Kommunismus und Liberalismus das Wasser abgraben, indem er Kolumbus als den einigenden Heiligen präsentieren wollte, der alte und neue Welt versöhnen würde. In einer fiktiven Gerichtsverhandlung, bei der verschiedene historische Größen auftreten, wird das Pro und Kontra der Heiligensprechung abgewogen. Mit eindeutigem Ausgang: ungeklärte Reliquienfrage, keine Wundertätigkeit, Konkubinat mit Beatriz de Osorio, Anstiftung zum Sklavenhandel... Keine Chance für Kolumbus. Die teilweise burleske Vorgehensweise Carpentiers reizt, auch bei diesem sonst so ernsten Thema, zum Lachen.

Rafael Sanchez Ferlosio

**Discrepancias ante el Quinto Centenario,
in: EL PAIS, 3.7.,4.7.,5.7.,6.7.1988**

In dieser vierteiligen Artikelserie legt Ferlosio die Mythen, Geschichtsverfälschungen und den spezifischen Dünkel, den viele spanische Intellektuelle und große Teil der spanischen Gesellschaft bis heute pflegen, wenn es um die „Entdeckung“ Amerikas geht, schonungslos offen. Der letzte Beitrag dieser Serie (La envidia del Imperio) kann als Einstieg und Zusammenfassung gelesen werden.

(Die Artikel können über das iz3w Freiburg gegen 3,50 DM angefordert werden).

Norbert Rehrmann

**Spanien, Europa und Lateinamerika: Zur Geschichte legendärer Kulturbeziehungen,
in: PROKLA Nr. 75, Berlin 1989**

Spanien steht im Mittelpunkt dieser Dreiecksanalyse. Der Beitrag ist eine gute Einführung zum Verständnis für die historischen Hintergründe Spaniens. Bemerkenswert ist die ausführliche Literaturliste zum Themenkomplex „500 Jahre“.

500 Jahre Kolonialismus,

in: blätter des iz3w Nr.167, August 1990

Themenschwerpunkt mit Artikeln zu: Geschichte der Eroberung; Herausbildung eurozentristischer Werte; Spanische Regierungskampagne; Gegenaktivitäten in Spanien; Innere Kolonialisierung in Amazonien; Indianischer Widerstand, Diskussionsbeitrag zu den Thesen von H.Dieterich: „Das Vierte Reich“.

500 Jahre „Entdeckung“ Lateinamerikas explizit-Unterrichtsmaterialien, September 1990

In dieser Reihe werden didaktisch aufbereitete Basismaterialien für Unterricht und außerschulische Bildungsarbeit angeboten. Aus dem Inhalt: „Entdeckung der neuen Welt und die „Bekehrung der Wilden“; Bilder von den Fremden; Genozid und Widerstand — Die Geschichte wiederholt sich; Schulden, Märkte und Profite; Kein Grund zum Feiern; Literatur- und Medienliste.

(Bezug: Horlemann-Verlag, Lohfelderstr.14, 5340 Bad Honnef)



Gruppen in der BRD

Auf dieser Seite können sich Gruppen und Initiativen selbst vorstellen. Bitte schickt Eure (kurzen!) Beiträge und Aktionsvorschläge an die Redaktion.

KAIROS EUROPA

Unterwegs zu einem Europa für Gerechtigkeit
130 kirchliche Gruppen trafen sich im Mai 1990 in Monteforte/Italien im Rahmen von KAIROS EUROPA. Das alte griechische Wort „kairos“ steht als Symbol für die Gelegenheit, in einer Wendezeit für Gerechtigkeit zu kämpfen und neue Visionen zu entwerfen. Im Frühjahr 1992 ist in Straßburg eine Großveranstaltung mit dem Thema: 500 Jahre Kolonialismus und die Machtkonzentration des EG-Binnenmarktes geplant. Dieses Ereignis wird als Kristallisationspunkt in einem fortlaufenden Prozeß verstanden. Es wird aus lokaler Analyse, Aktion und Bündnisarbeit heraus wachsen und gleichzeitig einen neuen Impuls dafür geben, den Kampf für Gerechtigkeit fortzusetzen. Dieser Kairos-Prozeß, der auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene begonnen hat, ist eine Gelegenheit nationale Perspektiven zu überwinden.
Kontaktadresse: Ulrich Durchow, c/o Christen für Arbeit und Gerechtigkeit weltweit, Obere Seegasse 18, 6900 Heidelberg, Tel: 06221-780718

Servicio Paz y Justicia Europa

SERPJA-Europa in der AG Frieden e.V.

Diese weltweite Organisation von katholischen Basisgruppen arbeitet an folgenden Schwerpunkten und Aktionen: Beteiligung an dem „Tribunal der Völker“, das von der italienischen BassoStiftung „Lelio Basso“ organisiert wird. Insbesondere soll auf die Vermittlung von Interessen der Indigenas und deren Widerstand hingewiesen werden, die Bodenrechtsfrage steht dabei im Vordergrund. Dazu sollen mehrere Delegationen aus Lateinamerika nach Europa kommen.

Kontaktadresse: SERPAJ-Europa in der AG Frieden e.V., Palaststr.3, 5500 Trier, Tel: 0651-43572

Verein Monimbó e.V. in Dietzenbach

Der Verein Monimbó koordiniert in der BRD die von Prof. Heinz Dieterich in Mexiko ins Leben gerufene Kampagne „Emanzipation und Identität 1492-1992“, die vorwiegend von Intellektuellen und Künstlern getragen wird und eine breite Öffentlichkeitsarbeit anstrebt. Veranstaltung von internationalen Wettbewerben (Karrikatur, Essay, Foto etc.), Herausgabe einer Zeitschrift („America la patria grande“), Produktion von Graphiken und Buchveröffentlichungen sowie die Organisation von Kongressen sind die Hauptaktivitäten der Kampagne.

Kontaktadresse: Monimbó e.V., Darmstädter Str. 23, 6057 Dietzenbach, Tel: 06074-26891

Kolumbiengruppe e.V. Nürtingen

Die Kolumbiengruppe arbeitet seit einem Jahr zum Thema „500 Jahre Invasion und Widerstand“. Dabei geht es uns darum, die Kampagne der lateinamerikanischen Indianer- und Bauernorganisationen bekannt zu machen und Verbindungslinien zwischen der Entwicklung Amerikas und Europas bewußt zu machen. Neben diesem Schwerpunktthema wollen wir durch unsere Öffentlichkeitsarbeit die Hintergründe und das tatsächliche Ausmaß der Gewalt in diesem Land aufdecken. Uns ist es wichtig, Möglichkeiten der konkreten Solidarität mit den kolumbianischen Basis- und Menschenrechtsorganisationen aufzuzeigen.

Kontaktadresse: Kolumbiengruppe, Postfach 1347, 7440 Nürtingen, Tel: 07022-36242

500 Jahre Conquista und EG

Aus der Arbeitsgruppe „EG und Zentralamerika“ des letzten BUKO ist die Idee hervorgegangen, im Rahmen der Kampagne einen bundesweiten Arbeitskreis der Lateinamerikagruppen zum Thema EG und Lateinamerika unter besonderer Berücksichtigung Zentralamerikas zu bilden. Der zugrundeliegende Gedanke ist, ein ständiges Forum zu entwickeln, das sich periodisch trifft und arbeitsteilig die Knackpunkte der EG-Politik in LA/ZA erarbeitet. Themenvorschläge: EG-Projektpolitik; sozialer Widerstand; Ökonomie und Militärpolitik der EG; Konzernpolitik; Verschuldung.

Kontaktadresse: Önder Erdem, Informationsbüro Nicaragua, Hofaue 51, 5600 Wuppertal 1, Tel: 0202-4936305

NRW-Koordination „1992“

Dritte-Welt-Gruppen aus verschiedenen Städten Nordrhein-Westfalens wollen im Rahmen einer Kampagne eng zusammenarbeiten und haben zu diesem Zweck regelmäßige Koordinationstreffen vereinbart. Geplant sind gemeinsame Veranstaltungen und Seminare, die sowohl eine inhaltliche Auseinandersetzung im Zusammenhang mit „500 Jahre Kolonialismus in Lateinamerika und europäische Integration“ als auch die Entwicklung politischer Zielsetzungen der Kampagne (Motto, Forderungen) ermöglichen sollen. Die NRW-Koordination hat die Herausgabe einer regionalen Rundbriefes beschlossen, der alle zwei bis drei Monate erscheinen soll, über den Stand der Diskussionen, geplanten Aktionen und Veranstaltungen informiert sowie Aktionsbeispiele, Medien- und ReferentInnenlisten etc. enthält.

Kontakt: NRW-Koordination 1992, c/o VAMOS, Achtermannstr. 10-12, 4400 Münster, Tel.: 0251-45431

Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika Berlin (FDCL)

Das FDCL plant ebenfalls verschiedene Aktivitäten. Erster Höhepunkt werden Lateinamerika-Tage im Juni 1991 sein. Schwerpunkt der zentralen Veranstaltungen soll die 1992-Kampagne sein sowie die Auswirkungen der Entwicklungen in Osteuropa auf Lateinamerika.
Kontaktadresse: FDCL, Gneisenaustr.2, 1000 Berlin 61, Tel: 0306934029

De pueblo a pueblo e.V.

Verein zur Förderung der deutschlateinamerikanischen Beziehungen, Hannover/Braunschweig

Der Schwerpunkt liegt z.Zt. auf der Rekonstruktion der Kolonialgeschichte: Kultur, Wirtschaft, Geschichte der Maya, Inka und Azteken, Situation in Europa im 14./15. Jahrhundert, Geschichte der Eroberung und Ausplünderung Amerikas und Beitrag zum Aufstieg Europas, Dreieckshandel, Unabhängigkeitsbewegungen in Amerika und Rolle der USA. Außerdem ist der Aufbau eines Hannover-bezogenen Arbeitskreises geplant. Themen: expo 2000 in Hannover, Verantwortung von ortsansässigen Firmen, geraubte Kulturgüter etc. Nach einer Phase der internen Arbeit sollen die Veranstaltungen/Aktionen bis 1992 kontinuierlich gesteigert werden.

Kontaktadresse: De pueblo a pueblo, c/o Eckhard Wittulski, Davenstedterstr.50, 3000 Hannover 91

„1992“-Initiativgruppe Bremen e.V.

In Bremen hat sich ein Initiativkreis aus Soligruppen und Kulturschaffenden gebildet. Schwerpunkte der Arbeit: Sichten und Bearbeiten von Materialien der spanischen Comisión Nacional, Erstellen einer Dia-Serie (Von Eroberung über Kolonialzeit und Imperialismus bis zur Gegenwart), lokaler-Bremer Bezug zur Ausbeutung Lateinamerikas (Hafen, Kaufleute etc.).

Kontaktadresse: „1992“-Initiativgruppe, c/o Service Civil International, Bernhardstr.7, 2800 Bremen 1, Tel: 0421-702939

Das „Basta-Theater“,/Rudi Rhode bieten an:

Ein Platz an der Sonne

Ein Stück über Neo-Kolonialismus in Lateinamerika

(„Basta-Theater“,/Rudi Rhode)

Über die Grenzen der Nacht

Ein Stück über 500 Jahre alten wie neuen Kolonialismus

(Rudi Rhode)

Über die Grenzen der Nacht

Eine Schultheaterversion über 500 Jahre Kolonialismus, ab Klasse 6, (Rudi Rhode)

Kontakt: Basta-Theater, Straßburgerstr.6, 5600 Wuppertal 1, Tel: 0202-441460

LATEINAMERIKA
NACHRICHTEN

IKA
Zeitschrift für Kultur- und
Kulturkalender, Filme, Musik

ides

FORUM

blätter des IZ3w

EPK
DIE EUROPÄISCHEN
KOLONIALISMIEN

TRIALOG

cuba libre

pepo

Kolumbien
Rundbrief



ila

NICARAGUA

DRITTE WELT

BRASILLEN NACHRICHTEN



Stadt und Boden, Siedlung und Städtenez

Überlegungen zu einem fälligen Paradigmenwechsel

Jürgen Oestereich

Wenn es eine Zukunft für die Menschheit insgesamt gibt, dann wird es eine verstärkte sein, verstärkt im Sinne hoher Siedlungsdichte, aber auch im Sinne nicht nur intensiver sondern auch technisch planvoller Nutzung natürlicher Ressourcen. Bei diesen Ressourcen handelt es sich um Wasser, Luft, vegetale und minerale Stoffe, deren Nutzung weitgehend durch die Verfügung über den „Boden“ im dreifachen Sinne, als Stoff, als Territorium und als auf diesem lebendes Ökosystem, geregelt wird.

Bisher wurde „Stadt“ im wesentlichen unter dem Aspekt des Siedlungskörpers und der Bevölkerungszahl einschließlich der damit verbundenen Phänomene wie Wohndichte usw. betrachtet. Die Frage der Ressourcennutzung wurde allenfalls beiläufig, als Element der Subsistenz und der Wirtschaftsform betrachtet. Es ist jedoch gerade das Kriterium Ressourcennutzung, mittels dessen die drei grundlegenden Aggregatzustände menschlicher Kultur und ihre Varianten unterscheidbar sind: Als Sammler und Jäger paßt sich der Mensch in das umgebende Ökosystem ein, wobei der Grad der Ressourcennutzung niedrig ist. Bei den Nomaden- und Ackerbauvölkern steigt er in dem Maße, in welchem es gelingt, Bereiche des jeweiligen Lebensraumes produktiv zu manipulieren. Die Art und Weise der Manipulation führt dann zu den spezifischen Varianten der Agrarkultur. Stadtkultur als dritte Stufe der Entwicklung erschließt zusätzliche Ressourcen und intensiviert die Nutzung der verfügbaren durch Erweiterung der Fähigkeiten der Menschen, mit ihnen umzugehen.

Die Zahl der ernährbaren Menschen im Verhältnis zum genutzten Boden kann als „Tragfähigkeit“ des jeweiligen Territoriums bezeichnet werden. Weil die Menschheit wie jede andere Spezies sich vermehren und gleichzeitig mehr essen und trinken sowie geräumiger wohnen will, versteht sie gesellschaftliche Entwicklung als effizientere Ausnutzung des Tragfähigkeitspotentials eines gegebenen Lebensraumes. Da aber „Tragfähigkeit“ weniger von den erreichbaren Ressourcen als von der menschlichen Fähigkeit, diese zu manipulieren, bestimmt wird, nahm bis heute der Reichtum des „Bodens“, d.h. auch die Artenvielfalt des Ökosystems, und damit dessen Krisenfestigkeit dramatisch ab. (1)

Wegen ihrer besonders schmalen ökologischen Basis sind Stadtkulturen mehr gefährdet als Agrarkulturen. Tatsächlich haben bisher nicht nur die Städte selbst, sondern auch die Kulturen, deren Teil sie waren, weniger Dauer bewiesen, als die uns bekannten Agrarkulturen. Zwar sind von diesen weniger steinerne oder literarische Zeugnisse überliefert als von jenen, aber die Botschaft ist immer die gleiche: Aufstieg mittels Vervielfältigung der Einheiten, Blüte in bestimmten Techniken und Kunstsparten für einige Generationen und dann Verfall. Die Wüstungen, die sie hinterließen, wurden dann von den Rändern her zurückgewonnen durch die dorthin verdrängten Ökosysteme oder Agrargesellschaften.

Nach allem, was wir wissen, überdauernden Kulturen mit Städten in Afrika (z.B. Benin, Ghana, Mali und Zimbabwe), in Indien (die Maurya und Gupta) und im vorkolumbianischen Amerika (die Maya, Inka und Azteken) jeweils nur drei bis fünf Generationen, die sukzessiven Wellen städtischer Gesellschaften in Mesopotamien, in Vorderasien und im Indus blühten allenfalls zehn Generationen. Die Städte der hellenischen Antike (800—200 v. Ch.), des arabisch-islamischen (800—1700) und des europäischen Mittelalters (800—1500) waren von längerer Dauer (Sjöberg 1964). Einzig versprengte Reste

der arabischen Tradition haben als hoch-artifizielle, nahezu vollkommen an die ökologischen Bedingungen angepaßte Oasenstädte bis heute überdauert — um den Preis, in den Status stagnierender Agrargesellschaften zurückgefallen zu sein. Die europäische medievale Stadtkultur dagegen ging in der neuzeitlichen industriellen Zivilisation auf. Diese nun greift nach allen Seiten aus und läßt keine Ränder übrig, von denen aus, wenn sie scheitert, ein Neuanfang versucht werden könnte. Schon sehen einige der jüngst aus dem Boden geschossenen Metropolen wie Mexiko-Stadt, Lagos, Kalkutta, Bangkok, um nur einige zu nennen, vor dem ökologischen Kollaps. Ist der allgemeine Zusammenbruch dessen, was wir Stadtkultur nennen, vorprogrammiert oder ist er vermeidbar?

Wegen seiner engen Verbindung zur Ökologie ist das Siedlungswesen ein wichtiger Bereich, in welchem der Zerstörung unserer Lebensgrundlagen entgegengewirkt werden kann. Siedlungsplanung ist geradezu prädestiniert, dabei eine führende Rolle zu spielen. Die Disziplin Stadtplanung wäre deshalb aus ihrem Selbstverständnis heraus verpflichtet, zumindestens den Versuch, zukunftsbeständige Siedlungsmuster zu etablieren, theoretisch vorzubereiten und dann begleitend zu unterstützen. Um dies ange-

Abstract

The author's starting-point is the observation of general patterns in the development and decline of urban civilisations, as is exemplified by the ancient Greeks, Islamic Arabs and the medieval Europeans. The rise of these civilisations occurred through proliferation of small units resulting in a web of communications maintained by a ritual, a religious and a commercial elite respectively. The fall of these civilisations was triggered off by casual overexploitation of local resources. This caused destructive competition, depleted still more resources, which in turn lead to increased competition and so forth.

The pattern of mushrooming is similarly found in the contemporary process of urbanization in Africa, Asia and Latin America. Here the local leaders and their NGO-partners play the role of the ancient cosmopolitans through developing a similar non-hierarchical, segmented or „acephalic“ network, in which the CBDs and industrial complexes act as external forces and not as the top of any kind of hierarchy.

New — especially in its extent — is the interconnection of settlement units through symbiotic relations. New is also the openness of local leaders and communities toward conscious change of behaviour and values in favour of sustainable living. Such change is indispensable — also to us in the North — for the survival of mankind.

messen tun zu können, ist ein neues Verständnis der Lebensgrundlagen historischer und gegenwärtiger Stadtkulturen vonnöten.

Stadt und Ressourcen

Das schöne Bild von der Stadt als „seltene Blüte auf dem weiten Feld der Agrarwirtschaft“ (Albers 1974:7) galt für die Siedlungsgeschichte bis weit in die Neuzeit hinein. Anders als ein Fürstenhof aber, dessen Bedeutung von Ausmaß und Ressourcenreichtum seines Einflusbereiches abhängt, resultiert die Leuchtkraft einer Stadt weitgehend aus anderen Faktoren. Wie Blumen hier vereinzelt, dort aber in dichten Ansammlungen zu finden sind, je nach der Zahl der ausgestreuten Samen und der Gunst des Ortes, finden sich städtische Siedlungen hier spärlicher und kleiner, dort dichter und prächtiger. Nirgends aber sind sie ganz allein. Zwar ist jede Stadt auch Ort des Austausches und der Veredelung der Produkte ihres jeweiligen Einflusbereiches (v. Thünen bereits 1827), doch erlaubt die solcherart mit dem städtischen Leben verknüpfte Arbeitsteilung darüber hinaus weitere ökonomische Spezialisierungen. Diese potenzieren die materiellen und menschlichen Ressourcen, so daß die Städte sich von einem verhältnismäßig kleinen Territorium ernähren und darüber hinaus einen nicht unbedeutenden Surplus in Form von „Kulturgütern“ ansammeln können. Deshalb kann es vorkommen, daß sich die Territorien gerade in der Pracht miteinander wetteifernder Einheiten auf kleinem Raum drängen wie in Griechenland, in der Toskana oder in Flandern. (Abb. 1)

Um die Arbeitsteilung und Spezialisierung der Städte entfalten und aufrecht erhalten zu können, ist ein Austausch auch zwischen den Einheiten erforderlich. Dabei werden nicht nur Güter und strategische Rohstoffe, sondern auch Werkzeuge und die Blaupausen dafür sowie strategisches Wissen weitergegeben, vor allem aber die Hochachtung vor Wissen und eine allgemeine Lernbereitschaft. Bereits ein kurzer Blick auf historische Stadtkulturen zeigt, daß deren Lebensdauer direkt proportional der Zahl ihrer städtischen Einheiten und der Dichte der Kommunikation zwischen ihnen ist. Letztlich ist es die Kommunikation und nur diese, welche das Geschick, sich den Boden nutzbar zu machen, weckt und fördert.

Um die Kommunikation mit möglichst vielen Einheiten aufrecht erhalten zu

können, etablieren sich in den Städten zwei Ebenen des Austausches von Gütern und Nachrichten: So sichert der lokale Markt die unmittelbare Subsistenz — quasi im Ausgleich für die Arbeitsteilung —, und der Markt mit Fernhandelsgütern hält die für die Spezialisierung notwendige überörtliche Kommunikation aufrecht. In allen Stadtkulturen — in Europa auch nach Auflösung der mittelalterlichen Stadt bis ins 18. Jahrhundert — sind diese zwei Ebenen des Austausches getrennt. (Polanyi 1974: 230)

Daß der Fernhandel im Mittelalter auch Vorwand für Kommunikation war, geht nicht nur aus der Tatsache hervor, daß vorzugsweise ephemere Güter, oft reine Luxuswaren transportiert werden, sondern auch aus dem mit ihm notwendig einhergehenden Gebrauch der Schrift, vielleicht auch des formalen Rechnens, dem monetär-quantitativen Wirtschaften. Schriftlichkeit ist nach Childe (zit. bei Sjöberg 1973:33) das zentrale Kennzeichen für Stadtkultur. Erst die Verbreitung der Schrift macht jene Wissensakkumulation möglich, welche das herkömmliche agrarisch-zirkuläre Weltbild in das neue urban-lineare umschlagen läßt und damit Selbstreflektion und folglich Reflektion über soziale und politische Institutionen ermöglicht und diese manipulierbar macht. So ist denn die Geschichte der Stadt auch die der Manipulation des gesellschaftlichen Instrumentariums und zwar besonders jenes Teiles, der die Verfügung über den Boden regelt. Der Aufstieg einer jeden Kultur erklärt sich also auch aus dem Potential dieser Institutionen und ihr Abstieg aus deren Unfähigkeit, sich neuen Lagen, wie etwa der Unterschreitung des gewohnten Tragfähigkeitsniveaus, anzupassen.

Unsere eigene Kultur scheint an einem solchen Punkt angekommen zu sein. Deshalb sind wir gefordert, die Institutionen und die sonstigen Instrumente unserer Gesellschaft auf eine Funktionsweise hin umzukonstruieren, welche es möglich macht, die globale und die lokale Tragfähigkeit auf einem beherrschbaren Niveau zu halten. Das kann aber nur gehen, wenn das Ökosystem an jedem Ort auf der Erde dauerhaft ist. Man muß also von den Siedlungseinheiten aus denken, den Städten oder deren Untereinheiten, wie Stadtteilen, Quartieren und Nachbarschaften bei Fragen wie den folgenden:

- Wie bilden sich innere sozio-politische Ordnung und äußere räumliche Ordnung und was sind ihre Wirkungen?

- Wie sind die Vernetzungen zwischen den Stadteinheiten organisiert und was sind deren Implikationen?

- Wie werden Ressourcennutzung und Akkumulation gesellschaftlichen Surplus organisiert?

Diese Fragen wären nicht nur den historisch abgeschlossenen Stadtkulturen — ich beschränke mich hier auf die griechische Antike und die arabische und europäische des Mittelalters — zu stellen, sondern auch der gegenwärtigen Entwicklung. Ich meine, daß Einsichten, die sich aus der Betrachtung der Geschichte ergeben, auch Perspektiven für die Etablierung zukunftsbeständiger Siedlungsweisen überall auf der Welt öffnen könnten.

Die hellenische Städtewelt

Soziale Struktur

Der Aufstieg der griechischen *polis* hatte seinen Ursprung darin, daß die Adelsgeschlechter begannen, ihre Großhaushalte örtlich zusammenzufassen. Das änderte wenig an den Funktionen und der Arbeitsteilung innerhalb des jeweiligen *oikos* für die alltägliche Subsistenz. Ein derartiges Zusammenwohnen im *synoikos* entlastete dagegen die bis dahin ständig mit der Initiierung und Abwehr von Raubzügen beschäftigten Haushalter selbst. Zwar hörte der bewaffnete Streit zwischen den *synoikoi* nicht auf, bedurfte nun aber eines größeren organisatorischen Aufwandes. Er wurde gleichsam auf eine höhere Schwelle gehoben und rationalisiert. Gleichzeitig entstanden Institutionen, welche den Streitdrang auf verschiedene Art und auf mehreren Ebenen zu sublimieren vermochten. So gab es an zahlreichen Orten religiöser Verehrung periodische, wettkampfmäßig aufgelegene Sport- und Kulturveranstaltungen, von denen die Spiele von Olympia nur die heute bekanntesten waren. Bei derartigen Ereignissen waren die künstlerischen und literarischen Programmpunkte — poetische und theatralische Darbietungen — mindestens so wichtig wie die rein sportlichen. Für die Konsolidierung und Weiterentwicklung der griechischen Kultur waren sie ein wesentliches Element. (Finley 1964)

Dieser gesamtgriechischen Institution entsprach in den Städten selbst das Gymnasium als ein Ort nicht nur der körperlichen sondern auch der geistigen Erziehung. Hier konnten die Energien vor allem der Jugendlichen jener Bevölkerungsschicht kanalisiert und sublimiert werden, deren sozialer Besitzstand von alters her die Freistellung von aller subsistenzgerichteten Arbeit beinhaltete. Die solcherart geformte Elite entwickelte einen regen, auch mit Reisen verbundenen geistigen Austausch. Bei allem zunehmenden Gebrauch, den die Intellektuellen von Zeichen und Schrift machten,

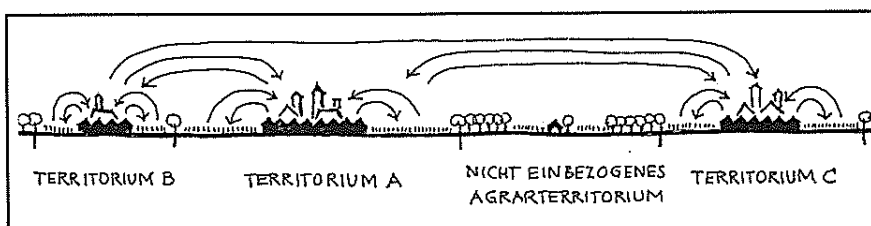


Abb. 1 Tauschbeziehungen städtischer Einheiten

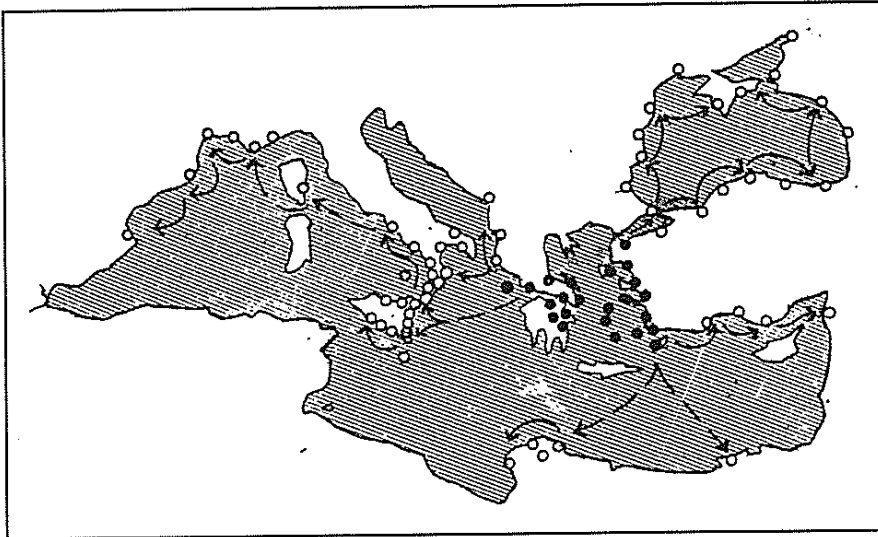


Abb. 2 Städtenetz der hellenischen Welt (ca. 5. Jhd. — nach Kolb 1984)

blieb die Praxis weitgehend ausgespart und an der Arbeitsteilung in den Haushalten und in den Städten änderte sich während der gesamten Periode wenig. (Rostovtzeff 1955)

Ausbreitung des Stadtnetzes

Ein Grund für die Ausbreitung der griechischen Stadtkultur war die Folge des Bestrebens, die jeweilige *polis* nicht über eine gewisse Größe wachsen zu lassen. Der allgemeine Konsens, den Aristoteles in seinem Lehrbuch über Politik angibt, rechnet mit 10 000 Einwohnern. Damit sind anscheinend alle freien und grundbesitzenden Bürger mit ihren Familienmitgliedern gemeint, nicht aber die Sklaven, die normalerweise zum Haushalt gehören, und wohl auch nicht die zunehmende Zahl derjenigen, welche auf Grund von Schulden ihren Besitz verloren hatten, und nicht die Immigranten und sonstigen zeitweisen Einwohner, die zum Beispiel als Bauhandwerker in die Stadt geholt worden waren. (Benevolo 1984:93)

Als weitaus größte Stadt der hellenischen Stadtkultur gilt das Athen der Jahrzehnte um 450 v. Ch. mit ca. 40 000 Vollburgern und einer geschätzten Gesamtbevölkerung von 120 000 Einwohnern. Fünf Generationen später ist die Stadt, wie die weit zurückgenommenen Stadtmauern zeigen, geschrumpft und verarmt: „Nahrungsmittelmangel ist eine beständige Sorge... Die Stadt ist mit Fremden überfüllt, aber sie kommen als Touristen und Studenten, nicht als Geschaftleute und Händler.“ (Rostovtzeff 1955:162)

Um ihre Bevölkerungszahl einzuschränken, hatten die Griechen mehrere Methoden. Weit verbreitet war der Kindesmord, vor allem an Mädchen. Die überzähligen Jungen wurden dann später zur Piraterie oder zur Teilnahme an Soldnerheeren gedrängt. (Finley 1977) Ein sehr elegantes Mittel, um nicht nur in der Konkurrenz um Ämter und Rangpositionen störende,

sondern auch sonstwie problematische und Unruhe stiftende Individuen gleichzeitig loszuwerden und für die Stadt nutzbringend einzusetzen, war die Aufstellung von Expeditionen zur Gründung von Tochterstadten.

Wenn die Ansiedlung gelang, entstand damit ein Auenposten der Mutterstadt, welcher deren Stellung nur stärken konnte. Wurde dieses „Verwandtschaftsverhaltis“ in der Folge gepflegt — und das war in der Regel der Fall —, basierte es auf Familien- und Kultbeziehungen, nicht jedoch auf verstärktem Güteraustausch. (Finley 1973) Diese Tatsache beleuchtet mehr als vieles andere die Kräfte, die die hellenische Stadtkultur zu jenem Netz verknüpften, das trotz aller inneren und äußeren Störungen mehr als zwanzig Generationen hielt. (Abb. 2)

Mit jedem neuen Element gewann dieses Netz mehr Stabilität und konnte so den Auf- und Abstieg der einzelnen Einheiten auf der übergeordneten Ebene ausgleichen. Die Überlebensfähigkeit des Gesamtsystems ergab sich aus dem Umstand, daß es viele, etwa gleichwertige Einheiten verband und gerade nicht hierarchisch strukturiert war. In den verschiedenen Perioden der hellenischen Geschichte gaben immer andere Städte und Stadtgruppen den Ton an: zunächst Ostküste der Ägäis mit Milet als Hauptort, dann das Hauptland mit Athen, Korinth, Argos und Theben, von dort ausgehend der Aufstieg von Syrakus auf Sizilien, schließlich die Blüte der Städte Rhodos, Ephesos, Halikarnassos, Pergamon und anderer im Osten. (Benevolo 1984:78ff)

Derartig netzwerkartige, nicht-hierarchische, auch segmentierte Ordnungen sind in der Anthropologie als „acephalische“ bekannt. Besonders Völkern in Risikozonen gelingt es mittels solcher Strukturen zu überleben. Sie sind grundsätzlich defensiv und gegenüber aggressiv-hierarchischen im Nachteil (2). Da Geschichte aber normalerweise von den Aggressoren

und Siegern geschrieben wird, ist dort fast nur von Hierarchien die Rede. Tatsächlich ist ja auch die griechische Welt von den nach-alexandrinischen und römischen Ordnungen politisch scheinbar ausgelöscht worden. Quasi subversiv, als Teil der römischen Zivilisation hat sie dennoch eine Wirkung entfaltet, wie sie von keiner hierarchisch-sieghaften Kultur je erreicht wurde.

Bildung der Siedlungseinheiten

Eine zeitgenössische Beschreibung der ersten Schritte der griechischen Kolonisten bei der Stadtgründung scheint nicht überliefert zu sein. Kolb (1984: 73f) skizziert den Vorgang als Verteilung von Landlosen durch den mit weitgehenden Vollmachten ausgestatteten *Oikistes*, den Leiter der Grundergruppe. Für eine durchschnittliche Einheit von 2 500 bis 4 500 Einwohnern, also 200 bis 500 Landgütern, war demnach ein Territorium von 50 bis 10 qkm erforderlich.

Ein *oikistes* konnte der Führer einer räuberischen Landnahmegruppe sein, aber auch mit dem einen oder anderen Territorialfursten verhandeln. Manche nicht-griechische Könige Kleinasiens wurden selbst zu Gründungsvätern hellenischer Städte. Obschon *polis* genannt, waren sie oft nicht mehr als Dörfer mit ihrer Mark. Nach Plato war die Idealvorstellung, das Territorium in Sektoren nach der Zahl der Vollburgerhaushalte (nach Plato nur 12! — s. Mumford 1966:209) aufzuteilen, mit einem Stadthaus in der Spitze des Tortenstuckes und einem Gutshof im Außenbereich. In der Realität bestanden die Siedlungen jedoch von allem Anfang an aus einer viel größeren Zahl von *oikoi*, und diese waren höchst unterschiedlich, was Rang und Größe betraf. So ist denn auch nicht verwunderlich, daß sich ein neutrales Muster mit einem orthogonalen Stadtgrundriß und einer ganz den topographischen Unregelmäßigkeiten folgenden Aufteilung des umliegenden Agrarlandes durchsetzte. (3)

Die Verfügung über Grund und Boden sowie über die materiellen und menschlichen Ressourcen, d.h. vor allem über die Sklaven, war durch Konventionen begrenzt. (Weiss 1923) Das Nutzungsrecht konnte gestaffelt sein in dem Sinne, daß das Adels- oder Vollburgerhaus über bestimmte Ländereien, Tiere und Menschen nur eine Art Oberhoheit ausübte, die praktische Verfügung jedoch den aktuellen Nutzern überließ.

Gesellschaftlicher Surplus und sein Zerfall

In einem tendenziell ariden Klima wie dem der Ägäis war der Gebrauch von Wasser naturgemäß von Anfang an sorgfältig geregelt. Es muß dort damals sehr kompetente Wasserbau-Ingenieure gegeben haben, denn in Pergamon präsentiert sich uns eine mit Druckleitungen und Druckbehältern vollendet durchkonstru-

ierte städtische Wasserleitung. Die Entsorgung stellte keine Anforderungen. Selbst in den bedeutenden Stadtkernen von Athen und Syrakus war die Wohn-dichte mäßig und die Lebensweise, nach unseren Maßstäben, insgesamt bescheiden ländlich. (Benevolo 1984:93) Anders als in Rom, wo riesige Abfallgruben angelegt werden mußten, konnte hier der wenige unverwertbare Abfall ohne besondere Gesundheitsgefahren in Gruben oder im offenen Gelände verstreut werden.

Nach einigen Jahrhunderten nahmen die Störungen dieser Ordnung zu. Zum einen ließen Erbeilungen und zunehmend unangemessene Zahlungsverpflichtungen die Nutzer gegenüber den Eigentümern verschulden, zum anderen trugen die ständigen bewaffneten Streitigkeiten und die Piraterie zur Auflösung eingespielter Wirtschaftsverflechtungen bei. Rostovtzeff beschreibt, wie der mäßig grundbesitzende Mittelstand langsam in die Proletarisierung absank und die Bevölkerung, „die keinen oder nur sehr wenig Besitz hatte und von dem lebte, was sie Tag für Tag durch harte Arbeit verdiente, (vermehrte sich) ... Hinzu kam noch, daß sich ... die Beschäftigungsmöglichkeiten und der Lohn für jegliche Arbeit beständig verminderte.“ (Rostovtzeff 1955:158)

Die solcherart knapper werdenden Ressourcen veranlaßten den, der die Macht hatte, zu stärkerer Ausbeutung, zu kriegerischen Unternehmungen. Dabei wurden weitere Ressourcen aufgebraucht, zerstört. Ein *circulus vitiosus* kam in Gang, durch den sich der Schaden immer weiter fraß: „Die große Zahl der (bei den Auseinandersetzungen gemachten) Kriegsgefangenen... wird weitgehend auf die Armut des Landes zurückzuführen sein, auf den niedrigen Lebensstandard, der in den meisten Städten herrschte. Die einzige Beute, mit der die Kriegführenden die Kosten des Krieges decken konnten — und zumeist verließen sie sich darauf — bestand in Menschen, Freien oder Sklaven, und Vieh.“ (Rostovtzeff 1955: 155) Insgesamt war der Abstieg aber langsam und nicht gänzlich unaufhaltsam. Hat nicht sogar auf einigen entlegenen Inseln der Ägäis dieses antike System der Ressourcennutzung quasi oasenhaft überlebt, wenn auch nur als ein in sich kreisendes agrarisches?

Exkurs: Eigentum in Rom, öffentliche und private Investitionen

Der Aufstieg des Stadtstaates Rom scheint ebenso wie der der griechischen *poieis* nicht auf technische Innovationen, sondern auf solche institutioneller Art zurückzuführen zu sein. Die Schrift wurde nunmehr auch dazu benutzt, Gesetze, Verfahren und Normen systematisch zu kodifizieren. Dies lief unter anderem auf eine ganze Reihe von Vereinfachungen im Rechtswesen hinaus. In unserem Zusammenhang ist die Ausbildung der Formel für Privateigentum und ihre Anwendung auf Grund und Boden wichtig.

(Weiss 1923) Das Postulat, daß ein beliebiges (und nicht notwendig von der Gesellschaft „berufenes“) Individuum kraft eines abstrakten Titels umfassend, zeitlich unbegrenzt und unwiderrufbar gleichermaßen über tote Materie, über Lebewesen bis hin zu Mitmenschen und über die auf und unter einem Stück Land ruhenden Möglichkeiten entscheiden kann, ist zwar einfach und glasklar, die Auseinandersetzungen um dieses Konzept zeigen aber, daß es anscheinend weder mit anthropologischen Grundbefindlichkeiten noch mit langfristigen ökonomischen oder gar ökologischen Optimierungen verträglich ist. (4)

Wie immer auch, die Absolutsetzung des Privateigentums impliziert die Scheidung in eine öffentliche und eine private Sphäre, erlaubt die Aufstellung einer Skala unvollständiger Verfügungsformen wie Nießbrauch, Gebrauchsrecht, Erbpacht, Miete u. dergl. und gewährt so einen neuen Grad an Rechtssicherheit. Dies veranlaßte von Anfang an Spekulanten, Investitionen bisher unbekanntem Ausmaßes und mit einem bislang undenkbareren Zeithorizont zu wagen sowie höchste Gewinne unter Mißachtung oder gar unter Verursachung öffentlicher Kosten anzustreben.

Wie schwer private und öffentliche Investitionen abzustimmen sind, zeigt die römische Geschichte schon früh etwa am Beispiel der römischen Kanalisation: „Das älteste Monument des römischen Ingenieurwesens war die *cloaca maxima*, der große Abwasserkanal, der im 6. Jhd. v. Chr. in einem so gigantischen Maßstab gebaut wurde, ... in so solider Bauweise und in so großen Dimensionen, daß er noch heute in Gebrauch ist. (Dahmals aber) ... hatten die Toiletten auf der Ebene darüber keinen Anschluß. Schlimmer: Noch weniger waren die riesigen überbelegten Mietskasernen mit ihm verbunden... Die Hausabfälle und Fäkalien wurden in Zisternen unter den Treppenaufgängen dieser überquellenden Wohnsilos gesammelt, von wo sie von Zeit zu Zeit durch Kompost- und Abfallsammler entfernt wurden.“ (Mumford 1966:249f) Im Grunde waren, urteilt Mumford (1966: 252f), „Roms Ingenieurleistungen, die Aquädukte, die Abwasserkanäle und die gepflasterten Straßen zwar imposant, aber ...in ihrer Nutzenanwendung insgesamt auf absurde Weise eingeschränkt und ineffizient.“

Die Eigentümer der Wohnblöcke waren nur an den Einkünften aus den Mieten und den Lizenzen für die Abfallsammler interessiert. Vor der Stadt lagen riesige Abfallgruben. Daß diese Seuchen verbreiteten, war den römischen Miethaien gleichgültig; daß sie für die kommenden Jahrhunderte die Brunnen vergifteten, konnten sie nicht wissen. Ähnlich verhielten sich die Grundbesitzer und die Steuerpächter in den römischen Provinzen: indem sie in Agrarwirtschaft und Bergbau jene Bodenverarmungen, Grundwasser-

absenkungen, Bleivergiftungen und dergleichen veranlaßten, die mit dem Abstieg der römisch-hellenistischen Zivilisation in Nordafrika, in Spanien und auf der italienischen Halbinsel verbunden waren. (Szilágyi 1961)

Die arabisch-islamische Stadtkultur

Räumliche und soziale Ordnung

Die arabische, später die islamisch-arabische Stadt setzte sich aus den Großparzellen der Patriziergeschlechter nach dem altgriechischen, vermutlich gar altorientalischen Modell zusammen. In diesen Häusern oder Palästen lebte der gesamte differenzierte Haushalt einschließlich einer mehr oder weniger großen Zahl von Sklaven. Medina, die Stadt des Propheten Mohameds, bildete mit ihren feudalen beherrschten, quasi dörflichen Nachbarschaften einen solchen typischen *synoikos*. Bemerkenswert ist der Versuch des Kalifen El-Mansur um 760 n. Chr., seine Hauptstadt Bagdad nach einem Plan zu errichten, der dem platonischen Muster gleicht. Das Muster scheint sich jedoch nicht bewährt zu haben; bei dem Wiederaufbau nach der schnellen Zerstörung wurde auf das konventionelle Modell zurückgegriffen. Nach ihm wurden auch Städte mit regelmäßigem Grundriß aus hellenistischer Zeit, soweit sie bestehen blieben und später erweitert wurden, modifiziert. (Benevolo 1984 — Abb. 3)

Als politische Ordnung setzte sich statt des griechischen Modells einer ihre Belange eigenverantwortlich regelnden Einwohnerschaft das römische Vorbild einer zentralen Obrigkeit durch. Der Koran legt nahe, eine solche von der Religion her zu legitimieren. Deshalb entstand in den Städten als Raum, auf dem sich die Einwohnerschaft erfahren konnte, nicht die Agora, sondern die Moschee. Für die Regelung der weltlichen Dinge wurden den einzelnen Quartieren und Nachbarschaften, welche die Patrizierhäuser um sich scharten, gewisse beschränkte Ordnungs- und Selbstverwaltungsfunktionen übertragen. (Tekeli 1971)

Nach römischem Vorbild war das überörtlich orientierte, vorwiegend mit nicht essentiellen Luxusgütern befaßte Gewerbe in Markthallen und Karawanenhöfen sowie entlang der engen Gassen um die Moscheen bazarhaft aufgereiht. Ein mehr den Gütern des täglichen Bedarfs und der Subsistenz gewidmeter Wochenmarkt fand in der Regel außerhalb der Stadtmauern seinen Platz. Wie auf allen Märkten, bestand auch hier keine klare Trennung zwischen essentiellen und Prestige-gütern, in der Person der Händler selbst war sie weit eher faßbar: Händler, die der Oberschicht angehörten, befaßten sich nahezu ausschließlich mit nicht essentiellen Waren. (Le Tourneau 1949)

Jenen Städten, welche nicht auf vorgefundene Siedlungen als Dörfer oder be-

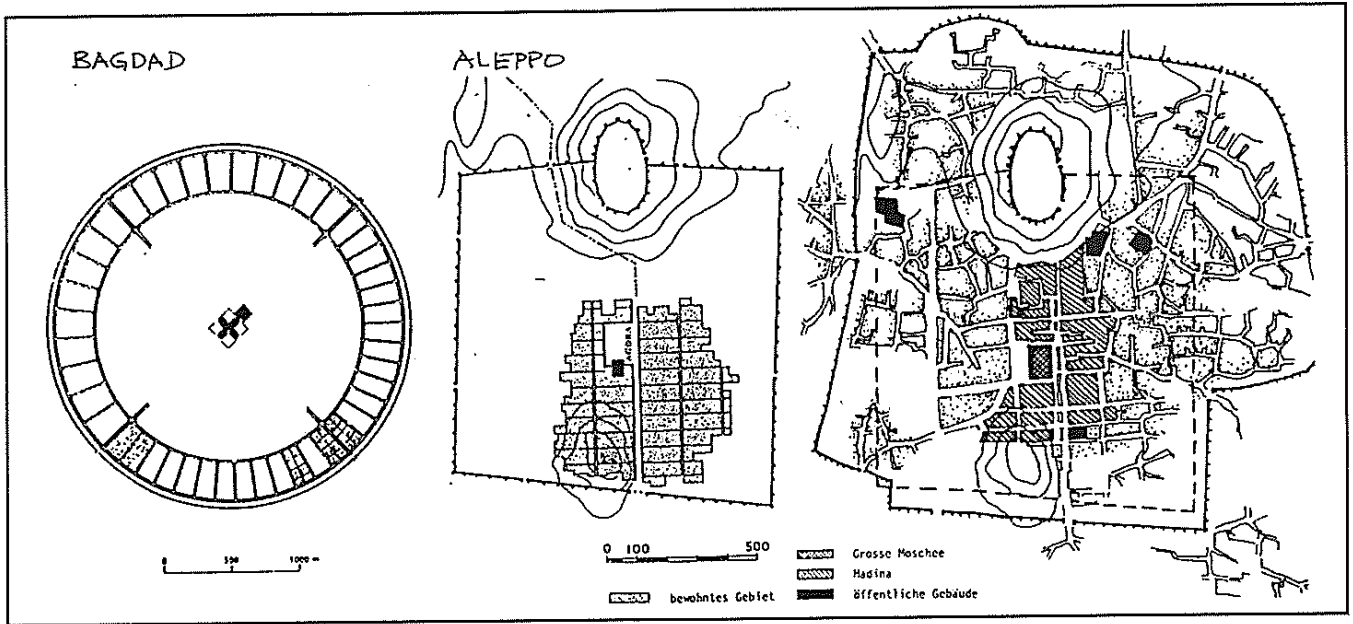


Abb. 3 Stadtgrundrisse der arabischen Welt (nach Benevolo 1983 und Ghirardelli 1884)

reits als Städte etwa der hellenistischen Welt aufbauen konnten, werden bestimmten Fürsten oder Heerführern als Gründungsväter zugerechnet. Mit jeder Stadt war von Anfang an eine Art geistiger und geistlicher Elite, *ulema*, verbunden. Diese Honoratioren gehörten nicht notwendig der Oberschicht an, doch war es für deren Mitglieder leichter, die Voraussetzungen für die Zurechnung zu erfüllen: literarische und religiöse Bildung und die Kenntnis anderer Länder, erworben durch Reisen. Damit verbunden war ein spezifisches Repräsentations- und Konsummuster. (Le Tourneau 1949) Diese Gruppe bildete, ähnlich wie in Griechenland, den oberen Teil dessen, was ich vereinfachend als die typische „Zweistufigkeit“ der Einwohnerschaft einer Stadt bezeichnet habe.

Regionales Städtenetz und Abstieg

Das Konzept des Islam mit einem einzigen zugleich weltlichen und geistlichen Oberhaupt impliziert eine hierarchische Ordnung auch in der Siedlungsstruktur.

In diesem Sinne war Bagdad als Weltzentrum konzipiert gewesen. Dieser wie alle weiteren Anläufe, ein solches System zu etablieren, scheiterten. Möglicherweise standen ihnen die vielen institutionellen und steinernen Überreste der hellenistischen Reiche und des römischen Imperiums, die längst ein Eigenleben gewonnen hatten, im Wege. So bietet die Siedlungsstruktur der islamisch-arabischen Welt das Bild eines pulsierenden Netzes mit aufblühenden, stagnierenden und im Verfall befindlichen Städten und Stadtgruppen: Anfangs Mittelarabien und Mesopotamien, anschließend Persien, Südarabien, Maghreb und Südspanien, sodann Sahel, Ostafrika, Usbekistan, Indien usw. (Abb. 4) Dieses nicht-hierarchisch acephalische System wurde zusammengehalten so wie der Islam insgesamt bis heute zusammengehalten wird durch die (Hoch-)sprache und durch die gegenseitige Anteilnahme der Intellektuellen, letztlich also durch nicht-ökonomische Faktoren.

Im Islam wird Privateigentum an Grund und Boden im Prinzip anerkannt. Der

Spekulation sind keine Grenzen gesetzt. Erbregeln aber und über die Religion wirkende Sozialkontrolle führen zur Teilung und Streuung von privatem Kapital oder aber, über die religiösen Stiftungen, welche später der Staat treuhändlerisch verwaltet (Ghirardelli 1984), zur Bündelung in bürokratischen Händen. So wird die Aggressivität der Eigentumsformel abgeschwächt. Daneben übernimmt die islamische Rechtspraxis die traditionelle Institution des Kollektiveigentums überall dort, wo privates Verfügungsrecht nicht beansprucht wurde, etwa in der Wüste. (Lazarev 1968) Insgesamt hatte die weltlich-geistliche Obrigkeit großen Einfluß auf die Verfügung der Ressourcen, und da ihre Vertreter entweder selbst den *ulema* angehören oder sich von ihr beraten ließen, konnte ein hoher Grad an Abstimmung bei den öffentlichen und den privaten Investitionen erreicht werden — im wechselseitigen Interesse und zum technischen Vorteil. So erreichten die Systeme der Wasserver- und -entsorgung einer Stadt wie Fès, um nur ein Beispiel zu nennen, anders als die von Rom arm und reich, hatten öffentliche und private Anschlüsse und erforderten nur geringe Wartung. (Bianca 1974:84)

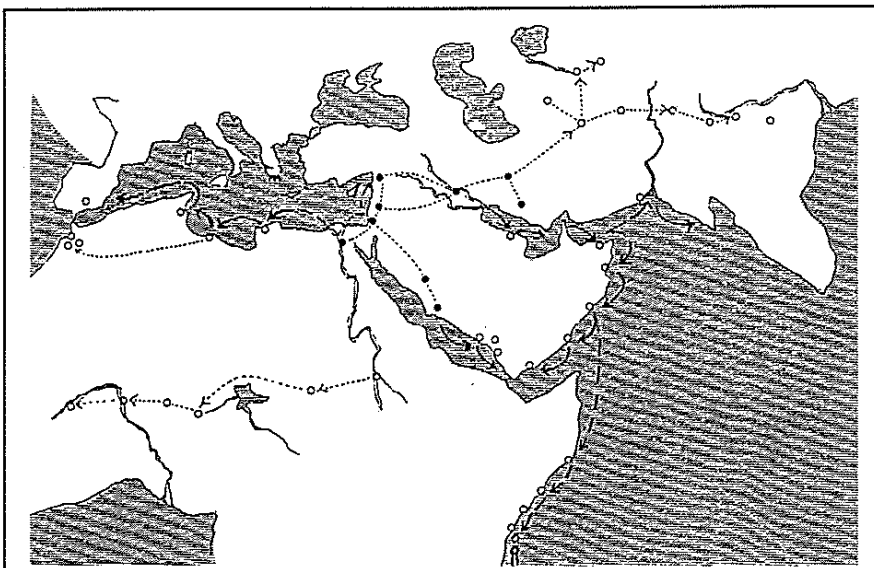


Abb. 4 Städtenetz der arabischen Welt (nach Hitti 1976)

Nach den Berichten, welche wir von der alten Ordnung besitzen, dürften die Städte eine etwa gleichbleibende Zahl von Einwohnern beherbergt haben. Deshalb gab man sich nach den anfänglichen Anstrengungen, den erforderlichen Surplus anzuhäufen, damit zufrieden, die öffentlichen Anlagen auf dem einmal erreichten Stand zu halten. Die üblichen Zerstörungen infolge innerer Streitigkeiten hielten sich im Rahmen. Vielleicht waren die geringen Ressourcen der Wüsten- und Steppenzonen der Grund dafür, daß jene langdauernde, aber bestandschonende Stagnation eintrat. Seit dem 17. Jahrhundert häufen sich die Indizien für einen langsamen Abstieg: Desinteresse an Gemeinschaftseinrichtungen, Konkurrenz um schmale Ressourcenbasis und Ausbeutung der Armen durch die Reichen.

Die Städtewelt des europäischen Mittelalters

Räumliche und soziale Struktur

Am nördlichen Ufer des Mittelmeeres werden die konkurrierenden Elemente der Vorgängerkulturen auf andere Art gemischt. Pirenne hat überzeugend dargelegt, wie die frühmittelalterliche Urbanisierung von den ehemals römischen Regionalzentren Italiens und Südfrankreichs ausging. Viele davon waren ursprünglich als Militärlager oder Etappenorte angelegt gewesen und wiesen deren typische bazarhafte Anordnung vergleichsweise kleiner Parzellen auf, die bestimmt waren für Gewerbe aller Art. Als Zulieferer der Besatzungsmacht waren Händler und Handwerker sozial degradiert, politisch machtlos und provinziell im Ausblick. Davon weit abgehoben war die Mächtigsten der Offiziere, Gutsbesitzer und Steuereintreiber, die auf Rom blickend zwar städtisch, aber nicht regionalstädtisch eingestellt war, weil sie auf ihren Landgütern wohnte. Erst als die Horden der Goten und anderen das Land unsicher machten, suchten diese Familien Residenz in der Stadt und begannen, sich mit ihr zu identifizieren. Auf den bescheideneren Grundstücken, die sie nun fanden, wurden sie neu sozialisiert. (5)

Nach der Christianisierung des römischen Reiches hatten sich in vielen der regionalen Zentren Bischöfe installiert. Deren Hofhaltungen stiegen in dem Maße, in welchem die übergreifenden staatlichen und ökonomischen Funktionen schrumpften, zu wichtigsten und oft den einzigen öffentlichen Institutionen des wirtschaftlichen und intellektuellen Lebens der Region auf. Sie mußten nach jeder der Plünderungszüge germanischer Stämme die Wiederherstellung der Wegenetze und Siedlungsstrukturen initiieren. „Sie bewahrten (so) Elemente des römischen Rechtes, schützten die römische Kirche, erhielten römische Verwaltungsnormen oder glaubten sie zu erhalten“, stellt Braunfels (1979: 19) mit Bezug auf die italienischen Städte fest und kommt nicht zuletzt auch auf Grund der Tatsache, daß der damals noch gering geachtete Fernhandel wenig Gewicht hatte, zum Schluß: „Der Bischof, nicht der Markt oder die Volkszahl, kennzeichnete die Stadt in Italien.“ (Braunfels 1979:27)

„Auch die Niederlande (kennen, wohl weniger auf römischen Relikten als auf dem italienischen Beispiel aufbauend — J. Oe.) jenen älteren Stadttyp der Bischofsstadt, in der die Einwohner wirtschaftlich von ihrem Hauptkonsumenten, dem Bischof und seinem geistlichen Anhang, abhängig sind... Anders (jedoch sind) jene jüngeren flandrischen Kaufmannsstädte, deren erste Anfänge als Kaufmannsstädte — nicht als gräfliche Burgen — in das 11., ja 10. Jahrhundert zurückgehen. Nirgendwo war der Graf in ihnen Stadtherr in der Weise, wie es die Bischöfe in den Städten waren“, stellt

Fritz Rörig fest (1964:48) und schließt: „Der noch unruhig hierhin und dorthin ziehende Händler dieser Frühzeit, der die Qualität der englischen Wolle für Flandern entdeckte, sich in Flandern mit seinen Handels- und Wandergenossen in einer kaufmännischen Siedlung im Schutze einer gräflichen Burg niederließ, die ländliche Weberei zur Umsiedlung in diese jungen Städte veranlaßte, sie an das Verspinnen englischer Wolle gewöhnte, sie in ihrem Betriebe durch ein früh entwickeltes Verlagssystem von sich abhängig machte und für ihre Erzeugnisse ganz Europa als Absatzmarkt gewann — dieser Kaufmann ist der eigentliche Schöpfer der flandrischen Stadt.“

Im mittelalterlichen Europa wurden städtische — und das hieß geschützte, mit Marktprivilegien ausgestattete — Siedlungen etwa aus strategischen Gründen von dem zuständigen Feudalherren gegründet wie die Bastiden in Aquitanien und die Wehrburgen in Mitteldeutschland und Mittelengland oder aus den Bedürfnissen der Wanderkaufleute, von denen auch bedeutende wie Haithabu in Schleswig oder Dorestad im Rheindelta untergingen. In der Regel aber wirkten Handels- und Feudalinteressen von Anfang an zusammen. Das führte zu den „Gründungsräten“, die Rörig (1964:17) so beschreibt: „Schon um 1120 hatte sich der Zähringerherzog mit einer 'coniuratio' von 24 angesehen Kaufleuten in Verbindung gesetzt, um Freiburg im Breisgau zu gründen. ... In der Hand jener 24 Kaufleute lag die eigentliche Durchführung der Stadtgründung; in ihre Hand floß der Risikogewinn der zu leistenden Arbeit; sie erhielten von Anfang an behördliche Funktionen... Durch ihre bevorzugte Stellung im städtischen Grundbesitz, endlich durch ihr Übergewicht im städtischen Verfassungsleben (waren sie) der Menge der Einwohner überlegen... Hinter der Gründung Wiens steht wohl als ursächliches Moment der Trieb der Regensburger Fernhändler, auf ihren Zügen

nach dem fernen Kiew einen gesicherten Stützpunkt zu haben; ... ihre Protektoren (finden wir) in den Markgrafen der Ostmark.“ Um sich dieser Protektion zu versichern, stellen die Gründungsräte jeweiligen Territorialherren als „Gründervater“ heraus.

Damit solche Unternehmen erfolgreich verliefen, mußten eine Reihe von Voraussetzungen erfüllt sein: Akzeptanz bei der einheimischen Bevölkerung bzw. bisher ungenutztes Land, eine tragfähige Umwelt für die alltägliche Nahrung, eine Bündelung von Fernhandelswegen, an einer Niederlassung interessierte Gruppen von Fernkaufleuten und Handwerkern, vor allem aber erprobte Muster für den Siedlungsgrundriß mit einer angemessenen Zahl von Grundstücken in akzeptablem Zuschnitt und ein Schema für die soziale und politische Struktur bis hin zu juristischen Formeln. Dennoch war das ganze ein Verfahren nach Versuch und Irrtum und viele dieser Orte kümmernten auf einem Niveau dahin, auf welchem sie sich nicht wesentlich von Dörfern unterschieden. (6)

Ein entscheidender Punkt bei den Stadtrechten war die Formel für die Regelung der Angelegenheiten der Einwohnerschaft durch diese selbst. Im Stadtgrundriß drückte sie sich dadurch aus, daß ein entsprechender Platz freigehalten wurde, auf dem sich die Einwohner versammeln und damit als Kollektiv erfahren konnten. Ob nun als Anknüpfung an hellenische Muster oder als Innovation, der Hauptzweck dieses Platzes wurde nach und nach, entsprechend der überragenden Bedeutung, welche den wirtschaftlichen Aktivitäten in diesen Siedlungen zugemessen wurden, der des Güterausstausches. Die Einwohnerschaft erhuf sich als gewerbetreibende. Sie wollte sich auch so sehen und machte folglich den Markt zum Symbol von Stadt schlechthin. (Abb. 5)

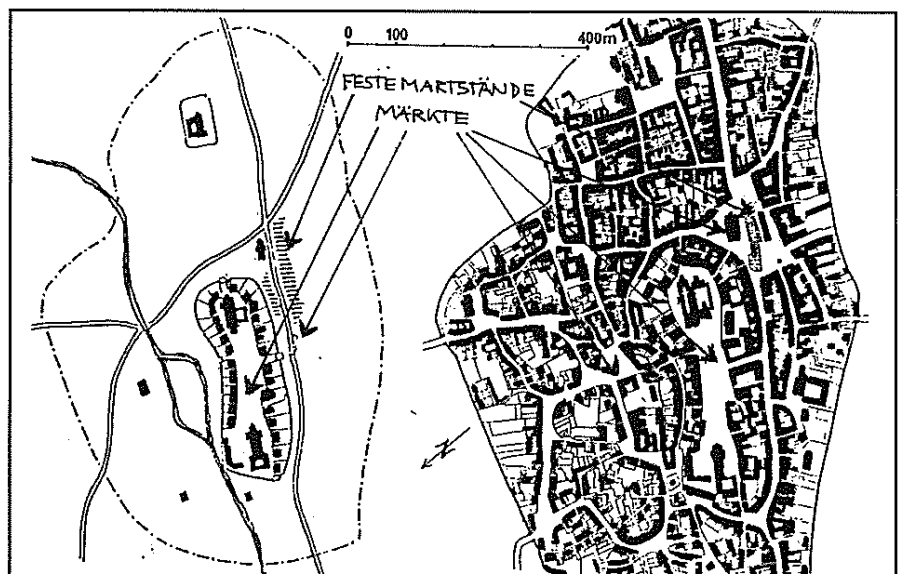


Abb. 5 Stadtgrundriß Halberstadt 12. u. 14. Jhd.

(nach Braunfels 1983)

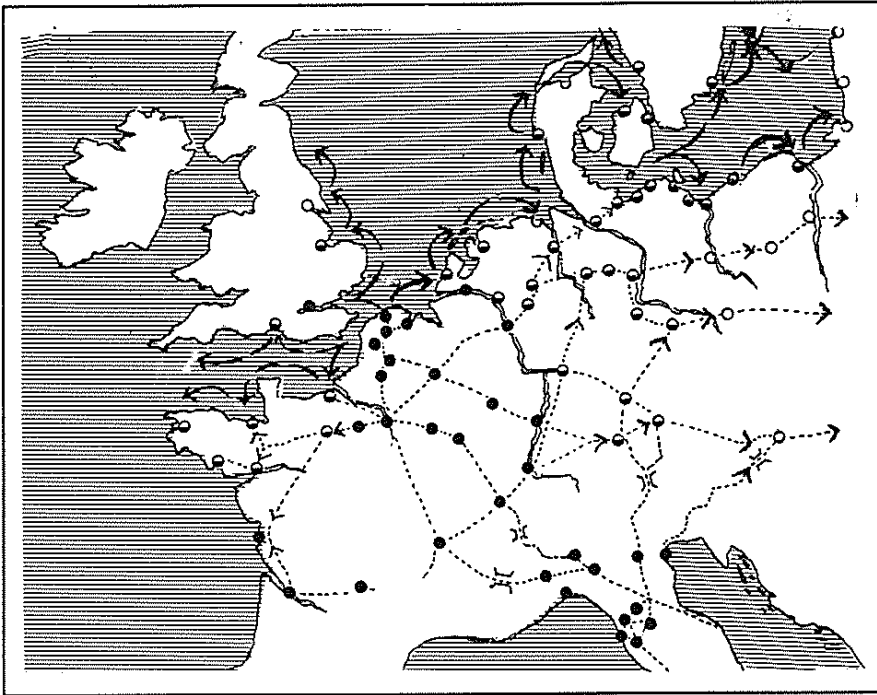


Abb. 6 Europäisches Städtenetz im Mittelalter (nach Benevolo 1983)

Kommunikation und Städtenetz

Die wirtschaftlichen Aktivitäten fanden naturgemäß nicht nur hier statt, sondern auch in den Privathäusern. Weder dort noch hier was es möglich, sauber zwischen örtlichem und Fernhandel zu trennen. Weit leichter war diese Scheidung bei den Akteuren zu treffen. Der Fernhandel setzte eine ganze Reihe von Fähigkeiten voraus, über welche ein gewöhnlicher Handwerker oder Händler mit Subsistenzgütern nicht verfügte. „In Flandern begannen schon im 12. Jhd. die Kämpfe um ein Schulwesen, das den Bedürfnissen der städtischen Oberschicht entsprach und unter ihrer Kontrolle stand.“ schreibt Edith Ennen und berichtet von Schreibübungen, die uns von einer Lübecker Lateinschule überliefert sind und Entwürfe für Korrespondenz in kaufmännischen, politischen und administrativen Angelegenheiten beinhalten. (Ennen 1972: 219)

Auf diese Art ausgebildet waren die Kaufleute imstande, im gesamten europäischen Raum hinweg über Ländergrenzen (die noch nicht die heutige Bedeutung hatten) und Sprachräume (die ohne die Hochsprachen sehr fließend waren) miteinander zu kommunizieren. Von Norditalien und Südfrankreich ausgehend weitete sich das Netz der Beziehungen nach Burgund und Flandern, von dort aus in den Nord- und Ostseeraum und nach Rußland hinein. Es bildete sich jenes pulsierende Netz von Auf- und Abstieg der einzelnen Elemente und Netzteile, wie wir es ähnlich schon in der Antike und im arabischen Raum beobachtet haben. Dem frühen Aufstieg der mittel- und norditalienischen Städte folgte eine leichte Stagnation, während derer Flandern aufstieg. Flandern wurde überholt von dem

Ostseeraum mit Lübeck und Wisby, anschließend von England und Oberdeutschland. Am Ende des Mittelalters steigen dann wieder die innerdeutschen Städte, allen voran Nürnberg, und die mittelitalienischen in den Zenith der Bedeutung. (Abb. 6)

Dieses Netz von Orten stand von allem Anfang an nicht allein, sondern war als ganzes verknüpft mit anderen Standorten ökonomischer Spezialisierung wie Fürstentümern und Klöstern. Neben den zunächst eher unterprivilegierten Wanderkaufleuten gab es hier und dort Adelige und Mönche mit weitem Horizont und ökonomischen Ambitionen. Das aber waren Ausnahmen, und ihre ökonomischen Interessen waren eher amateurhaft als überlebenswichtig. Außerdem fehlte ihnen der Rückhalt einer ganzen Berufsgruppe. Diesen zusammen mit der Kenntnis von Schrift, fremden Landschaften und Kulturen, neuesten Moden und Techniken, dazu jenen Flair von Weltläufigkeit und geistiger Unabhängigkeit, den auch damals schon „Urbanität“ umgab (Braudel 1979:350), besaßen nur die Wanderkaufleute. Daraus leiteten sie ihren Eliteanspruch ab.

Andererseits bildeten die Fernkaufleute keine geschlossene Klasse. Zum einen schlossen sich ihr Mitglieder des Kleinadels an, zum anderen konnten örtliche Kleinhändler oder Abkömmlinge niederer Stände zu ihr aufsteigen. Da die Handelsgüter immer höher veredelte Produkte waren, entwickelte sich gar eine Abhängigkeit der Kaufleute von den zunehmend in Gilden organisierten Handwerkern und, später, den Manufakturen. Dies nun löste, da anders in der Antike oder im arabischen Mittelalter alle ohne Sklaven auskommen mußten (7), jene

technische Evolution aus — im Handwerk, aber auch in der Landwirtschaft —, die seither fortwirkt. (Elias 1974:138f)

Nutzung und Übernutzung der Ressourcen

Zunächst behinderten die Formeln der Verfügung über Ressourcen und Arbeitskraft deren volle Entfaltung. Nördlich der Alpen galt das Feudalrecht mit der Oberherrschaft hierarchisch gestufter Territorialherren. Davon ausgenommen waren die inselhaften Stadtgebiete, wo der Kompromiß zwischen der römischen Formel für Privateigentum, die die Kaufleute favorisierten, und einer korporatistischen Verfügungsweise, welcher die Handwerker zuneigten, ständig umkämpft war. Die Grundsistenz war über Acker- und Gartenland der Haushalte, oft noch innerhalb der Mauern, gesichert. (Köln hatte mit 40 000 Einwohnern auf 560 ha eine Wohndichte von ca. 70 E/ha, Brügge mit 50 000 E auf 360 ha eine Dichte von 140 E/ha — Benevolo 1984:370f) Die meisten Städte verfügten darüber hinaus über ein eigenes Territorium im Umland (Brügge ca. 2 000 qkm — Braudel 1979)

Von Anfang an hatten auch die mitteleuropäischen Städte ihre Einwohnerzahl kontrolliert, sei es durch Einschränkung der Haushaltsgründungen, sei es durch biologische Faktoren, welche die Zahl der reproduktionsfähigen Nachkommen stark einschränkte. Das Raubritter- und Kriegswesen forderte ebenfalls seinen Blutzoll.

Die Abschöpfung des Surplus geschah über religiös legitimierte Instanzen in Form des Baues von Kathedralen, Pfarrkirchen, Klöstern, Wallfahrtsheiligtümern und durch die weltlichen Mächte in Form von Burgen und Stadtpalästen bzw. von Rathäusern, Markthallen etc. Die mit den ständigen bewaffneten Streitigkeiten verbundene Vernichtung dieses Surplus hielt die Akkumulation in Gang.

Die technische Entwicklung bedeutete verstärkten Zugang zu den natürlichen Ressourcen und auch Kontrolle über sie. Die dadurch mögliche Steigerung des Lebensstandards (Braudel 1979) führte nun zu mehr und vor allem auch schädlichen Abfällen, während gleichzeitig die Behandlung des Abfalls noch den ländlichen Gebräuchen folgte. So waren die Folgen ähnlich schadenbringend wie in Rom, zwar in kleinerem Maßstab, dafür aber verteilt auf viele Einheiten.

Warum die in der Summe immer noch aufsteigende Kurve von Bevölkerung, Wirtschaftskraft und Lebensstandard um 1300 umschlug, scheint nicht abschließend geklärt zu sein. (Ennen 1973:211) Auffällig ist jedoch, daß der Umschlag in einen *circulus vitiosus* ähnlich wie in der Antike jene Städte besonders traf, in denen bestimmte Gewerbe über eine länge-

re Zeit hinweg besonders gepflegt worden waren. Jedenfalls ähneln sich die Beobachtungen der Historiker sehr: „Die Verhältnisse in den einzelnen Wirtschaftslandschaften sind sehr unterschiedlich. Depressionserscheinungen der einen Landschaft — Flandern z.B. — stehen (zunächst) aufsteigende Tendenzen in anderen Landschaften — Oberdeutschland, Holland und England — gegenüber... In Nordwesteuropa tut sich die Krisenhaftigkeit kund im ... härtesten Wettkampf um die Absatzmärkte, gewaltsamen Vorgehen der Städte gegen die zunehmenden ländlichen Gewerbe, starken sozialen Spannungen, Entstehen eines städtischen Proletariats ..., schroffen Vermögensunterschieden, Verknöcherung und Erstarrung auf wirtschaftspolitischem Gebiet.“ (Ennen 1972: 204f) Ähnlich wie in Griechenland agiert die Gesellschaft um so hektischer. „Die schönsten Prunkbauten werden von der wohlhabenden Oberschicht errichtet. Zugleich vertieft sich die Kluft zwischen der Geldaristokratie und den proletarischen Massen. Die städtischen Magistrate werden mit den Problemen der Armut nicht mehr fertig, und die Regierung muß eingreifen.“ (Ennen 1972: 211)

Die regional beschränkten Aufstiege sind oft mit dem Ausnutzen verbesserter Agrartechniken verbunden, z.B. in England, Holland oder im Gebiet der Weserrenaissance. Damit fiel das Aufgehen städtischer Funktionen in territorialhierarchischen Ordnungen zusammen. Aber im Unterschied zum Aufsaugen Griechenlands durch Rom standen die Städte jetzt untereinander konkurrierenden Territorialmächte gegenüber, und mit der sich kontinuierlich akkumulierenden Technik öffneten sich gänzlich neue Entwicklungslinien.

Siedlungsnetze in den Agglomerationen des Südens

Wenn man nicht die Metropolen der südlichen Hemisphäre, sondern die einzelnen Siedlungskerne in diesen Agglomerationen mit den Elementen der hier betrachteten historischen Stadtkulturen vergleicht, ergeben sich überraschende Übereinstimmungen:

Fast überall in Afrika, Asien und Lateinamerika findet das Stadtwachstum *nicht* atomisiert Haushalt für Haushalt statt, sondern quasi *körnig* in Form von Gruppen von Haushalten, welche zusammen agieren, gelegentlich sogar als straff organisierte Gemeinschaften. Unter den herrschenden ökonomischen Bedingungen handelt es sich dabei mehrheitlich um Familien mit geringem Einkommen, oft um solche unterhalb der Armutsgrenze. Die von ihnen angelegten *squatter compounds*, *bidonvilles*, *barrios*, *favelas* usw. sind bereits verschiedentlich nach ökonomischen, entstehungsgeschichtlichen und anderen Eigenschaften klassifiziert worden (Herrle ... 1981: 8f)

Gründung und Gewinnung von Quartiersidentität

Sie haben Ähnlichkeit mit den historischen Städten, da sie wie die eine oder andere Art entstanden sind: a) durch spontane, sprunghafte, aber im einzelnen unkoordinierte Erweiterung einer Dorflage, b) durch planvolle Anlage derjenigen, welche entweder selbst über das Terrain verfügungsberechtigt sind, im Namen des Eigentümers handeln oder sich gegen andere Ansprüche durchsetzen, oder c) durch mehr oder weniger gewaltgestützte planvoll vorbereitete Landnahmeoperation.

a) Die Verdichtung und Ausweitung einer Dorflage ist ein vielfach belegter Vorgang, ablesbar am jeweiligen Siedlungsgrundriß. Im heutigen Asien etwa belegt durch die indonesischen Städte, von denen „...sich viele durch Zusammenwachsen und Verdichten bestehender Dorflagen entwickelt haben. Nach sie ihre Felder als Infrastruktur aller Art und Wohngrundstücke für Besserverdienende in Gebrauch gegangen waren, verwandelten sich die Dorflagen in hochverdichtete Innenstadt-Kampungs.“ (B. Turner 1988) In Afrika mutierten beispielsweise in den Jahren 1960 bis 1975 die zehn Siedlungskerne von Mathare Valley in Nairobi von wenigen Tausend auf über 100 000 Einwohnern. (Oestereich 1987a)

b) Bei planvollen Siedlungsgründungen lassen sich auch heute oft „Gründungsväter“ identifizieren. Dies können die Grundeigentümer selbst sein, die ihr Land selbst parzellieren, oder jene *landlords* in Poona (Mohandas 1987) bzw. *local chiefs* in Nairobi (Hake 1975), welche sich die Verfügung über den Boden anmaßen. Wie einst in Griechenland funktionieren die Siedlungen am besten, wenn die Siedler an der Planung beteiligt sind. Von „Gründungsräten“ der Siedler, die den Ausbau einer Siedlung über mehrere Jahre hinweg planvoll betreiben, wird mehrfach berichtet. (u.a. Schütz

1980, Mohandas 1987 und Oestereich 1980 u. 1987a)

c) Ähnlich planvoll, aber kurz und Konflikte nicht scheuend verlaufen die Landnahmeoperationen, die in Lateinamerika ein *jefe* verantwortet, wie in der hellenischen Welt einst der *oikistes*. Eindrucksvolle Beispiele dafür finden sich besonders in Lateinamerika, in Lima z.B. Villa el Salvador (Houghton 1978), Cuevas (Turner 1978) und Huayacan (Gold 1988) sowie in Asien (Blenk 1974; Herrle ... 1981)

Das Ergebnis dieser vielfältigen Prozesse sind nach Kulturkreisen unterscheidbare grobe Varianten (Abb. 7), die sich ihrerseits nach Größe, Nutzung und Auslegung der Grundstücke und der Flächen der öffentlichen Hand, aber auch nach der Art und Weise der Verfügung über „Boden“ usw. kategorisieren lassen. Darauf und auf weitere Details einzugehen ist hier kein Raum.

Städtischer Charakter durch Zweistufigkeit

Gründungen und planvolle Siedlungsprozesse setzen einen Gründungsrat voraus. Dieser betreibt die ökonomische und politische Bestandssicherung der Siedlung als Ganzes, weshalb die Mehrheit der Siedler sich von Anfang an auf ihr individuelles Überleben d.h. auch die lokale Subsistenz konzentrieren kann. Die „auswärtigen Beziehungen“ der Führungsgruppe bestehen in horizontalen Verknüpfungen, etwa in der Art der *associations des chefs de quartier* (Oestereich 1987a), oder vertikale Beziehungen zu übergeordneten Mächten. Dies sind heute auch und vor allem die „Nicht-Regierungsorganisationen“, in der Regel Institutionen mit internationalen Beziehungen oder selbst ausländische Organisationen (8). Wie man sieht, verhalten sich auch heute die Führungsgruppen der Siedler intellektuell und buchstäblich „kosmopolitisch“.

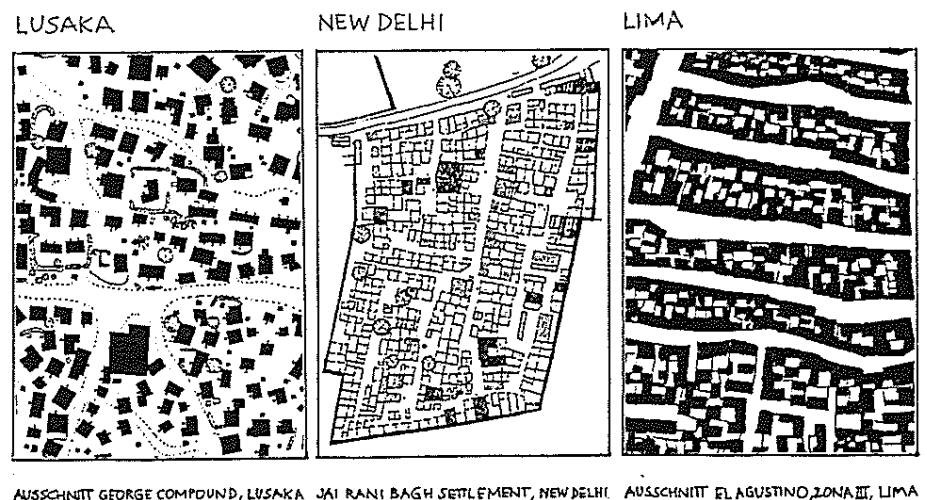


Abb. 7 Städtische Einheiten des Südens

(Quelle UNCHS 1982, Schütz, 1987)

Ihre Politik ist auf Gleichstellung gerichtet. In der Regel fordern sie für ihre Siedlungen eine am Durchschnitt orientierte Infrastrukturausstattung, bestimmte kollektive Entscheidungskompetenzen und Wohn- oder Bleiberecht für die Einwohner. Wo eine vollständige Eigentumsübertragung nicht erreicht wird — und das ist oft der Fall —, ergeben sich aus der Situation heraus entwickelte, spezifische Verfügungsformen über den Boden als Stoff, Territorium und Ökosystem, deren Ingenuität uns, die wir an unseren Rechtsstereotypen festhalten, bisher entgangen ist. In der Logik egalitärer Politik liegt aber auch, daß ihre Protagonisten, die in der Regel zu den Bessergestellten im Quartier gehören, weil sie nur dann die Zeit haben, sich um Dinge jenseits ihres persönlichen Überlebens zu kümmern, anders als ihre griechischen und anderen Vorläufer, für sich selbst keine besonderen Privilegien fordern.

Wenn diese Armutsquartiere als „ländlich“ klassifiziert werden und angesichts der Agglomeration des Südens von „Ruralisierung“ die Rede ist (u.a. bei noch Stren/White 1989: 86), dann scheint dem die Annahme zugrunde zu liegen, eine „urbane“ Siedlung dürfe sich nicht mit Subsistenz befassen und müsse mit allen Einwohnern außengerichtet sein. Beides war aber nie der Fall. Wenn unsere Analyse korrekt ist, genügt für das Prädikat „städtisch“, wenn einige repräsentative Einwohnerschaften Außenkontakte betreiben. Demzufolge können alle jene Siedlungen, deren Führungsgruppen auf nationaler Ebene kommunizieren, als „städtisch“ definiert werden.

Die Entstehung acephalischer Siedlungsstrukturen

Bis in die achtziger Jahre fand das Wachstum der Metropolen des Südens im wesentlichen in Form der Verdichtung

der Kerngebiete durch Zuwanderer vom Lande statt. Inzwischen haben sich die Gewichte von Stadt und Land in den meisten Ländern so verschoben, daß die Zahl der Landflüchtlinge relativ, oft sogar absolut geringer wird. Ein immer größerer Teil des Wachstums der Ballungsräume des Südens speist sich heute aus der natürlichen Wachstumsrate. Da die Aufnahmefähigkeit der Ballungkerne erschöpft ist und sich die Einwohnerzahl der umliegenden Quartiere infolge bestimmter Normen für Haushaltsgröße und Wohnfläche stabilisiert hat (9), müssen die „überzähligen“ Einwohner sich zusammenschließen, um neue Siedlungen, Tochterquartiere, zu gründen. In dieser Weise wachsen die heutigen Agglomerationen von innen nach außen. Dies wird besonders sichtbar, wo wegen der geographischen Begrenzungen die Entwicklung nicht radial, sondern linear verläuft, wie in Lima. (Abb. 8)

Diese aktuellen Prozesse der Proliferation von Siedlungskernen sind bisher kaum untersucht, und folglich sind die Steuermechanismen nicht bekannt. In Dakar und anderen francophon-afrikanischen Städten bilden beispielsweise die *chefs de quartier* Stadtteilföderationen, (Oestereich 1987b), die in Fraktionen nach Partei, Schulbildung, ökonomischer Vorteilssuche, intellektuellen oder religiösen Affiliationen usw. auseinanderfallen. Dies und anderes mag bewirken, daß quartiersübergreifende Einrichtungen gestreut und nicht konzentriert angelegt werden, daß darüber hinaus die Quartiere sich mit bestimmten Rollen identifizieren, eine bestimmte Eigenart regelrecht inszenieren: Kleinhandel, Gartenbau, Bildungs- oder religiöse Einrichtungen usw.

Diese Rollenteilung hat in vielen arabischen und asiatischen Städten bereits Tradition. So beschreibt Kumar Bose (1965: 77ff) Kalkutta so: „Im alten Stadt-

kern leben bengalische Hindus, die sich hier seit je mit Geld- und Immobiliengeschäften befassen ... (sowie) die Kaste der Messingschmiede und Metallarbeiter. In einigen südlichen Vierteln leben Sikhs, die mit Vorliebe in Transport- und anderen Industriebetrieben arbeiten ... Im Südwesten und Süden des Stadtkerns hat die Handel treibende moslemische Mittelschicht sich ausgedehnt, im Nordosten liegen die Mietshaus- und Slumviertel der ärmeren Tagelöhner usw.“

In einem solchen Geflecht verlieren die alten kolonialen Stadtzentren ihre Rolle als oberste Ebene der Hierarchie. Sie fungieren schlicht als Gebiete, die besondere Güter und Leistungen nachfragen und anbieten. Der einsinnige Maßstab, an welchem eine Hierarchie zu messen wäre, geht dabei verloren. Ähnlich wie in historischen Stadtkulturen bewirkt die Vieldimensionalität der Funktionen, daß trotz unterschiedlicher Größe und Wichtigkeit der Einheiten eine netzartige, acephalische Siedlungsstruktur entsteht.

Gesellschaftlicher Surplus und Subsistenz

In den historischen Stadtsiedlungen sind es die Kirchen, Moscheen, Tempel, Versammlungshäuser, Markthallen, Brunnen usw., welche den Siedlungscharakter symbolhaft und faktisch bestimmen. Sie sind ihrerseits das Ergebnis der Akkumulation von gesellschaftlichem Surplus oft über viele Generationen hinweg. Es wäre vermessen, schon nach einer Generation in den heutigen Einheiten, die oft nicht viel mehr als Elendsquartiere sind, vergleichbares zu erwarten. Manifestationen gemeinschaftlicher Anstrengungen sind aber vielerorts zu finden. Im islamischen Milieu von Dakar bis Djakarta dürfte kaum ein Quartier ohne Moschee sein, und die meisten afrikanischen Nachbarschaften verfügen über Versammlungshallen oder ähnliches. In Lateinamerika liegen die Prioritäten eher bei Kindergärten oder Ausbildungsstätten. (Schütz 1987, B. Turner 1988)

Was jeweils von den Siedlungen angestrebt und unter oft nicht geringen Anstrengungen verwirklicht wird, hängt auch von den Möglichkeiten des jeweiligen politischen Systems ab. In Zambia etwa werden die Dörfer dazu gedrängt, Schulgebäude in Selbsthilfe zu bauen, den Stadtquartieren wird dies jedoch verwehrt. Die Politiker wollen sich nicht entgegen lassen, hier medienwirksam als Wohltäter aufzutreten. Ein in diesem Verfahren von der Stadtverwaltung geliefertes Schulgebäude läßt die jeweilige Einwohnerschaft jedoch gleichgültig. Im Sanierungsprojekt des Stadtteils Kalingalinga dagegen wurde von der Bevölkerung zwar ein Anteil an Selbsthilfe bei Bau und Unterhaltung der neuen Schule gefordert, ihr dafür aber die Entscheidungskompetenz hinsichtlich Lage, Grö-

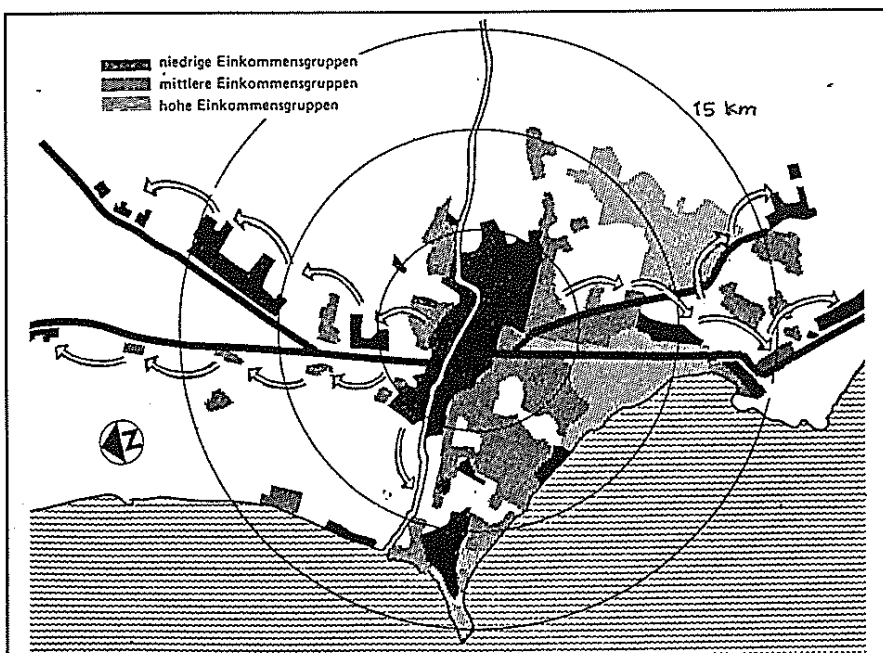


Abb. 8 Siedlungsnetz Lima

(nach Benevolo 1983)

ße und Ausstattung gelassen. Die Folge war, daß sie diese Schule nicht nur individuell gestaltet hat, sondern sie seither liebevoll pflegt. Ob derartige Identifikationsobjekte entstehen, hängt also von dem politischen Rahmen ab, der erlauben muß, die Anstrengungen der Einwohnerschaft zu sammeln und auf bestimmte Objekte auszurichten. Die dafür erforderlichen Entscheidungs- und Durchführungskompetenzen vor Ort zu lassen und nicht zu zentralisieren, fällt hierarchischen Systemen besonders schwer.

Physische Identifikationsobjekte sind jedoch nur eine Möglichkeit des Quartiers seinen Surplus mit seiner Selbstinszenierung zu verbinden. Eine weitere ist die Gestaltung von Ereignissen wie religiöse Feste, Wahlveranstaltungen oder auf die Ebene des Quartiers gehobene *rites de passage*, wie Begräbnisse, Hochzeiten und dergleichen. Über die Art dieses Einsatzes des Surplus habe ich in meinem Bericht über das Quartier Gounass in Dakar berichtet. (Oestereich 1987b) Eindrucksvoller noch war mir eine feierliche Hochzeit in der gemischt-ethnischen Squattersiedlung Limao in Kuala Lumpur, welche die malaysische und die chinesische Bevölkerungsgruppe für einige Tage zu einer emotionalen Einheit brachte.

Werden solche Manifestationen der Verwendung des Surplus leicht übersehen, dann erst recht der gesamte Subsistenzbereich. Dabei ist er und sein Verhältnis zur überlokalen Ebene bedeutsam für den Charakter einer städtischen Siedlung. Bei den Griechen war die Subsistenz dem Großhaushalt überlassen, der als ganzer mit seinen Abgaben die *polis* und die mit ihr verbundene Akkumulation gesellschaftlichen Surplus trug. Im Mittelalter wurde die Subsistenz neben dem Haushalt auch durch den lokalen Markt gesichert und der Surplus über diesen und den Fernmarkt abgeschöpft. Daß heute die Befriedigung der Grundbedürfnisse und der Subsistenz neben dem Gesamtsystem Weltwirtschaft noch immer von lokalen Kreisläufen, etwa in Form des „informellen Sektors“ und darüber hinaus gar von der Produktion der Haushalte selbst abhängt, wird oft ignoriert (10): „In Lusaka bauen fast 45 Prozent der Familien mit niedrigem Einkommen Nahrungsmittel im Hinterhof, Vorgarten oder auf einem Feld am Stadtrand an. Dazu kommen 15 Prozent, die an beiden Standorten produzieren. Gartenbau ist eine durchaus effiziente Strategie. Mit geringem Einsatz, unterstützt von Familienleistungen und örtlich erprobten Techniken, vermag er einen Teil der Grundbedürfnisse der Familien mit geringem Einkommen befriedigen.“ (Sanyal 1990)

Darüber hinaus hat diese Wirtschaftsform positive Auswirkungen auf die Umwelt. Die Squattersiedlungen Lusakas sind voller Guavabäume, Maulbeerhecken und Bananenstauden längst ehe die Häuser in dem angestrebten Zustand sind. Auch

der Stadtteil Villa el Salvador, gegründet als Stadt in der Wüste, sieht heute eher einer Oase ähnlich. (B. Turner 1988) Von zunehmendem Umweltbewußtsein berichtet auch Eike Schütz (1987: 185ff) am Beispiel der Siedlung Bosques de Pedregal in Mexiko-Stadt, die durch Landbesetzung entstanden war. Von Vertreibung bedroht, da in einem Wassereinzugsgebiet gelegen, sind „die Siedler sich der ökologischen Problematik sehr bewußt (und) ... versuchen, den Umweltschutz mit produktiven Maßnahmen zur Verbesserung ihrer sozialen Situation zu verbinden.“ Dazu dienen u.a. ein neuer Typ biologischer Kleinkläranlagen, in welchen Wasser für die Gärten wiedergewonnen und das zurückbleibende Substrat als Dünger verwandt werden kann, sowie das Pflanzen von Nutzbäumen: auf den Wohngrundstücken und die Zucht von Kleintieren.

In den sumpfigen Ebenen im Osten der Stadt Kalkutta entstand im letzten Jahrzehnt der Stadtteil Dhapa mit mehreren hundert Siedlergruppen und mehr als einer Million Einwohnern, die intensiv die Produktion von Gemüse für die anderen Stadtteile betreiben und mit ihrer Fischzucht die Nachfrage teilweise der Stadt befriedigen. Von der Herstellung von Kompost aus biologischem Abfall leben ebenfalls 25 000 Einwohner. (Furedy 1989)

Die Einwohner dieses neuen Stadtteils hatten sich damit eine Lücke im bereits vorher schon arbeitsteilig aufgeteilten Gebiet der Stadt erschlossen und aufgefüllt. Genau dieses ist der Vorgang, durch den auch in der Natur symbiotische Beziehungen entstehen. Als solche, als Versuch, nicht nur zu addieren oder zu subtrahieren, kann man die Tendenzen vieler Siedlungseinheiten interpretieren, spezifische Rollen zu finden und, überhöhend vielleicht, zu inszenieren.

Die Perspektiven eines neuen Konzeptes von „Stadt“

Um die Parallelität der geschichtlichen und gegenwärtigen Siedlungsformen in dem zur Verfügung stehenden Rahmen herauszustellen, mußte ich eine Reihe von Aspekten ausblenden. Beispielsweise sind die Quartiere heute wie die Städte früher in sich selbst hierarchisch gegliedert; jede Einheit ist zusammengesetzt aus Untereinheiten; diese sind es ihrerseits bis die Ebene der unmittelbaren Nachbarschaft erreicht ist. (Oestereich 1987a) Edith Ennen (1974: 111) bezeichnet die territoriale Determinierung bis hinunter zur Nachbarschaft sogar als ein „nicht weiter ableitbares Urphänomen jeglicher ländlicher wie städtischer Gemeindebildung ... (als) Zusammenschluß der Nachbarn, der Geburen, der vicini. Sie ist in ganz Europa — in Köln und Soest wie in Genua — Grundlage der Sondergemeinden bzw. Sonderbezirke innerhalb der Stadt.“ Diese Hierarchie ist

geographisch, aber territorial beschränkt, formal, aber funktional unbestimmt.

In einer umfassenderen Darstellung des Problemfeldes wäre sodann dem Umstand Rechnung zu tragen, daß es oberhalb der Stadtquartiere die Ebene der Stadtverwaltung gibt. Wie ineffizient auch immer diese — nicht nur im Süden — sein mag, ihre Wirkungen auf die Siedlungseinheiten sind verschieden von denen etwa der Staatsinstanzen des Mittelalters auf die damaligen Städte. In aller Regel folgen sie Routinen, die nicht nur jede Selbstbestimmung von Quartieren, sondern auch jedem eigenständigen Funktionieren, besonders jeder Tendenz zu Symbiosen entgegenwirken. Im übrigen waren natürlicherweise die Interessen der damaligen Feudalherren als Widerpart der Städte andere, als die der industriegestützten Mächte des Nordens als Widerpart der Metropolen des Südens heute, abgesehen davon, daß sich Weltwirtschaft, Medienlandschaft, Transportbedingungen und vieles andere seither grundlegend geändert haben.

Entscheidend ist, daß in den von ökologischen Katastrophen bedrohten Agglomerationen des Südens nicht wenige der am meisten betroffenen Menschen die Gefahren sehen und darauf zu reagieren versuchen — in aller Regel auf der Ebene der Nachbarschaft, der bodenbezogenen Siedlungseinheit. Umweltbewußtsein findet sich zunehmend bei den Mitgliedern der lokalen Führungsgruppen, die, weil die Bevölkerung selbst oft nicht der jeweiligen Hochsprache mächtig ist, als Vermittler und Übersetzer gebraucht werden. Ihre entscheidende Wirkung, die außer von ihrer Person und dem Legitimationszusammenhang, d.h. auch von Charakter und Identität der Territorialeinheit bestimmt wird, besteht in der Veränderung der individuellen und der kollektiven Verhaltensmuster. Um aber dauerhaft umweltbewußt handeln zu können — durch Umschaltung von der Maximierung von Produktion und Konsum auf die Minimierung von Energie- und Wasserverbrauch und Abfällen aller Art mit dem Ziel, nicht nur den gegenwärtigen kritischen Zustand zu halten, sondern die Tragfähigkeit für zukünftige Generationen zu erhöhen —, ist die Kooperation mit den Nachbarn im Viertel und zwischen den Vierteln unabdingbar.

Daß „urban“ nicht die Produktion von Subsistenzgütern ausschließt, nicht einmal die Teilnahme aller Einwohner an der intellektuellen Kommunikation voraussetzt, habe ich oben gezeigt. Jetzt wird deutlich, daß „urban“ meint, daß jeder Einwohner immerhin virtuell erreichbar für Anforderungen zu Verhaltensänderungen sein muß. Die dafür notwendige Flexibilität bringt er in dem Maße mit, in welchem er modebewußt und trendgeneigt eingestellt ist. In letzter Konsequenz heißt dies, daß umweltbewußtes, zukunftsbeständiges Siedeln nur in einer urbanen Gesellschaft zustande kommt.

Dies ist, kurz und grob skizziert, der Zusammenhang, den Stadtplanung heute zu berücksichtigen hätte. Die hochaggregierte Sicht mit volkswirtschaftlichen, geographischen oder regionalwissenschaftlichen Variablen ist als Beziehungsrahmen sicherlich notwendig. Sie jedoch zum Ausgangspunkt für Planung zu nehmen unterstellt jenen kausalen oder doch wenigstens mit statistischer Wahrscheinlichkeit determinierten Zusammenhang, welcher die Perspektive individueller Handlungsmotive, der Verhaltensänderung und der Öffnung symbiotischer Zusammenhänge verweigert, und deshalb den Zugang zu jedem Handlungsbezug verbaut.

Aber auch Ansätze, welche soziale, psychologische und ästhetische Aspekte bei der Betrachtung der Stadteinheiten berücksichtigen, lassen nur die historische Betrachtung, d.h. die abgeschlossenen Vorgänge von außen, zu: die Stadt als

„Behälter“ für die jeweilige Gesellschaft (Mumford 1961: 119) oder allenfalls als Ameisenhaufen, welcher sich wohl abgegrenzt durch endogene und ektogene Faktoren beschreiben läßt. Diese Sicht von außen hat auch der Planer, wenn er sich in der Lage sieht „...einige der offenbar notwendigen, aber auch heiklen Entscheidungen (zu treffen) zwischen sozialen und privaten Aufwendungen, zwischen lang- und kurzfristigen Investitions- und Unterhaltungskosten und zwischen sozialen, ökonomischen und politischen Erwägungen.“ (Rodwin in Weitz 1973:283)

Wenn soziale Bewegungen heute diese Sicht ablehnen, haben sie verstanden, daß es auf Verhaltensänderungen ankommt und daß sich diese nur mit einem Ansatz „von innen“ bewirken lassen. Meine Absicht war, einige Hinweise auf notwendige Elemente eines solchen Ansatzes zu geben.

Anmerkungen

1) Deshalb bedeutete gesellschaftliche Entwicklung auch immer eine steigende Bestandsgefährdung. Vermutlich hat es auch beim Experimentieren mit neuen Ackerbauformen in geschichtlicher und in vorgeschichtlicher Zeit Zusammenbrüche lokaler Ökosysteme gegeben, die aber überwunden und vergessen wurden, da sie nur geringe Flächen und kleine Menschengruppen betrafen. (Messerli, A. / Bisaz, A. et al. 1986) Heute werden wir in Kalimantan und am Amazonas Zeuge von Zusammenbrüchen weiträumiger Ökosysteme als Folge unangemessener Landbewirtschaftungsformen — mit globalen Auswirkungen.

2) Eine systematische Erörterung des acephalischen Prinzips ist mir nicht bekannt. Völker, die als politisch segmentiert oder acephalisch gelten, werden u.a. diskutiert bei M. Fortes/E.E. Evans-Prichard (1940) oder R. Firth (1948).

3) Ein alternatives Ordnungsprinzip, das als großartiger galt, war die großräumig amphitheatralische, im einzelnen aber unregelmäßige Anordnung repräsentativer öffentlicher Gebäude, wie sie in Halikarnassos und Pergamon realisiert wurde. (vgl. Kolb 1984:82f)

4) Das Konzept der „Sozialbindung des Eigentums“, wie es im Grundgesetz der BRD formuliert wurde, ist ein schwacher, das der Nationalisierung von Grund und Boden ein radikaler Versuch, einen modus vivendi zu finden. Kein Konzept konnte bisher überzeugen.

5) Die Geschlechtertürme in Italien und Südfrankreich, die sowohl repräsentative als auch strategische Funktion in den Geschlechterkämpfen haben, zeugen von den Schwierigkeiten dieser Sozialisation.

6) Selbst wichtige Städte wie Soest und Speyer stagnierten und versanken in Bedeutungslosigkeit. Ein Hauptort wie Wisby auf der Ostseeinsel Gotland verfiel völlig.

7) Warum im Frühmittelalter, als ein schwunghafter Sklavenhandel zwischen den Anbietern in den osteuropäischen („slavischen“) Ländern und den Abnehmern in den arabisch beherrschten islamischen Gebieten, besonders Spanien, stattfand, sich in Europa Sklavenhaltung nicht einbürgerte und sogar die römische Tradition der Sklavenhaltung verschwand, scheint mir nicht hinreichend erforscht.

8) NRO, in der englischen Abkürzung NGO, also kirchliche oder philanthropische Organisationen wie Misereor oder Oxfam, um nur einige bekannte zu nennen. Zur Problematik der Zusammenarbeit mit lokalen Gruppen vgl. u.a. White (1989)

9) Erhöhungen der Wohndichte finden sprunghaft statt, wenn die Einwohner zusammenrücken und Mieter aufnehmen, wenn die Eigentümer ausziehen und an eine neue Schicht armer Familien vermieten, die dann nur noch für ein Minimum an Fläche bezahlen können. Ich habe dies einen Wechsel im Aggregatzustand genannt. (Oestereich 1987a)

10) Als „Nahrung-Energie-Komplex“ wird das Thema zunehmend diskutiert. (Monlik 1987; Finquelievich 1988; Tricaud 1988; Silk 1988)

Literaturangaben

Siedlungsstrukturen /Umwelt allgemein

Thünen, Heinrich von (1827), Der isolierte Staat in Beziehung zu Landw. und Nationalök., Hamburg

Firth, Raymond (1948), Essays on Social Organisation and Values, Oxford

Fortes, M./Evans-Prichard, E.E. (1940), African Political systems, London

Polanyi, Karl (1974), The Great Transformation, Wien (Europa)

Sjöberg, Gideon (1960), The Preindustrial City, New York (Free Press)

Mumford, Lewis (1966), The City in History, Harmondsworth (Pelican)

Benevolo, Leonardo (1983), Die Geschichte der Stadt, Frankfurt/New York (Campus)

Messerli, A./Bisaz, A. et al. (1986), Umweltprobleme in der Entwicklungszusammenarbeit, Bern (DDA)

Silk, Dana (1989), Alternative Urban Development Strategies, Paris, mimeo — UNU/FEN

Oestereich, Jürgen (1989), Unfreiwillige Umweltlabbors; Versorgungsempässe ... in: Der Überblick 88/4: 33—39

Einige nicht-klassische antike Stadtkulturen

Lazzari, Paul (1973), Eine Maya-Stadt im Herzen des Dschungels in Guatemala, in: Antike Welt 73: 41—44

Pendergast, D.M. (1973), Altun Ha — Die Maya-Stadt der Sonne, in: Antike Welt 73: 24—40

Hardoy, Jorge (1967), Urban Planning in Pre-Columbian America, New York (Braziller)

Ghosh, A. (1973), The City in Early Historical India, Simla, Indian Instit. of Advanced Studies

Basham, A.L. (1959), The Wonder That Was India, New York (Grove)

Mabogunje, A.L. (1962), Yoruba Towns, Ibadan, London (Ibadan U.P.)

Die griechisch-römische Stadtkultur

Weiss, Egon (1923), Griechisches Privatrecht auf rechtsvergl. Grundlage, Leipzig

Rostovtzeff, Michail I. (1955), Gesellschafts- und Wirtschaftsgeschichte der hellenistischen Welt, Darmstadt, Wissensch. Buchclub

Szllágyi, János (1961), Zur Frage der durchschnittl. Lebensdauer i.d. röm. Kaiserzeit, Berlin, Deutsche Historikergesellschaft; ed. Sozialökonom. Verhältnisse.

Finley, Moses I. (1963), The Ancient Greeks, Harmondsworth (Penguin)

Finley, Moses I. (1976), Politics in the Ancient World, Cambridge (Camb. U.P.)

Finley, Moses I. (1977), Die antike Wirtschaft, München

Kolb, Frank (1984), Die Stadt im Altertum, München (Beck)

Die arabisch-islamische Stadtkultur

Le Tourneau, Roger (1949), Fès avant le protectorat, Casablanca

Hitti, Philip (1968), History of the Arabs, London (Macmillan)

Lazarev, G. (1968), Les concessions foncières au Maroc, in: Annales marocaines de sociologie 68/2, 114—129

Tekeli, I. (1971), The evolution of spatial organisation in the Ottoman Empire... in: Ekistics 31: 51—71

Bianca, Stefano (1975), Architektur und Lebensform, Zürich (Artemis)

Fischer, Rudolf (1984), Korallenstädte in Afrika — die vorkoloniale Geschichte der Ostküste (Müller)

Ghirardelli, G./Nippa, Annegret (1984), Aleppo: Tradition und Gegenwart einer urbanen Gesellschaft, Berlin; Ernst, Rainer W.; ed. Stadt in Afrika, Asien und Lateinamerika 4

Die mittelalterlich-europäische Stadtkultur

Pirenne, Henri (1971), Les villes du moyen age, Paris (PUF)

Pirenne, Henri (1968), Wirtschaftsgeschichte des europäischen Mittelalters, München

Rörig, Fritz (1964), Die europäische Stadt im Mittelalter, Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht)

Herzog, Erich (1964), Die ottonische Stadt, Berlin (Mann)

Ennen, Edith (1972), Die europäische Stadt des Mittelalters, Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht)

Elias, Norbert (1977), Über den Prozeß der Zivilisation, Frankfurt (stw 158/9)

Braunfels, Wolfgang (1979), Mittelalterliche Stadtbaukunst in der Toskana, Berlin (Mann)

Braudel, Fernand (1979), Les structures du quotidien (Civilisation matérielle...), Paris (Colin)

Die metropolitanen Strukturen im Süden allgemein

Arbeitsgruppe Bielefelder Entwicklungssoziologen; ed. (1979), Subsistenzproduktion und Akkumulation, Saarbrücken (Breitenbach)

Rauch, William (1984), Die Urbanisierungsform Metropole am Beispiel Bangkok ..., Berlin; Ernst, Rainer W.; ed. Stadt in Afrika, Asien und Lateinamerika 2

Oestereich, Jürgen (1980), Elendsquartiere und Wachstumspole; Beiträge z. räuml. Planung, Köln (Kohlhammer)

Herrle, P./Lübbe, H./Rösel, J. (1981), Slums und Squatter-Siedlungen; Thesen zur Stadtentwicklung und Stadt, Städtebauliches Institut

Weitz, Paul (1973), Urbanization in Developing Countries: The Rehovot Conference, New (Praeger)

UNCHS (HABITAT) (1982), Survey of Slum and Squatter Settlements, Dublin (Tycocooly)

Turner, Bertha, ed. (1988), Building Community: A Third World Case Book, London (Building Community)

White, Benjamin (1989), International Experiences with NGOs Active in Developing Countries, in: TRIALOG 22: 6—11.

Bose, Nirmal Kumar (1967), Calcutta: A Premature Metropolis, in: Cities: A Scientific American Book: 67—85

Blenk, J. (1974), Slums und Slumsanierung in Indien, Wiesbaden, Deutscher Geographentag Kassel 1973, Tagungsbericht

Payne, Geoffrey K. (1977), Urban Housing in the Third World, London (Mansell)

Monlik, T.K. (1985), Integrated food-energy systems in Indian cities, Paris, UNU/FEN

Mohandas, Shashikant K. (1987), Selbstorganisation — Selbstentwicklung: Ganeshnagar, in: Trialog 15, 9—11

Furedy, Christine (1989), Appropriate Technology for Urban Wastes in Asia, in: BioCycle 3,3 56—60

Siedlungsstrukturen im afrikanischen Raum

Stren, R./White, R.R. (1989), African Cities in Crisis: Managing Urban Growth, San Francisco/London

Oestereich, Jürgen (1987), Das Quartier als Siedlungseinheit: Kollektive Selbstbestimmung, in: Trialog 15, 16—14

Oestereich, Jürgen (1987), Self-Controlled Development and Government in Urban Communities, in: African Urban Quarterly 87/3: 251—256

Tricaud, P.-M. (1987), Urban Agriculture in Ibadan and Freetown, Paris, UNU/FEN

Sanyal, Bishwapriya (1990), Urban Cultivation Berlin, Paper presented at TRIALOG-Conference

Siedlungsstrukturen im lateinamerikanischen Raum

Schütz, Eike J. (1980), Von Bauhöfen und Barfußarchitekten in den Spontansiedlungen, in: Bauwelt 80/21: 884—885

Schütz, Eike Jakob (1987), Städte in Lateinamerika — Barrio-Entwicklung und Wohnbau, Aachen (Miserereor)

Finquelievich, Suzana (1986), Food and energy in Latin America: The urban poor, Paris, UNU/FEN

Houghton, Nicolas (1974), Vorgeschichte einer Stadtgründung, in: deutsche bauzeitschrift 1974/6: 580—584

Turner, John F.C. (1978), Verelendung durch Architektur, Reinbek (rororo A 4262)

Dörnenburg, Klaus (1988), Familiengärten in Chile, in: Trialog 17: 32—33

Gold, Eduardo F. (1988), Umweltaspekte im Pilot-Programm „Huaycan“ in Lima/Peru, in: Trialog 17: 37—39

Prof. Giulietta Fadda teaches at the Department for Urban Planning of the *Universidad Central de Venezuela* in Caracas. This article was first presented at the TRIALOG International Conference *Sustainable Habitat on an Urbanized Planet?* Berlin 19.—25. March, 1990. A more detailed study of the case *La Moran* mentioned in this article appeared in TRIALOG 13/14 (1987), pp. 12—14.

The photos of barrios in Caracas were taken by Kosta Mathéy.

TRIALOG (forthcoming)

Zusammenfassung

Der Aufsatz berichtet am Beispiel von Caracas über die Beziehungen zwischen den administrativ-politischen und den basisnahen Gesellschaftsstrukturen. Ein höherer Grad an Beteiligung an den Entscheidungen über die quartiersbezogenen Belange wird angestrebt über Einflußnahme auf die politischen Parteien, den politisch-administrativen Komplex selbst und auf die Wert- und Verhaltenssysteme allgemein. Eine Vereinigung der Bürgergruppen ebenso wie eine „Schule der Nachbarn“ dienen dazu praktisches Verhalten zu reflektieren und zu üben, professionelle Unterstützung der Belange zu vermitteln und Medienarbeit zu koordinieren. Entscheidend ist, daß die Bewegung nicht in die Verfolgung von Einzelinteressen aufspaltet.

Community Participation: A Prospective View of Alternative Strategies for Urban Development¹

Giulietta Fadda

Some planning theoreticians have questioned, since the 70's, preëxistent development models given the serious urbanization and development problems and the resulting and progressive deterioration of habitat and standard of living the current world and particularly developing countries are confronted with. Simultaneously, they have suggested the possibility of "an alternative development" or "another development" that will stress quality rather than quantity and will focus on aspirations for a fairer and a more egalitarian and democratic society. In such a development, objectives for optimization of environment and standard of living would play a capital role and distribution of services and goods would be more balanced and rationalized. These proposals mean a change in planning philosophy and all of them state that some key notions such as Participation, Democratization and Eco-development², among others, are to be included in the new model.

Within this perspective, the present paper deals mainly with the first notion, that is the analysis of Participation opportunities by local organizations being deeply involved in a given urban situation. Our considerations and inferences as to the degree of involvement of these organizations are based on the study of Venezuelan reality and some mobilizations in Caracas Metropolitan Area (CMA) and, more particularly, on a detailed analysis of the participation process of one of its neighborhood communities: the one of "el barrio³ La Morán".

On the basis of a review of the concept of Participation (Fadda, 1988/a), Pearse and Stiefel's approach (1980:95) was adopted. According to it, Participation is understood as an "encounter" (in its broadest sense: from convergence to confrontation). That is to say, as a social relationship in which processes resulting from actions promoted "from above" cannot be separated from processes coming from actions taken "from below" as being discrete. They are designed as parts of the same relationship or "encounter" of diversified interests to share the decision-making power. In the "encounter", excluded sectors are confronted with those controlling the provisions according to which it is possible to have an access to resources, services, status and power. This way of envisaging Participation makes it easier to check "the frequent anti-participation nature of established institutions, as well as the transformation of power structures as indicators of a successful participation action..." (Pearse and Stiefel, 1980) and leads to an evaluation of losses and gains from the "encounter". On the other hand, it does not reject a priori Participation coming "from below", nor Participation promoted "from above", because organized efforts might come from any side. At the same time, Participation is defined as "organized efforts to increase control over resources and regulatory institutions in given social situations by groups and movements excluded until then from such a control" (Pearse and Stiefel, 1980: 92—93).

The previous approach led us to attach much importance, in the analysis of our participation process, not only to community actions, but also to aptitudes, conception and interventions, for or against participation, by the State and ruling groups³. The reason for this is that such groups proved to be the main protagonists of the "encounter" to be studied and since their respective actions are interrelated, they are mutually determined. Consequently, the final effect of the "encounter" will not be the one delineated by any of the participants, but the erratic result of a complex relationship of multi-

directional forces. Therefore, it would be impossible to understand a participation phenomenon by approaching it from a single pole of action.

Posed in these terms, our analysis shows a series of limitations. Nevertheless, some possibilities for participation processes in our reality are already envisaged. Thinking that our remarks are likely to be beneficial to other experiences, to a possible action of communal initiatives, to local action groups and groups of cooperation in the Third World, and within our purposes of search for strategies to revert the trends of the current urbanization and development models, some recommendations are suggested.

In our opinion, in order to achieve higher levels of Participation, a fundamental requirement is to *try to fill in the gap between political society and civil society*. Therefore, it is necessary to *strengthen the latter over the former*, by having a larger participation in the decision-making process regarding specific problems. However, in our case, the evident existence of a State being traditionally strong, centralist and paternalistic in front of a weak civil society really challenges the viability of this aspiration. Besides this, there is another difficulty: the fictitious character of the so-called consensus in relation to the need for higher levels of Participation. In operative terms, this implies that civil society should be warned against a possible lack of coherence between the complaisant or even propitiating declarations made by the State and ruling groups and their corresponding behaviors and policies rather unfavorable to Participation. On the part of the State, some recurrent attempts at co-optation⁶, to establish "clientelism relationships" and, in general, to transform a more structural community struggle into mere claims are foreseeable. Given these circumstances, the community has to reach higher degrees of social organization and self-empowerment. (Friedmann, 1988).

Being the main participants in our "encounter" always the State and the ruling groups "from above", and some sectors of the civil society "from below", it should be agreed that *for a mutual approach, actions should come from both parties*. Nevertheless, given what was already mentioned, it is seemingly very unlikely that the redistribution of power involved in Participation be undertaken spontaneously from the top. An indispensable requirement and a first priority to achieve

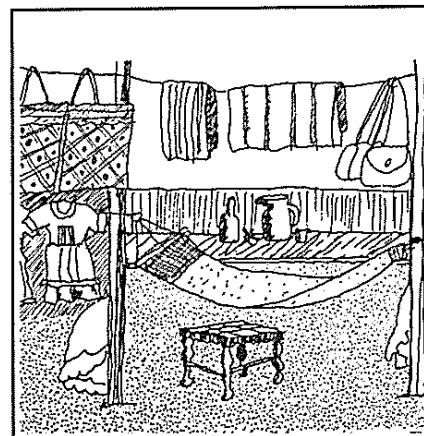
it would then be a *constant pressure through a stable organization and mobilization of civil society*. Obviously, a process of this sort means conflict, since power transfer from centers has not been usually and historically gratuitous, but grievously conquered. This conquest may need long periods of struggle and its possibilities and terms will largely depend upon the government system. The latter represents a transcendental element and those countries that are living under a democratic regime will be more likely to consider the possibility of obtaining an improvement in this sense than those that are not.

In spite of the democratic character of the reality studied, in the analysis of the Venezuelan hegemonic parties' discourse, it was found that their respective concepts of Participation and their corresponding behaviors obstruct the occurrence of substantial changes in the application of governmental strategies and policies rather than facilitate them. Furthermore, such conceptions tend to legitimize the parties themselves and generally result in assistance and paternalistic actions regarding communities. Therefore, as long as this behavior will not be modified, Participation levels encouraged by these groups will still be the lowest ones. In our opinion, this behavior can be modified, either by the group's internal initiative, through civil society's pressures or changes in the ruling hegemonic groups. What follows is a discussion about the three options mentioned above, which would not necessarily be exclusive to each other.

First, parties usually split, at an internal level, into factions that are more open to power socialization than the hegemonic ones. Therefore, a reconditioning of power relations within those ruling groups could determine a change in their (internal and external) policy regarding Participation. A way to cooperate could be to encourage an awareness, within these groups, about the conceptual and practical importance of a real and non-ideologized Participation.

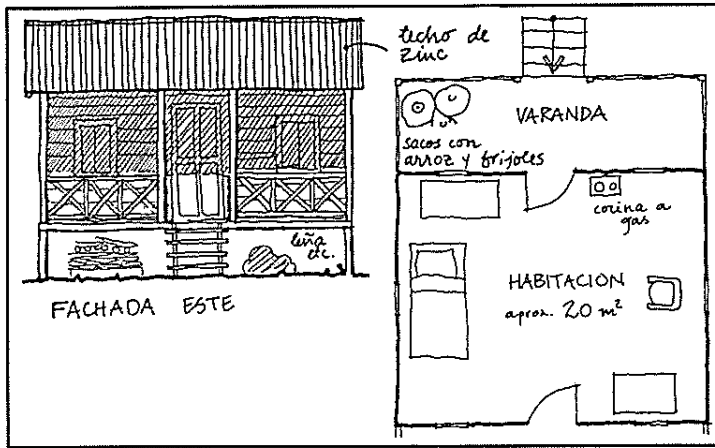
It is obvious that this aspect is closely linked to the second one. That is, to the external pressures exerted by civil society and acting as catalysts for the political society's internal processes. This is a key point for the objectives of the present paper. In this regard, it has been observed that different Latin American countries are going through, both at national and local levels, a significant and

strong social process requiring larger Participation. This process has proved considerable in urban areas. In our case, the community managed to seldom impose its criteria on the decision-making process and, if that force opposing the State intervention had not existed, the final result would have been very similar or equal to the line drawn (or to the one not drawn) by the State. This implies *the existence of some conjunctures favorable to a transfer of power*. Even though these are usually temporary circumstances, their presence could even be more stable. Therefore, emphasis should be put on the hypothesis according to which *a conjunction of this type of actions should lead to a modification of the civil society/State relationship as well as to a reduction of the gap between both agents*. Consequently, it should make it possible to open new Participation channels. This phenomenon allows to predict the possibility of a progressive influence by urban civil society on political society and the resulting feedback of the participation process. Besides, it allows to show optimism regarding the possible evolution and development of urban participation processes since, as it was already said, civil society's dynamism represents an indispensable requirement and a priority to develop Participation. Therefore, in our opinion, *vital importance should be attached to this avenue, already started in some realities, for it to be more activated, promoted and improved, or to become extensive to other areas less organized*. In this regard, information about and dissemination of Participation experiences would be highly interesting. To analyze and evaluate their successes and failures could also be useful in order to learn from these experiences and not to repeat the same mistakes. Similarly, a suitable cooperation system in this sense could be to look for new ways of assistance and training.

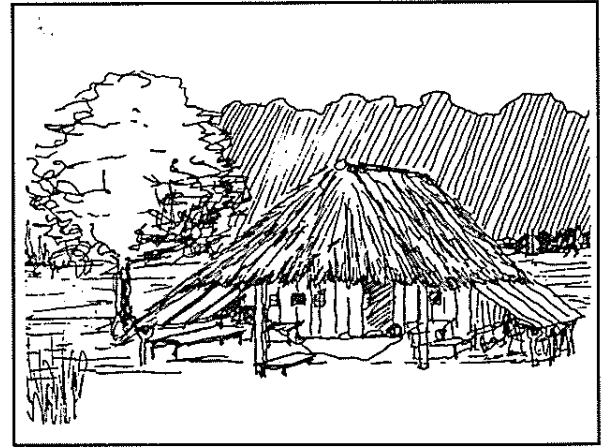


Traditional living

(M. Curutchet)



(Drawing: M. Curutchet)



(Drawing: M. Curutchet)

On the other hand, since, in our opinion, a hypothetical conjunction of movements could lead to a proliferation of Participation spaces, it would be advisable to promote in these community improvement plans the coordination, the integration and the confederation of different isolated initiatives. In this sense, there is a rather positive experience in Caracas: the "Federación de Asociaciones de Comunidades Urbanas (FACUR)" (Federation of Urban Community Associations), which has been efficient and influential, and has conquered significant levels of power, for it has been able to impose some criteria on matters of great importance such as the Organic Law of Municipal Regime or the Law for Elections. As Geigel Lope-Bello (1979) has pointed out, FACUR was born thanks to the "belief that an effective protection of its interests depended upon the organization of a common front. Therefore, the concept of establishing a single agent to represent residential organizations as a whole grew and developed. At any time, the grounds for solidarity were strictly pragmatic: "United we stand, divided we fall". In 1971, the Federation of Urban Community Associations (FACUR) was founded." (page 143) "...its activities focused on four main areas: against the systematic violation of national laws, ordinances and other regulatory instruments for urban development, in favor of a higher juridical and administrative rationality in city-planning management and, particularly, in the reform or adaptation of new legal texts and of Caracas metropolitan integration, in favor of more honesty in the fulfillment of public functions by councilmen, and for a more active community participation, both in the election of authorities and in the decision-making process" (p. 145). In the last ten years, FACUR has developed considerably: in 1979, membership was of approximately 50 and today (1989) is over 200.

Regarding this same aspect and in more general terms, it is worth pointing out that since, in our opinion, the neighborhood movement in our realities is far from giving rise to political parties, it only plays a part in civil society, and within its boundaries the strengthening of such movement appears to be a priority objective. This implies its mobilization in pursuit of conquest and transfer of power shares from the State to said movement.

Concerning the change of hegemonic groups at national level, that is the third aspect, it surpasses the expectations of the study undertaken. However, it can briefly be said that, presumably, as governments will present more socializing ideas, there may also be a larger distribution of decision-making power, thus strengthening Participation.

From the viewpoint of communities' actions, it should be first stressed the importance of becoming aware that it is almost impossible for those communities to be spontaneously granted "from above" the right to participate in decisions affecting them. Therefore, communities' organization and mobilization require again unavoidably Participation "from below". The School of Neighbors in Caracas is one example of a community organization aiming at, among other things, creating awareness about community problems. Said School was founded in 1980 with the participation of neighborhood leaders. It tries to pass on experience from leaders to neighbors and to teach them their duties and rights as well as how to put them into practice. At present, the School covers three areas:

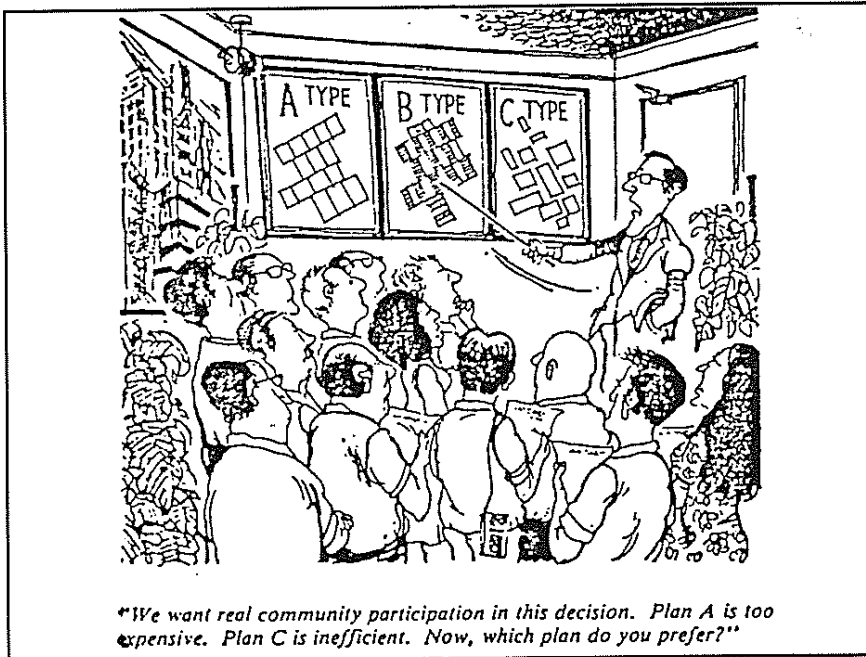
- 1) Training workshops on organization of Neighborhood Associations, city planning for neighbors, basic laws of interest, etc.;
- 2) Professional assistance by different types of experts: lawyers, engineers,

architects, city planners, sociologists, economists, etc.; and

- 3) Information through a Documentation Center, radio programs and publications.

With respect to the importance of mobilizations, it has been observed that the moment they leave aside the objectives referred to their fundamental civil, cultural, educational, social, and medical care rights and start dealing with mere claims, organization weakens and loses the higher levels of participation acquired. An involution occurs then in the power relations reached and the State is therefore more likely to assimilate and co-opt such organization. Consequently, mobilizations tend to become less important when they start dealing with mere claims. Nevertheless, it is obvious that poor communities are more likely to organize themselves to tackle and try to solve their most pressing and contingent material problems. Thus, it is necessary to insist on the convenience of dealing with more transcendental objectives going beyond mere claims, even among the most indigent communities. Again, self-training and educational communal organizations are useful tools. As Villasante points out (w/d), "the challenge is to form responsible citizens so that with everybody's help it will be possible to recover the quality levels of what is urban".

Some drawbacks detected in the analysis of our case and that are usually common in this sort of processes are also very instructive. One of great importance is isolation from other communities. This isolation may favor the achievement of immediate claim objectives, but it is counter-productive to more significant aims which could result in a more structural participation process. This drawback should be considered and overcome for a hypothetical conjunction of mobilizations.



Another drawback, considered as such by the protagonists themselves of the case under study, was the absence of a well-trained raising generation of leaders that would contribute, among other things, to the permanence of such movement in time.

In spite of such constraints, many mobilizations give rise to *moments of self-empowerment, in which the community manages to modify State policies and assumes the making of some decisions*. These moments and their corresponding strategies are the ones that show the potentiality of community initiatives. This is the reason why they should serve as a demonstration to other communities. It is worth mentioning that "*moments*" and/or "*conjunctures*", rather than stable or definite situations, have been dealt with for this transfer of power because they are not usually permanent in time. Nevertheless, each "moment" is a contribution to the general progress of the process and since it goes backwards and forwards, going forwards should be stressed over going backwards. Besides, the moments and strategies mentioned above *should be intended to last longer*, so that the highly desirable reduction of the gap between political society and civil society could also become more definite. *The conjunction of mobilizations could leave more room for Participation and, in the same fashion, extension of participation effects in time could give more stability to it*. If participation practices last longer and occupy more spaces, they will develop and reduce such gap.

Finally, the "encounter" between civil

society and political society definitely guarantees higher levels of participation, thus developing this strong social process, as a higher disposition to reclamation "from below" will be accompanied with an opening to these strategies at the top. According to our concept of "encounter", there is a mutual stimulation and feedback between both processes.

However, historically, actions and strategies "from below" have been the ones that have made it possible to defeat inertia at top levels. This highlights the capital importance initiatives from communities have. Such initiatives should be supported and promoted by avoiding, nevertheless, any type of coercion, co-optation, "clientelism" or any other form of intervention alien to the organization.

Furthermore, the foregoing seemingly means that educational community processes play a key role in action and cooperation for communal initiatives. However, in our opinion, speaking about education, in this context, is a "double-edged knife" since it is easy to start ideologizing and stimulating interferences foreign to the group. This is another limitation to be considered when taking the necessary steps. Community Participation experts should include research on, analysis and dissemination of those initiatives in educational programs because such Participation, through the scientific study of cases and the contribution of theoretical, explanatory, appraising, critical and interpretive elements of reality, implies a feedback for participation praxis.

Notes

- 1 Some of the aspects discussed in this paper come from a research work conducted by the author for her Doctorate Thesis (CENDES, UCV), 1987, "Participación: Discurso Político y Praxis Urbana. Caracas, 1973-1983".
- 2 For a review of these proposals, see Fadda 1987/a: page 73 and following.
- 3 The term "barrio" (slum) in Venezuelan colloquial language gives by itself the idea of a precarious settlement.
- 4 For a specific description and analysis of the case "El Barrio La Morán" and mobilizations in Caracas Metropolitan Area, see Fadda 1987/b and Fadda 1989. For a deeper study, see Fadda 1987/a.
- 5 For an analysis of political discourse on Participation by ruling groups, see Fadda 1988/b.
- 6 The term "co-optation" has been defined as the process of absorbing new elements into the leadership or the policy-determining structure of an organization as a means of averting threats to its stability or existence (Thompson and Mc. Ewen, 1958).

References

- FADDA Giulietta. (1987/a). *Participación: Discurso Político y Praxis Urbana/Caracas (1973/1983)*. Tesis de Doctorado, CENDES, UCV.
- FADDA Giulietta. (1987/b). 'Urban Social Movements in Caracas: Their Connection with Urban Policies. A Case Study of 'El Barrio La Morán'. *TRIALOG 13/14*: 12-17
- FADDA Giulietta. (1988/a). 'Revisión crítica del Concepto de Participación como base para la formulación de un instrumento de análisis'. *URBANA 9*: 109-126.
- FADDA Giulietta. (1988/b). 'La Participación en el discurso político venezolano (1973-1983)'. *Cuadernos del CENDES 8*: 57-77.
- FADDA Giulietta. (1989). 'Participación como 'encuentro' entre el Estado y una comunidad urbana de Caracas'. *URBANA 11*: (in press).
- FRIEDMANN John. (1988). 'Del Poder Social al Poder Político. Autocapacitación colectiva y cambio social'. *URBANA 9*: 83-99.
- GEIGEL LOPE-BELLO Nelson. (1979). *La Defensa de la Ciudad*. Ed. Equinoccio. Caracas.
- PEARSE A. & STIEFEL M.. (1980). 'Participación Popular: Un Enfoque de Investigación'. *SOCIALISMO Y PARTICIPACION 9*: 89-108.
- THOMPSON J. & MC. EWEN W.. (1958). 'Organizational Goals and Environment'. *American Sociological Review*, Vol. 23.
- VILLASANTE Tomás R. w/d. *Metodología de Análisis sobre Segregación y Asociacionismo ciudadano*. Mimeo. Madrid.

AFRICABAT 1989, Erste afrikanische Messe für Bauwesen in Dakar

Größere Unabhängigkeit oder Fortsetzung der Fremdbestimmung ?

Manfred Prinz

Eine im vergangenen Jahr erstmalig in Dakar organisierte Bauindustriemesse, die ausschließlich afrikanischen Problemen des Bau- und Wohnungswesens gewidmet war, ließ ungefähr 300 Unternehmen in die senegalesische Hauptstadt kommen, um ihre Produkte und Projekte vorzustellen. AFRICABAT, eine der größten Ausstellungen in Dakar, die vom 23.-28. Januar 1989 dauerte, wurde vom Staatspräsidenten des gastgebenden Senegal eröffnet, der vor zahlreichen hochrangigen Besuchern, Ministern, Diplomaten, Experten und Funktionären der Bauindustrie auf die wunden Stellen des Wohnungs- und Bausektors insbesondere in den Ländern der Dritten Welt den Finger legte und auf die determinierenden Faktoren dieser Misere hinwies, wie das ständige Anwachsen von Elendsvierteln ohne jegliche Infrastruktur im Zuge der zunehmenden Verstädterung, Wohnungsknappheit, explosionsartiges demographisches Wachstum, Weltwirtschaftskrise, Nord-Süd-Konflikt und die wirtschaftlich asymmetrischen Verhältnisse als deren Ursache. Huldigungen an die Staatspräsidenten Seseko Mobutu aus Zaire und Abdou Diouf, der als "erster Architekt Afrikas" (unter der doppelten Anspielung auf seine frühere Funktion als Präsident der Organisation für afrikanische Einheit, O.U.A., und als erster Gastgeber von AFRICABAT) bezeichnet wurde. Preisverleihungen an wohlhabende Geschäftsleute und Architekten machten unter anderem den offiziellen Teil der die Messe begleitenden Veranstaltungen aus, die auch weitgehend das Bild, das die Medien von dieser Veranstaltung zeigten, bestimmten. Ohne dem vielleicht langfristig zu erwartenden Erfolg der Veranstaltung vorgreifen zu wollen, lassen sich hinter ihrem offiziellen, scheinbar harmonischen Gewand gewisse Widersprüche nicht übersehen:

- AFRICABAT war gedacht als eine Veranstaltung, die spezifisch afrikanische Probleme angehen wollte und sollte, die überwiegende Mehrheit der ausstellenden Unternehmen allerdings kamen nicht aus Afrika, allein Belgien und Frankreich waren mit mehr als doppelt so vielen Ausstellern vertreten wie alle afrikanischen Staaten zusammen (190 : 85). Bekannte, lokale, senegalesische Unternehmer, wie zum Beispiel einer der ältesten Steinbruchbesitzer in Bargny, der seit mehr als 40 Jahren als wichtiger Zulieferer lokaler Baustoffe gilt, waren von der Ausstellungsleitung nicht einmal über die Veranstaltung informiert, geschweige eingeladen worden.

Eine bilanzziehende Sendung des senegalesischen Fernsehens in Form einer Podiumsdiskussion war schließlich bereiter Beweis für diese zahlenmäßige Disproportion zwischen den, eine quantitativ kleine Gruppe vertretenden, wirtschaftlich aber dominanten Entscheidungsträgern aus europäischen Ländern und den für eine Mehrheit unmittelbar Betroffener sprechenden, ökonomisch aber dominierten und nicht entscheidungsfähigen Vertretern der Länder der Dritten Welt. Konstellation und Anzahl der Gesprächspartner sowie die Gesprächsstrategie waren bezeichnende Indizien für die Asymmetrie zwischen Erster und Dritter Welt: Fünf Vertreter aus Europa (Frankreich, Belgien, Italien) saßen zwei Vertretern aus Afrika (Algerien und Zaire) gegenüber, ein zahlenmäßiges Mißverhältnis, das sich notwendigerweise auch in den Redezeitanteilen niederschlug. Die deutlichen Positionen, insbesondere des algerischen Diskussionsteilnehmers, die die Ungleichheit in den wirtschaftlichen Bedingungen angriffen und eine Autonomie Afrikas im Bereich des Bauwesens für durchaus möglich hielten und forderten, kontrastierten mit den Standpunkten der europäischen Gesprächsteilnehmer, die auf langfristige Fortschreibung der Abhängigkeit Afrikas zielten, die sie mit der augenblicklichen und langfristig weiter

zu erwartenden Unfähigkeit dieses Kontinents, seine eigenen Probleme selbst in die Hand zu nehmen und zu finanzieren, begründeten.

- Zweitens war bei AFRICABAT der Widerspruch zwischen den ursprünglich, in den öffentlichen Verlautbarungen genannten und angestrebten Zielgruppen dieser Ausstellung und dem tatsächlich vertretenen Publikum flagrant. Wiederholt als Ereignis, das das Interesse sowohl der "décideurs et les professionnels" als auch des "grand public" finden werde, angekündigt, wurde dennoch laut offiziellen Angaben von Anfang an nur mit 2000 Besuchern gerechnet. Diese Zahl steht zwar in Widerspruch zu den Erklärungen, man wolle das breite Publikum ansprechen: Mit 2000 Besuchern sind nicht einmal die Fachleute, die sich für das afrikanische Bauwesen interessieren, vertreten, zieht man in Betracht, daß die Union des Architectes Africains allein etwa 20.000 Mitglieder zählt. Sie ist aber dennoch realistisch, denn hohe Reisekosten, hohe Eintrittsgelder, ein auf Fachspezialisten zugeschnittenes Programm an Vorträgen und Kolloquien, ganz zu schweigen von den exklusiven Empfängen und gesellschaftlichen Veranstaltungen hielten das "grand public" des Senegal im besonderen und Afrikas im allgemeinen eher von dem Besuch der Ausstellung ab.

Die Einbeziehung eines breiteren Publikums, so wünschenswert wie sie gewesen sein mag, ist bei derartigen Ausstellungen in Industrieländern nicht einmal zu erreichen, weil hauptsächlich Experten und Multiplikatoren und nur in geringerem Maße Kunden angesprochen werden.

Eine grundlegende Analyse der sozio-ökonomischen sozio-kulturellen Faktoren der Wohnungswesens, eine Repertorisierung der traditionellen, in Afrika verwendeten Bauweisen und Baustoffe, die Hinterfragung des konventionellen Aus-

Dr. Manfred Prinz, Universität Dakar (Senegal) und Universität Bayreuth. Korrespondenzanschrift: Klever Straße 184, 4040 Neuss 1.

stellungsmodus in Form einer Messe mit von Unternehmern eingerichteten Ausstellungsständen, Einsatz neuer Kommunikationsformen und Medien unter Berücksichtigung der hohen Analphabetenrate und charakteristischer einheimischer Kommunikationsstrukturen, sowie geographische und thematische Dezentralisierung hätten in der Vorbereitung von AFRICABAT stärkere Berücksichtigung finden müssen, wenn die Einbeziehung des "grand public" mehr als ein Lippenbekenntnis hätte sein sollen.

Ein Blick auf Wohnbedingungen und die Wohnqualität der senegalesischen Bevölkerung läßt erkennen, daß ein sehr großer Anteil noch immer nicht in festen Behausungen, d.h. aus Stein, Lehm oder Beton, wohnt und beispielsweise 70 % keinen Wasseranschluß in der Wohnung haben und 23 % über keinerlei sanitäre Anlagen (Gemeinschafts- oder Haustoilette) verfügen. Statt großartiger, luxuriöser Urbanisierungsprojekte für die Zentren der afrikanischen Metropolen, die für eine verschwindend geringe soziale Schicht von Interesse sind, wie sie auf der Ausstellung zu bewundern waren, bedarf es vielmehr tiefgreifender Verbesserungen der Wohnbedingungen für die Masse und die Basis der Bevölkerung, indem mehr angemessene Sozialwohnungen, angepaßt an die Einkommensverhältnisse der Betroffenen geschaffen werden und nicht weiter aus öffentlichen Mitteln Wohnungen gebaut werden, deren preiswerteste Mieten immer noch das Monateinkommen der meisten Senegalesen übersteigen.

Die wenig realistischen Erwartungen der Organisatoren hinsichtlich des Publikums hatten rein propagandistischen Wert. Paradoxerweise nahmen auch die Journalisten am Ende der Ausstellung jene Massen in die Pflicht, an denen die Messe vorbeiorganisiert wurde, indem sie sie als "die eigentlichen Motoren" der zukünftigen Entwicklung afrikanischen Bauwesens bezeichneten. Auch die sogenannte *Déclaration de Dakar*, am letzten Tag der Ausstellung von der Union des Architectes d'Afrique verfaßt, greift das im Vorfeld bekundete Interesse an einer breiten Beteiligung der Bevölkerung und das Verlangen nach stärkerer Berücksichtigung lokaler Baumaterialien wieder auf.

AFRICABAT, als erste internationale Ausstellung, die diesem Lebensbereich in seiner für Afrika spezifischen Problematik und Fragestellung nachgehen will, ist zugleich beispielhaft für die Asymmetrien und Defizite eines weitgehend fehl- und einseitig ausgerichteten Kommunikationsstroms, der sich durch folgende Charakteristika auszeichnet:

- Die massive Präsenz nicht-einheimischer Entscheidungsträger, vorwiegend aus Europa, steht einer Minderheit von einheimischen afrikanischen Eliten gegenüber, die ihrerseits auch – jedoch in weit begrenzterem Maße als die Europäer – als Entscheidungsträger fungieren und entweder einvernehmlich oder in latenter bis offenem Konflikt mit den europäischen "Partnern" leben. Der Begriff der "Partnerschaft" wird zunehmend in Frage gestellt und als Scheinrealität innerhalb des neokolonialen Kontexts der Abhängigkeit und ungleicher Tauschbedingungen entlarvt. Die kritischen Stimmen sind aber eher verhalten, vorwiegend ist eine allgemein harmonisierende Haltung, die das Verhältnis zwischen den einheimischen und den ausländischen Kapitaleignern und Entscheidungsträgern bestimmt.

- Eine weite Kluft tut sich seinerseits zwischen der Mehrheit der Bevölkerung und den einheimischen Entscheidungsträgern auf. Diese Kluft zwischen einheimischer Elite und Basis ist allerdings stärker markiert als diejenige, die die europäischen von den afrikanischen Entscheidungsträgern trennt. Der Masse an der Basis fehlt es nicht nur an den materiellen Voraussetzungen, sondern ihr fehlen auch die Mittel der Kommunikation zur Artikulation ihrer Bedürfnisse, Pläne und Kritik, obgleich diese Bevölkerungsmehrheit von Alters her immer Möglichkeiten zur Lebensbewältigung und zum Überleben bereithielt und nach neuen Möglichkeiten und Verbesserungen auf der Suche war und ist. Der Mangel an ökonomischem Kapital und an Möglichkeiten auf Anerkennung und Reproduktion, d.h. letztlich Konsekration, marginalisiert die Basis angesichts des ökonomisch-ideologischen Monopols einer doppelt strukturierten und doppelt abgesicherten Minderheit, die zudem nicht willens und in der Lage ist, eine Lösung der bestehenden Probleme auf breiter Basis anzubieten.

AFRICABAT ist wieder einmal ein Beispiel mehr für die Fortsetzung der Ausübung kolonial eingeübter Machtstrukturen. In dem vorgeprägten Gefüge eines auf wirtschaftlicher, politischer und kultureller Dominanz basierenden internationalen Systems, haben Afrika und die anderen Kontinente der sogenannten Dritten Welt auf lange Sicht keine Chancen auf eine endogene Entwicklung, seien die intellektuellen, kulturellen und schöpferischen Kapazitäten auch noch so groß. Bei dieser ersten Baumesse auf afrikanischem Boden waren die eigentlich Betroffenen zur Sprachlosigkeit verurteilt. Bleibt zu wünschen das AFRICABAT 1992 in Lomé afrikanischer wird als die Premiere in Dakar.



Was hat

Kokain

mit den Chancen der Linken, die nächsten

Wahlen in Brasilien

zu gewinnen, mit den

Latinos in den USA

und den

Frauenbewegungen in Lateinamerika

zu tun ?

Es sind unsere Schwerpunktthemen bis Dezember. Zusätzlich, wie immer, aktuelle Reportagen, kurze Ländernachrichten, Berichte aus der Solidaritätsbewegung, Besprechungen von Büchern, Filmen, wichtige Termine ...

Kostenloses Probeheft anfordern, am besten gleich abonnieren.

Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika

erscheint 10x im Jahr, DM 4

ila

Oscar-Romero-Haus

Heerstr. 205
5300 Bonn 1

**Widerstand
und Gesundheit
in Südafrika**

**Women's Health
and Apartheid**



*The Health of Women and Children and the
Future of Progressive Primary Health Care
in Southern Africa*

medico international

**GESUNDHEIT UND WIDERSTAND
IN SÜDAFRIKA**

Das Standardwerk, das den inhaltlichen Zugang zur sozialen Realität im südlichen Afrika eröffnet:

Die vorliegende Dokumentation eines aktuellen Workshops der Gesundheitsarbeiter der Region macht vor allem eines deutlich:

Die Frauen sind die Hauptträger des Primary Health Care Concepts (PHC) – und auch die am meisten davon Begünstigten. Südafrika ist nicht nur Schwarz-Weiß, sondern dazwischen liegen: Mittel- und Unterschichten, Frauen und Männerkader, eine Vielfalt von realer Unterdrückung. Daher redet die einzigartige Sammlung authentischer Praxisbeiträge auch umfassend von den gestaltenden »Subjekten«: Frauen.

Ihre Themen und Probleme bilden den Inhalt des Readers:

- **Gesunderhaltung und Ernährung der Familien**
- **Die Entscheidung des Krankheitsfalles**
- **Traditionelle oder europäische Biomedizin**
- **Die Ökonomie der schwarzen weiblichen Arbeitskraft u. v. a.**

Deutsche Einführung. Texte in englischer Sprache. 12,50 DM, 325 Seiten
Über den guten Buchhandel. Oder:

**medico international,
Obermainanlage 7,
6000 Frankfurt 1,
Tel. 069 / 4990041 / 2**



**Veranstaltungen
Conferences**

24. – 28.9.90, Stuttgart, West Germany: "Zwischen Baukunst und Forschung". Internationales Kolloquium im Institut für leichte Flächentragwerke, u.a. Abschiedsvorlesung des Leiters des IL, Prof. Frei Otto.
Info:
Institut für Leichte Flächentragwerke, Pfaffenwaldring 14, 7000 Stuttgart 80, Tel 0711-685 35 99.

28.12.90 – 3.1.91 in Sofia (Bulgaria): "No Boundaries – For a New ASSOCIATIONISM".
Invent a new way of life which is neither the "Western Model" nor keeps "Marxist Dogmas"!
Everyone from East Europe or anywhere else may write in English or Italian to: New Global Network, The Community Office, Birdwood House, 44 High Street, Totnes TQ9 5ES, U.K. or in Spanish, French or Swedish to
Unis Botinas, A.C. 527, E 08930 S. Adria de Besós, Barcelona, Spain

3.1.91 – 10.1.91 in Dubrovnik (Yugoslavia): "Suburban and Regional Development and Quality of Life: Global Perspectives"
To provide an international forum for reviewing the current status of suburban and regional development in interdisciplinary and global perspectives. Deadlines for contributions:
Oct. 1st 1990 Title and abstract
Nov. 1st 1990 Registration of participants
Dec. 1st 1990 3 copies of accepted paper

Contact:
Prof. Karol H. Borowski, International Center for Suburban and Regional Studies, Baltimore-Washington, P.O.Box 28060, MD 21239-8060, USA, Tel. 301 426 6062, Fax. 301 426 6221, or:
Inter-University Center, Frana Bukica 4, YU 5000 Dubrovnik, Tel. 38 502 8666, Fax. 38 502 8643

19. – 21.2.91 in La Habana (Cuba)
Conferencia Internacional "Física Ambiental para el Tropicó húmedo"
Palacio de Convenciones. Contact: Prof. Dr. Ruben Bancroft, Director, CECAT, Apartado Postal 6028, Zona Postal 19390 La Habana, Cuba, Telex 512217 BDICT CU; Fax. 208071

6.5. – 9.5.1991 in Amsterdam (Netherlands)

"One World or Several: Towards a Strategy for Growth, Sustainability and Solidarity in an Interdependent World".

20th SID World Conference. Subjects:
● Risks and Opportunities of a New Era
● Changing Global Economy and Political Order
● Human Factor and Participation
● Role of Institutions
● Peace and Disarmament
● Public and Private Responsibilities
Contact: Society for International Development, Local Chapters in every country.

9.5. – 11.5.91 in Rome (Italy): "Citizens, Societies and States". CE.R.FE. Second Session of International Forum on Development Problems. Deadline for contributions in English, French or Spanish:
Dec. 31st 1990: Title and abstract
March 31st 1990 Full text
Contact: Dr. Luciano d'Andrea or Dr. Annalisa Cicerchia, CE.R.FE., Via Flaminia 160, I 00196 Roma, Italy, Tel. 6 3200851-2-3, Fax. 6 3200853

24. – 27.6.1991 in Oslo: Housing Policy as a Strategy for Change. International Housing Research Conference. Topics:
● Housing, housing policy and social change
● Housing policy and the state
● Housing – the ecological challenge
● Evaluation of housing and housing policy US\$ 430,-. Info: DR. Per Ahrén, Norwegian Building Research Institute, P.O.Box 123, Blindern, N-0314 Oslo 3, Norway. Tel. 47 2 535880, FAX 57 2 537373.

24. – 28.7.91 in London (U.K.): Symposium on Housing Research and Design Education, Follow-up of IAPS-Symposium in Gävle, Sweden, Summer 1989. Workshop subjects:
● Changing experiences, meanings and uses of home
● Innovative design theories and methods
● Housing and home in the broader local and national context
● relationship of housing research and education
● reflexive education and professional practice

Deadlines for contributions:
14th Oct. 1990 Paper title and synopsis
14th Feb. 1991 Completes paper
14th Apr. 1991 Notification of acceptance,
14th May 1991 Payment of fees
Contact: Stuart Hogarth, CPD Centre, South Bank Polytechnic, Faculty of the Built Environment, Wandsworth Road, London SW8 2JZ, U.K.

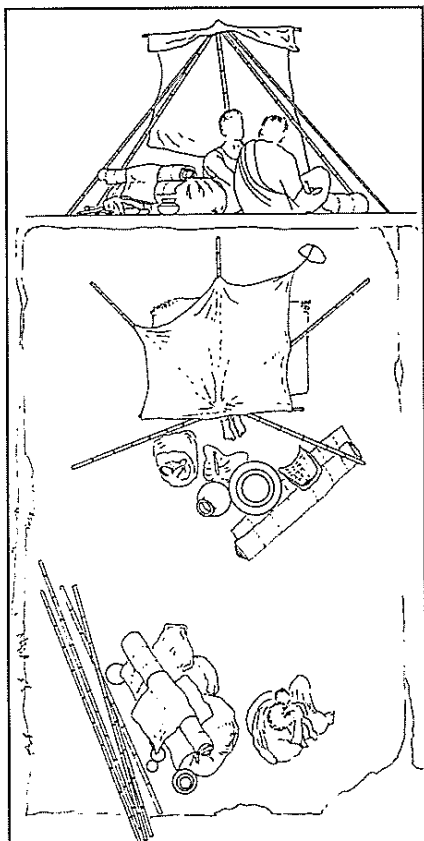
Summer 1991 in Poland: ISA Working Group on Housing and Built Environment: Economic Restructuring and its Impact on Housing Policies and Processes.
Contact: Professor Bronislaw Misztal, Chairman, L.O.C., Department of Sociology, Indiana University at Fort Wayne, Fort Wayne, IN 46805-1499, USA, Fax. 219 481 6673 or bitnet <Misztal@IPFWCVAX>

Neue Bücher Book reviews

Architektur

Michael Bier, *Asien: Straße, Haus. Eine typologische Sammlung asiatischer Wohnformen*. 103 Seiten A4, ISBN 3-7828-4007-0. Stuttgart: Karl Krämer Verlag, 1990. DM 38,-.

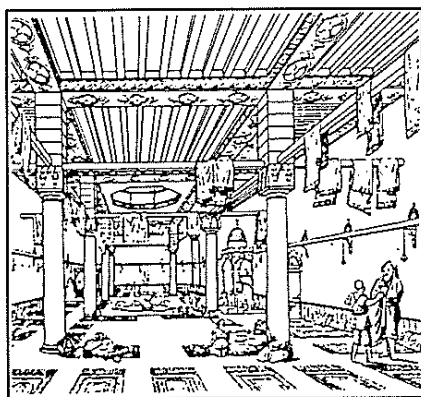
Der Autor, Architekt und Stadtplaner, präsentiert hier ein Bilderbuch über das Wohnen in Asien. Im ersten Teil des Buches finden sich Aufsätze über kulturelle, religiöse, demographische Hintergründe für die divergierenden Wohnformen, über unterschiedliche Prozesse von Stadtentstehung, und über das zeitgenössische Wohnungsproblem der armen Bevölkerungsschicht. Danach folgen im 2. Teil des Buches Bestandsaufnahmen mit Fotos und maßstäblichen Zeichnungen ausgewählter, ganz gegensätzlicher, Wohn- und Siedlungsarchitekturen Asiens, jeweils mit einer aufschlußreichen Beschreibung und Literaturhinweisen versehen. Das Buch ist mit viel Liebe gemacht und lädt immer wieder zum Blättern und Schmökern ein – auch wenn wenig Wert auf einen 'wissenschaftlich' zu begründenden



roten Faden gelegt wurde. Die Bestandsaufnahmen sind jedoch jeweils für sich originale Dokumente, auf die künftig sicher oft bezug genommen werden wird. (KM)

Doris Behrens-Abouseif: Islamic Architecture in Cairo. An Introduction. 173 Seiten, ISBN 90-04-08677-3. Leiden: E.J. Brill, 1989. 150,- Dfl.

Der Band ist als baugeschichtliches Unterrichtsmaterial konzipiert und gliedert sich in zwei Teile: Eine Einführung beschreibt die städtebauliche Entwicklung Kairo, die Abfolge und Merkmale verschiedener islamischer Architekturepochen, und Charakteristika der Wohnarchitektur in Ägypten. Der zweite Teil enthält einen Katalog von über sechzig islamischen, und fast ausschließlich sakralen, Architekturmonumenten der Stadt. Der Band ist mit Fotos und Zeichnungen reich bebildert.



Besonders der Katalog eignet sich als Nachschlagewerk für Cairo-Experten und an islamischer Architektur Interessierte Baugeschichtler. Man wird lange suchen müssen, um die gesammelten Fakten so komprimiert und übersichtlich in einer Publikation vereinigt zu finden wie in diesem Band. (KM)

Gesellschaft und Politik

David Barkin, Rosemary Batt, Billie DeWalt: Food Crops vs. Feed Crops. Global Substitution of Grains in Production. 170 Seiten, ISBN 1-55587-185-2. London & Boulder, Co: Lynne Rienner, 1990.

Die Verdrängung von landwirtschaftlicher Lebensmittelproduktion zur Eigenernährung der Erzeuger oder des Erzeugerlandes durch den verstärkten Anbau international zu vermarktenden, und meist zur Viehmästung verwendeter, Produkte – sogenannter *cash crops* – ist weltweit ein seit über zwanzig Jahren zu beobachtender trend. Die Umstellung wird im allgemeinen empfohlen und gefördert unter Berufung auf das altliberale Dogma der *comparative advantages*, das besagt, daß jede Region bestimmte Produkte wirtschaftlicher herstellen kann als dies woanders möglich ist. Wenn überall also nur das produziert wird, was lokal am wirtschaftlichsten ist und dann mit den anderen Produkten den übrigen Regionen auf dem Weltmarkt getauscht würde, profitieren alle gleichermaßen an der gewonnenen Effizienz. Die Praxis hat bestätigt, daß in der Tat die Entwicklungsländer ihre Nahrungsmittelproduktion sogar über die Zuwachsraten der Bevölkerung hinaus steigern konnten; gleichzeitig sind sie jedoch weit stärker als zuvor von Nahrungsmittelimporten abhängig. Da Importe jedoch Devisen kosten, die allen Entwicklungsländern fehlen, treten massiv Unterernährung der Bevölkerung und Hungersnöte auf.

Die Autoren dieses Bandes haben in einem mehrjährigen Forschungsprojekt die Auswirkungen einer solchen Politik auf Konsumenten und

Produzenten in den Entwicklungsländern untersucht mit dem Ziel, zuverlässigere Aussagen über die Ursachen und Wirkungen agro-ökonomischer Entscheidungen im Micro- und Macro Bereich machen zu können. Im Gegensatz zu den üblichen Statistiken, die Werte global oder zumindest nach Regionen zusammenfassen, wird hier jedes Land einzeln analysiert, wodurch sehr unterschiedliche Konsequenzen für die Bevölkerung deutlich werden. Gründe dafür sind z.B. traditionell verschiedenartige Ernährungsgewohnheiten, d.h. was in einem Land ein 'cash crop' ist, ist in einem anderen Land Grundnahrungsmittel. Andere Unterschiede sind selbstverständlich bedingt durch die nationalen, sozio-politischen Rahmenbedingungen. Zu den extremen Beispielen gehören z.B. jene populistische Politiken, die per Dekret die Nahrungsmittelpreise unter den Produktionskosten halten (was u.a. einer indirekten Subvention der Industrieproduktion gleichkommt), aber langfristig kontraproduktiv wirken: die Bauern reduzieren den Anbau und mehr Lebensmittel müssen importiert werden. Die vorläufige Auswertung der Länderstudien legt den Schluß nahe, daß extreme Strategien, das heißt nur Anbau von *food crops* oder nur *cash crops* in jedem Fall nachteilig für die Bevölkerung ist, doch daß eine optimale Mischung in den meisten wieder mehr *food crops* als gegenwärtig produzieren müßte. (KM)

Klaus Fritsche (Hrsg.), Verlorene Träume. Sozialistische Entwicklungsstrategien in der Dritten Welt. 132 Seiten, ISBN 3-926369-56-6, DM 16,80; Schmetterling Verlag Stuttgart, 1989.

Das Thema liegt in der Luft. Was ist aus den sozialistischen Entwicklungsperspektiven in der Dritten Welt geworden in einer Epoche, in der der vom frühen sowjetischen Vorbild geprägte Realsozialismus in Osteuropa gestorben zu sein scheint? Bereits 1979 fand, organisiert von der 'Dokumentationsstelle blockfreier Staaten', ein Seminar zu dieser Fragestellung statt. Ein Teil der Beiträge dieser Veranstaltung wurden für den vorliegenden Band überarbeitet und aktualisiert. Es handelt sich dabei um vier Länderstudien – Angola (Peter Meyns), Kuba (Peter Gey), Vietnam (Gerhard Will), und China (Thomas Heberer/Rüdiger Weigel) – und zwei übergreifende Aufsätze (Klaus Fritsche, Peter Meyns).

Die Untersuchungen finden ihren Schwerpunkt in der Darstellung ökonomischer Entwicklungen (wobei das sowjetische Modell der Bezugssystem im Vordergrund steht). Die Fragestellung, "ob Sozialismus" in den betroffenen Ländern entstehen konnte, steht im Vordergrund und verbaut den Weg nach dem interessanteren Vergleich "wie Sozialismus" unterschiedlich interpretiert und (in Ansätzen) praktiziert wird. Nur der abschließende Aufsatz von Peter Meyns geht hier weiter und versucht die Herausarbeitung gemeinsamer Entwicklungsmuster in den betreffenden Drittweltländern, und sich historisch unterscheidet vom sogenannten sowjetischen Modell (das, wie er betont, als theoretisches Konstrukt auch in der UdSSR nicht der Realität entspricht).

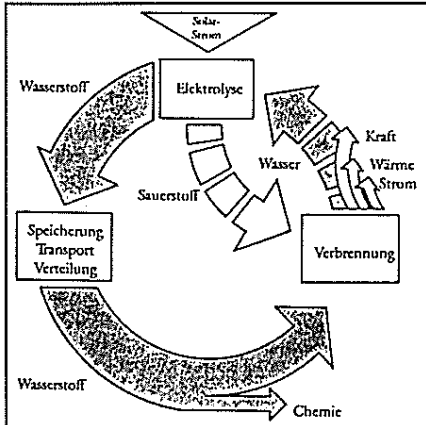
Trotz der teilweise schemenhaften Vereinfachungen (besonders in der kubanischen Länderstudie) stellt die Aufsatzsammlung in seiner Gesamtheit eine anregende Lektüre dar, und füllt eine thematische Lücke in der deutschsprachigen Literatur. (Kosta Mathéy)

Ökologie

Greenpeace, Himmel und Hölle – Wir setzen auf die Sonne. 70 Seiten, ISBN 3-922696-56-2. München: Raben Verlag, 1990. DM 12,-.

Ein Katalog zu einer ungewöhnlichen Ausstellung: ein Binnenfrachter wurde von Greenpeace zum mobilen Ausstellungssaal umfunktio-

niert, um so im Frühjahr und Sommer 1990 entlang den Flußläufen in der BRD (und nächstes Jahr in der DDR) über Energie-Mißwirtschaft und machbare Alternativen zu informieren und zu beraten. Im "Hölle-Teil" wird unsere verschwenderische und umweltzerstörende Energiepolitik auseinandergenommen mit den Schwerpunkten: Verpackungskult, Aluminiumboom, Kunststoffe, Stromtarife, Atomenergie, Müllentsorgung, Hausbau, Verkehr. Der "Himmel" demonstriert verschiedene Formen der Nutzung von Solarenergie: passive Energiesparhäuser, solarer Wasserstoff, Windräder, Sonnenkollektoren. Selbst für Ökologie-Experten enthält der Katalog mit seinen konkreten Hinweisen noch viel neue Informationen. Einzelne Grafiken (z.B. auf Seite 46) bleiben jedoch mangels undurchsichtig. (KM)



Technologie

UNCHS - HABITAT, A Compendium of Information on Selected Low-Cost Building Materials. ISBN 92-1-131065-2, 106 Seiten. UNCHS, Nairobi, P.O.Box 33030. Ca. US\$ 15,-.

Das Handbuch ist für die Praxis gedacht und beschränkt sich auf wenige, fast überall vorhandene, billige und 'narrensichere' Hausbautechnologien: Gebrannte Ziegel, Adobe, konventionelle Bindemittel, Fiber-Zement Dacheindeckungen, und Holz. Es wird also kein Anspruch auf Vollständigkeit gelegt, und 'alternative' Technologien, die noch im Erprobungsstadium stehen, wird man vergeblich suchen. Hierin unterscheidet sich diese Broschüre z.B. von diversen anderen Publikationen zum gleichen Thema, wie z.B. "Appropriate Building Materials" von Stulz und Mukerji, die angesichts der Fülle der dargestellten Alternativen nicht ins Detail gehen können und viele praktische Fragen offenlassen.

Selbstverständlich können auch in den 100 Seiten dieser Veröffentlichung nicht alle Einzelheiten erläutert werden, doch helfen hier ausführliche bibliographische Hinweise und Adressenlisten kompetenter Fachinstitutionen und Bezugsquellen weiter. Noch wichtiger aber als die inhaltliche Vermittlung der Information ist vielleicht, daß eine renommierte Institution wie diese UN-Unterorganisation den Einsatz 'Angepaßter Bautechnologien' propagiert, und damit sicher die Akzeptanz lokaler Ressourcen und Technologien in Entwicklungsländern fördert. K. Mathéy

Zeitschriften:

Synopses und Newsletter, herausgegeben vom Swedish Council for Building Research, St: Töransgatan 66, S-112 33 Stockholm. Synopses erscheint 8 Mal im Jahr und enthält in jeder Ausgabe Zusammenfassungen von 40 bis 50 Forschungsprojekte im Bau- und Planungsbereich (mit Bezugsquelle der vollständigen Berichte). Newsletter erscheint vierteljährlich und berichtet über alle aktuellen Aktivitäten des SCBR. Beide Publikationen werden kostenlos verschickt.

Planning and Building in the Tropics. Schriften der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar (Adresse: PSF 541, DDR-5300 Weimar).

Das Weiterbildungsinstitut für Städtebau und Architektur in Weimar gibt seit 1989 o.g. Schriftenreihe regelmäßig in der Form einer Zeitschrift 2 bis 3 im Jahr heraus. Die Themen der in der Mehrzahl englischsprachigen Beiträge umfassen Plänen, Entwerfen, Technologien und Konstruktionen in tropischen Entwicklungsländern. Die nächsten Hefte sind jeweils einem fachlichen Schwerpunkt gewidmet, und zwar in dem z.Z. in Druck befindlichen Heft 3 geotechnische Fragen, Heft 4 Vietnam Heft 5 Graduiertenarbeiten aus Weimar, Heft 6 Kuba/Lateinamerika. Die Hefte können einzeln für DM 10,- käuflich erworben oder gegen andere Publikationen getauscht werden.

INDIENRUND BRIEF

2+3/88

ISSN 0934-5175

SCHWERPUNKTHEFT LANDWIRTSCHAFT

- soeben erschienen -

Ausführliche Artikel zu den Themen:

- * Pestizidmißbrauch/biolog. Pflanzenschutz
- * Düngemittelpolitik
- * Auswirkungen der grünen Revolution
- * Saatgutproblematik
- * Initiativen zur Erhaltung der genet. Reserven
- * Gibt es Hunger in Indien?
- * Agrarökonomie/Agrarexporte aus Indien
- * EG-Projekt "Operation Flood"
- * Indische Ansätze einer ökologisch verträglichen Landwirtschaft/Modellprojekte
- * Spezialbibliographie
- * Viele Hinweise auf Bücher und Informationsmaterialien (Broschüren, Zeitschriften, Ausstellungen ...) u.v.m.

Außerdem: Sonderschwerpunkt Gandhi

INDIENRUND BRIEF -

Zeitschrift für deutsch-indischen Entwicklungsdialog Nr. 2+3/88

309 S. Din A 4,

zu beziehen bei:

DURGA PRESS - Verlag des Indienbüros
Luitpoldstr. 20, 8036 Herrsching

Das Indienbüro führt entwicklungsbezogene Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit zu Indien durch.



PHILIPPINEN

Der Mythos der »friedlichen Revolution« trägt nicht mehr. Statt »people's power« hat Präsidentin Corazon Aquino all jenen Organisationen der Bevölkerung den »totalen Krieg« erklärt, die nicht länger willens sind, die Ursachen der Massenarmut hinzunehmen. Fischereikooperativen sind betroffen, Ärztgruppen, Gesundheitsinitiativen, ganze Dörfer und Regionen.

Dem »schleichenden Putsch«

der letzten Jahre wollen nun konservative Kreise Beine machen. Weil sie die Durchsetzungskraft der Präsidentin für zu gering halten, spekulieren sie offen über eine künftige Militärjunta und verweisen dabei auf die fortgesetzt wohlwollende Ignoranz der Weltöffentlichkeit. Kaum zur Kenntnis genommen werden Nachrichten von Verhaftungswellen, Flächenbombardements, militärischen Einkreisungen. Dem Krieg mit allen Kräften

entgegenzutreten

ist die erklärte Absicht vieler engagierter Menschen, mit denen medico international auf den Philippinen zusammenarbeitet. Sie organisieren die Hilfe für Flüchtlinge, die Behandlung der Kriegsoffer, das Anlegen von medizinischen Notdepots, um für alle Fälle gewappnet zu sein. Dafür werden dringend Spenden benötigt.

»Hippokrates im Bürgerkrieg«

heißt der Titel des soeben erschienenen *medico reports 11*, der ein alarmierendes Bild von den alltäglichen Verstößen gegen die medizinische Neutralität zeichnet, die sich die philippinische Armee und Regierung zu Schulden kommen lassen.

50 S., DM 5,- (in Briefmarken)

Spendenkonto:

1800 Frankfurter Sparkasse
BLZ 500 501 02 oder Postgirokonto
Köln Nr.6999-508,
Stichwort: Philippinen

medico
international

Obermainanlage 7 · 6000 Frankfurt 1
Telefon: 069/499 00 41/2